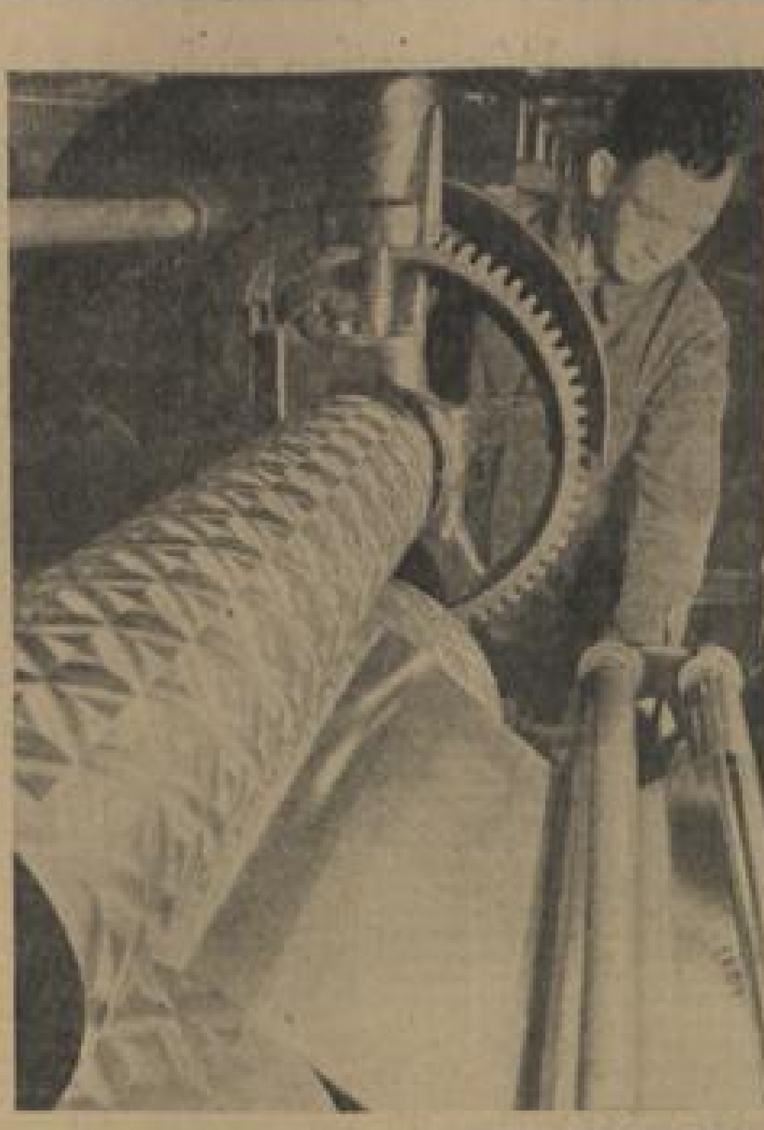
Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Wirtschaftsrevue. 1950-1951
1950

37 (13.9.1950)

Visual Library



Die aktuelle Reportage dieser Ausgabe auf Seite 8 ist dem Aluminiumwerk Tscheulin in Teningen gewidmet, das völlig demontiert wurde, aber nun wieder aufgebaut wird. Das Bild hier zeigt, wie die Aluminiumfolie durch „Prägen" das gewünschte Muster erhält.

WIRTSCHAFTSREVUE

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DIE DEUTSCHE WIRTSCHAFT

Nr. 37 — 5. Jahrgang (Verlagspostamt: Ettlingen) Karlsruhe, 13. September 1950 Preis 50 D-Pfennige

Sicherheit für die deutsche Wirtschaft!

Sozialer Friede, Nahrungsmittel zu niedrigen Preisen und Rohstoffe müssen gesichert sein

Demontagestop — Wird Bunaproduktion erlaubt? — Hindernisse im Osthandel — Export steigt weiter

Ereignisreiche Tage liegen hinter uns und die laufende Woche wird ebenfalls an Ereignissen nicht arm sein. Eine deutliche Entspannung brachte der Schiedsspruch in der Bauindustrie. Der soziale Frieden auf diesem Gebiet ist also wieder eingekehrt und, was wichtig ist, es sind Lohnerhöhungen zugebilligt worden. Gerade diese Feststellung zeigt die Berechtigung von Lohnerhöhungen, und man wird nun in anderen Sektoren der Wirtschaft ebenso den sozialen Frieden wieder herstellen müssen.

Index gegen Unruhe

Es ist zweifellos richtig, daß die plötzliche soziale Unruhe auf die allgemeine Unruhe und weniger auf das Problem Löhne — Preise zurückzuführen ist. Selbst die Indexberechnung des Wirtschafts-wissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften hat festgestellt, daß die Preise im Juli ds. Js. um 27 Prozent unter den Preisen des Jahres 1949 gelegen haben, und die Bank Deutscher Länder stellte fest, daß die durchschnittlichen Wochenverdienste von Mitte 1948 bis März 1950 um etwa 56 Prozent in ihrer Realkaufkraft gestiegen sind. Erst in den letzten Wochen hat die Unruhe, die von Korea ausging, auch eine Unruhe in das deutsche Wirtschaftssystem gebracht. Der Zucker verschwand und die Fleischpreise gingen ruckartig in die Höhe. Der Brotpreis allein hätte diese Entwicklung nicht angefacht, aber er kam nun noch als Belastung hinzu.

Diese politische Unruhe wird anhalten und sich vielleicht noch steigern. Präsident Truman hat in seiner Botschaft am Samstag Verbrauchsbeschränkungen angekündigt, über deren organisatorische Seite er sich allerdings nicht ausgesprach. Für uns in Deutschland ergibt sich insbesondere im Zusammenhang mit den Lohnerhöhungen, die jetzt kommen, die Frage, ob wir auf die Dauer in der Lage sind, diese erhöhte Kaufkraft zu befriedigen.

Sicherung der deutschen Wirtschaft

Darüber hinaus wird man mit Recht in Deutschland jetzt die Frage stellen: Wie sieht es mit der Sicherung der deutschen Wirtschaft aus? Die Bundesregierung bemüht sich das Problem der militärischen Sicherheit zusammen mit den Alliierten zu lösen, aber die Sicherung der deutschen Wirtschaft steht noch nicht zur Diskussion. Zunächst gehört zur Sicherung des deutschen Wirtschaftslebens der soziale Friede. Bis vor wenigen Wochen ist uns dieser Frieden erhalten geblieben, oder noch deutlicher gesagt: erreichte das System der freien Marktwirtschaft, daß die Kaufkraft stieg. Die Unruhe, die nun aufkam, wurde von außen hereingetragen. Die Brotpreiserhöhung infolge des international gestiegenen Weizenpreises, das Unterbleiben der Zuckerimporte, die wirtschaftspolitischen Maßnahmen in den USA, die zu einer Hamsterpsychose in Europa und in den USA führten. So wurde der soziale Friede gefährdet, und wir müssen nun sehen, daß wir zunächst mal ihn wieder herstellen.

Daneben muß die Bundesregierung dafür sorgen, daß ihr System der freien Marktwirtschaft weiter funktioniert. Selbst wenn sie, mit Recht, darauf verweisen kann, daß die Störungen von außen kamen, wäre dies keine Entschuldigung dafür, daß sich jetzt dieses System vielleicht nicht mehr bewährt, und zwar aus zwei Gründen: erstens ging ja die Wirtschaftspolitik des Herrn Erhard dahin, nicht nur den Handel mit dem Ausland zu liberalisieren, sondern die deutschen Preise den internationalen anzugleichen, und zweitens hat eine Regierung die Verpflichtung, bei Gefahr schnell und sicher zu handeln, wie dies ja in den USA auch geschehen ist.

Sicherung des sozialen Friedens

Um den sozialen Frieden zu sichern, müssen Preissteigerungen verhindert werden. Es fehlt nicht an Appellen an die Industrie und den Handel, Preiserhöhungen zu vermeiden. Wir halten es auch für durchaus möglich, daß infolge der gestiegenen Produktion ein Teil der Preiserhöhungen, die durch importierte Rohstoffe entstehen, abgefangen werden können. Es geht aber nicht darum allein, sondern es geht zunächst ganz einfach darum, den kaufkraftschwachen Teil der Bevölkerung Zucker und Fleisch zum alten Preis und in ausreichender Menge zu verschaffen. Es genügt nicht, von Zeit zu Zeit Meldungen an die Presse zu geben, daß soundsoviel tausend Tonnen Zucker jetzt aus dem Lande X hereinkommen. Der Zucker ist erst da, wenn man ihn in den Einzelhandelsgeschäften zum alten Preis und in vernünftigen Mengen kaufen kann. Die Bundesregierung bemüht sich jetzt, Fleisch aus dem Ausland zu kaufen, um die deutschen Fleischpreise wieder auf ein normales Niveau herunter zu drücken. Auch dieses Bestreben ist löblich, aber wir werden uns daran gewöhnen, die Handlungen der Bundesregierung erst zu loben, wenn man den Erfolg sehen kann. Dazu ist weder bei Fleisch noch bei Zucker bisher Anlaß gewesen.

Die Bundesregierung muß heute die Hamsterpsychose ebenso wie die „Verteidigungs"-Psychose in ihre wirtschaftspolitischen Dispositionen einkalkulieren.

Für jeden Zucker und Fleisch

Es gibt darum nur folgendes Entweder-Oder: Entweder gelingt es der Bundesregierung, durch Importe und durch Ausnutzung der jetzt gerade beginnenden Zuckercampagne in Deutschland so viel Zucker in die Läden des Einzelhandels zu pumpen, daß jeder Bedarf (einschließlich des Hamsterns) zum alten Preis befriedigt werden kann, oder sie muß unter teilweisem Verzicht auf ihre freie Marktwirtschaft jedem wieder eine Zuckerkarte geben, die einen normalen Zuckerbedarf garantiert und muß selbstverständlich dafür sorgen, daß die Karten voll beliefert werden. Beim Fleisch gilt das gleiche: Entweder gelingt es ihr, so viel Fleisch zu importieren, daß die Preise wieder auf den alten Stand zurückkehren, oder sie muß Fleischmarken für eine Mindestmenge ausgeben und dann das Kunststück fertig bringen, dieses Fleisch den deutschen Bauern zum alten Preis zu entlocken.

Jedem Betrieb seine Rohstoffe

Auch für die Fertigungswirtschaft ergeben sich diese Probleme. Eine Reihe von Rohstoffen werden bereits sichtlich knapp. Wir wollen gar nicht verhehlen, daß diese Rohstoffe auch gehamstert werden. Es kommt auch gar nicht darauf an, ob sie gehamstert oder verarbeitet werden, sondern es kommt allein darauf an, daß sie nicht mehr in beliebiger Menge zu haben sind. Wenn also der Bundesregierung an einer Aufrechterhaltung der freien Marktwirtschaft etwas gelegen ist, dann muß sie dafür sorgen, daß dieses System funktioniert und daß seine Spielregeln eingehalten werden. Die erste und wichtigste Spielregel heißt: Immer das Angebot etwas größer halten als die Nachfrage.

Für uns Deutsche ist in erster Linie die Bundesregierung dafür verantwortlich, aber diese kann ihrerseits genau so wie sie es mit der militärischen Sicherheit getan hat, die Alliierten bitten, ihr dabei zu helfen, auch für die eben skizzierte Sicherheit der deutschen Wirtschaft zu sorgen.

Rüstungs-Demontagen eingestellt

Zur Sicherung des Bestandes der deutschen Wirtschaft hat der englische

In dieser Nummer:

Das Importsicherungsprogramm
Trümmer und ihre Verwertbarkeit
Mehr Aufträge für Westberlin!
Deutsche Kameras mit Weltgeltung
Schweden diskutiert Kronenaufwertung
Neue Angstkäufe in Belgien
Starke Preiserhöhung in Norwegen
„Metallmonopole" als Rüstungsgewinnler"
Der angemessene Zinnpreis
Große Wolga — „Moskauer Meer"

Rehabilitierung ist not

Man kann wirklich nicht behaupten, daß es uns die Alliierten leicht machen, ihre Politik uns gegenüber zu verstehen. Gerade die vergangene Woche hat wieder einige Beweise unverständlicher Verbote und Behinderungen gebracht. Laut und deutlich wurde uns noch einmal das Segelfliegen verboten, obwohl die ostzonale Jugend längst wieder segelfliegen darf. Nicht nur aus diesem Grunde, sondern wegen des Mangels an Verständnis für Jugendmentalität ist dieses Verbot bedauerlich. Fast gleichzeitig kam eine neue Verordnung der alliierten Hohen Kommission über die Zivilluftfahrt in Deutschland. Danach ist weiterhin die Beschäftigung einzelner Deutscher auf Gebieten der Luftfahrt verboten. Deutsche dürfen also weder ein Flugzeug führen noch Bordmonteure sein, aber sie dürfen ausnahmsweise die Flugzeuge reparieren und instand halten, dürfen beim Bau von Flughäfen beschäftigt werden, dürfen Luftverkehrskontrolldienste leisten, aber nicht in der Stellung eines Aufsichtsführers der Gebietskontrolle.

Der Witz der Geschichte hat es mit sich gebracht, daß diese beiden oben erwähnten Verbote in den gleichen deutschen Zeitungen verkündet wurden, in denen aus Meldungen aus dem Ausland zu entnehmen war, daß man wieder deutsche Soldaten, ja sogar eine deutsche Luftwaffe wünsche. Es ist ja merkwürdig und verdient ausdrücklich — für etwa später versuchte Geschichtsfälschungen — hervorgehoben zu werden, daß der Wunsch nach einer Remilitarisierung Deutschlands nicht von uns, sondern vom Ausland erhoben wurde. Die in ihrer Deutschfeindlichkeit in gewissen Jahren kaum zu überbietende Schweizer „Weltwoche" war eine der ersten, die den Reigen eröffnete und schon im vorigen Jahr erklärte, Deutschland müsse militärisch auch seinen Beitrag zur Verteidigung Europas leisten und dürfe sich, insbesondere in Rücksicht auf seine große Schuld, vor dieser Aufgabe nicht drücken. Inzwischen ist dieser Ruf von außen immer lauter an unser Ohr gedrungen — nun, dies wissen unsere Leser ja aus den Tageszeitungen. Wir haben an dieser Stelle schon vor Wochen dieses Ansinnen zurückgewiesen und die jüngsten Erklärungen Adenauers lassen erkennen, daß auch die Bundesregierung sich stark von diesen uns zugeflüsterten Wünschen distanziert.

Es geht aber auch nicht um diese merkwürdigen Widersprüche, sondern es geht für uns Deutsche um die Rehabilitierung in den Augen der Welt, wo ebenfalls durch eine überzüchtete Propaganda immer noch falsche Vorstellungen herrschen. Wenn man nun schon die deutsche Jugend wieder zu den Waffen rufen will, dann kann man sie nicht weiter gleichzeitig dadurch diskriminieren, daß man ihr das Segelfliegen verbietet. Wenn man wieder ausgebildete deutsche Flieger in einer europäischen Luftwaffe verwenden will, dann darf man die gleichen Leute nicht dadurch diskriminieren, daß man ihnen ausnahmsweise gestattet, in der Zivilluftfahrt die Motoren zu ölen und Benzin nachzufüllen — und das noch unter Aufsicht. Eine generelle Rehabilitierung der deutschen Armee ist erste und wichtigste Voraussetzung, ehe überhaupt die Möglichkeit diskutiert werden kann, ob Deutsche wieder den bunten Rock anziehen.

Auf wirtschaftlichem Gebiet geht ebenfalls die Rehabilitierung nur sehr langsam vor sich. Das IG-Farben-Gesetz, das übrigens auch nicht mehr ganz in die „moderne" politische Lage paßt, läßt die alte Konkurrenzangst nur zu deutlich durchblicken. Dagegen wird von deutscher Seite alles getan, um den Alliierten ihre Rehabilitierung zu erleichtern. Auf der Mitgliederversammlung des Vereins deutscher Ingenieure forderte der Vorsitzende eine vertrauensvolle und in voller Gleichberechtigung aufzunehmende Zusammenarbeit, die jedoch nur möglich sei, „wenn man auch die letzte Achtung des deutschen Ingenieurs, die immer noch mit dem Namen Landsberg und anderer deutscher Gefängnisse verbunden sei, beseitigt habe". Er appellierte — übrigens unter dem Beifall der anwesenden Engländer und Franzosen — an die Besatzungsmächte, Männer wie Röchling und Krupp mit ihren Leidensgenossen in Freiheit zu setzen. In weiten Kreisen des deutschen Volkes ist die Verurteilung mancher Industrieführer nicht verstanden worden, wie die während der Verhandlung eingereichten, mit Tausenden von Unterschriften versehenen Adressen an das Gericht, insbesondere im Falle Krupp und Röchling, erkennen ließen. Wir haben es vom rechtlichen Standpunkt aus nie eingesehen, warum die Armstrongs und die Schneiders in Creusot gute Menschen und die Krupps und die Röchlings schlechte Menschen sein sollen. Für alle, die sich darüber Gedanken gemacht haben und die Recht einerseits und „Recht des Siegers" andererseits gut auseinanderhalten können, sei ein kleines Buch empfohlen, das Tilo Frhr. von Wilmowsky, der Schwager von Berta Krupp, jetzt herausbrachte und das den Titel trägt: „Warum wurde Krupp verurteilt?" (Friedrich Vorwerk-Verlag Stuttgart).

„Der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe", so wäre man versucht zu sagen, geht auch die Rehabilitierung der deutschen Industrie vorwärts. Die Erhöhung der Stahlquote bis zur Vollausnutzung der Kapazität dürfte praktisch als beschlossen betrachtet werden. In zwei Benzinwerken ist das Kontingent erweitert worden. Das Hydrierwerk in Scholven hat die Erlaubnis erhalten, monatlich 10 000 Tonnen Rohbenzol aufzuarbeiten, aber bis zur Aufnahme dieser Raffination sind noch umfangreiche technische Vorarbeiten nötig, und man rechnet mit einer Anlaufzeit von mindestens 3 Monaten. Das Erstaunlichste aber ist, daß zur Zeit zwischen dem Bundeswirtschaftsministerium und den zuständigen alliierten Behörden Verhandlungen wegen einer Wiederaufnahme der Buna-Fabrikation stattfinden. Dabei wird angestrebt, die zum Teil demontierten Produktionsanlagen in den Farbwerken Höchst wieder in Betrieb zu nehmen. Es wird möglich sein, diese Anlagen in verhältnismäßig kurzer Zeit wieder soweit instand zu setzen, daß monatlich 600 Tonnen Buna — etwa 10% des deutschen Inlandsbedarfs — erzeugt werden können. Es ist ausgerechnet worden, daß das Kilo Buna etwa 4 DM kosten würde, der Preis für Naturkautschuk sich aber zur Zeit zwischen 4.50 und 4.80 DM je kg bewegt. (Seit Jahresbeginn hat sich international der Preis für Naturkautschuk bekanntlich etwa verdreifacht.)

Darüber hinaus haben Vertreter der chemischen Industrie an der Ruhr die Forderung erhoben, noch bestehende Produktionsverbote und Beschränkungen, hauptsächlich für die Fischer-Tropsch-Synthese und für die Erzeugung von Chlor aufzuheben. Diese Forderung wird mit dem Mangel an chemischen Produkten aller Art auf dem Weltmarkt begründet. Die schwer absetzbaren Teeröle des Ruhrbergbaus könnten, nach sorgfältigen Berechnungen, ein weiteres Hydrierwerk mit einer Durchschnittskapazität von jährlich etwa 200 000 bis 250 000 Tonnen wieder in den Produktionsprozeß der Ruhrindustrie einschalten.

So schnell also hat sich das Bild gewandelt. Noch vor gar nicht langer Zeit hieß es, die Demontagen in Deutschland sollten am 1. Oktober beendet sein, mit Ausnahme von Watenstedt. Die auch bei den Alliierten langwierigen Arbeiten der Behörden sind vom politischen Tempo, das den Alliierten aufgezwungen wurde, überrannt worden. Wir machen uns aber gar keine Illusionen: Die neuen Genehmigungen, die bereits da sind und die noch kommen werden, geschehen, wie schon gesagt, der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe.

Der gleiche Wirrwarr, der politisch in Deutschland nun angerichtet wird, ist wirtschaftlich in den USA eingetreten. Noch um die Jahreswende konnten unsere Leser in den Warenmärkten feststellen, daß Wolle und Baumwolle schwer absetzbar waren, und noch im vorigen Jahr um diese Zeit war die Anbaubeschränkung für Baumwolle in den USA in Kraft. Inzwischen ist der Baumwollpreis um 40% gestiegen. Baumwolle wird immer knapper, und zu allem Unglück wird die Ernte in diesem Jahr um etwa 10% niedriger sein als geschätzt. Bei Wolle scheint es zu einer Katastrophe zu kommen, denn das Angebot ist wesentlich niedriger als der Bedarf.

Die Entwicklung in der Politik hat auf materiellem Gebiet diesen gewaltigen Kurswechsel sehr schnell vollzogen, aber es wird gut sein, auch von innen her diesen Kurswechsel sowohl in politischer wie in wirtschaftlicher Hinsicht zu vollziehen, weil sonst ein übler Nachgeschmack bleibt und dieses Gebäude auf Sand gebaut wird. H.

Berliner Brief:

Eine politische Preissenkung

Der Wahlköder — Die Qualität entscheidet — Wann kommen die Russen?

Mit viel Aufwand an Druckerschwärze haben die östlichen Gazetten in dieser Woche die sechste Preissenkung der HO verkündet. Zum Teil liegen jetzt die Preise der HO, unter Berücksichtigung des Wechselkurses, unter den Preisen in Westberlin, wobei man allerdings, was immer wieder betont werden muß, den Qualitätsunterschied zwischen der westlichen und östlichen Ware außer acht lassen muß. Soweit es sich um Gebrauchsgüter handelt, werden natürlich nur die Preise für die billigsten Qualitäten in der östlichen Liste veröffentlicht. Bei Textilien wird jeweils ausdrücklich der Zusatz „Zellwolle" gemacht. Wozu das dann führt zeigt eine Meldung in der Nationalzeitung, wonach ein Sporthemd, das bei der HO für DM 30 gekauft wurde, sich nach dem ersten Waschen an allen Nähten und Knopflocheinfassungen auflöste. Bekannt sind seit einiger Zeit die Klagen der Käufer über das Schrumpfen der Gewebe im Waschprozeß. Was übrigens die Qualität anbelangt, hat der Leiter der Berliner Konsum-Fleisch- und Wurstwarenfabrik in Lichtenberg, Nerlich, kürzlich vor Pressevertretern folgendes erklärt: „Jetzt will ich Ihnen etwas mitteilen, was nur die wenigsten Berliner beachten oder wissen. Vor drei Jahren durften wir beispielsweise der Kochwurst nur 13% Fleisch beimengen. Der andere Teil bestand aus für die menschliche Ernährung weniger wertvollen Innereien". Kein Wunder, daß die Bevölkerung für die damals ausgegebene Wurst den Namen „Gummiwurst" prägte. Wie weit die Angabe, daß die Leberwurst von heute aus mindestens 70% reinem Fleisch und Fettstücken besteht, zutrifft, mag dahingestellt bleiben. Vielleicht heißt es nach Tisch anders.

Diese Preissenkung der HO ist natürlich im Hinblick auf die Wahlen im Oktober zu betrachten. Alle Artikel der östlichen Zeitungen klingen denn auch in das Gelöbnis aus, am 15. Oktober die "Kandidaten der Nationalen Front" zu wählen. Wie diese Wahl in Wirklichkeit ausfallen wird, ließ sich an dem Verhalten der 25 000 Ostzonen- und Ostsektorenbewohner klar ablesen, die in der Waldbühne anläßlich einer Sondervorführung des Films „Der Dritte Mann", als die östliche Wochenschau „Der Augenzeuge" gezeigt wurde, bei dem Erscheinen der Genossen Pieck und Grotewohl auf der Leinwand in ein unbeschreibliches Pfeifkonzert ausbrachen und mit Schmährufen nicht geizten. Aber das wird wahrscheinlich an dem Ergebnis der Wahl wenig ändern, das schon heute feststeht.

Die Preissenkung der HO kommt, wenn überhaupt, nur einer dünnen Schicht von Funktionären der SED und der ihr hörigen Parteien sowie den Aktivisten, der heutigen Arbeiteraristokratie, zugute. Die breite Masse der Werktätigen in Ostdeutschland und Ostberlin kann sich heute genau so wenig wie vor der Preissenkung zusätzliche Käufe in der HO leisten, denn sie verdient ihr Geld 1 zu 1, während die HO-Preise sich in der großen Linie immerhin nach dem Wechselkurs richten. Östlicherseits frohlockt man, daß der Kurs der Ostmark nach der Preisherabsetzung der HO gestiegen ist. Dabei liegen für die Annahme, daß der „Schwindelkurs der Westmark" nun ins Bodenlose fallen würde, keinerlei Voraussetzungen vor. Es handelt sich nur um eine Anpassung der westlichen Preise an die östlichen, wohlverstanden, im Verhältnis des Kurses. Es kann nicht überraschen, daß die Nachfrage nach Ostmark nach der Preisherabsetzung der HO gestiegen ist, glauben doch noch immer viele Westberliner, daß sie unter Ausnützung des Kurses besonders billig in der HO kaufen. Sie vergessen dabei, daß sie sich eine schlechtere Qualität einhandeln, und daß sie, sofern sie Wert auf Qualität legen, einen Preis zahlen, der auch heute noch über dem Preis für gleichwertige Waren in Westberlin liegt.

Recht interessant sind Ausführungen des östlichen Ministers für Planung Heinrich Rau, die kürzlich in der Zeitung „Neues Deutschland" erschienen sind, und nach denen die ‚Minister' eine harte, aber notwendige Kritik an ihrer eigenen Arbeit" geübt haben. Es ist dies die berühmte Selbstkritik. Schade nur, daß die Ergebnisse davon nicht besser werden. So stellt Rau fest, daß die Erfüllung weniger wichtiger Vorhaben und die Durchführung von Verwaltungsbauten „eine sehr gute und hohe ist", daß dagegen die Erfüllung von Investitionsvorhaben, die für die weitere Entwicklung der Produktion entscheidende Bedeutung haben vielfach sehr im Rückstand ist. Wir haben das bei dem Wasserkopf von Verwaltung in der östlichen Wirtschaft nicht anders erwartet. Nach Rau wurden die Investitionen bei der Energie nur mit 25,6 % erfüllt, wobei bei so entscheidenden Vorhaben wie den Kraftwerken Lauta, Kulkwitz, Groß-Kayna, Leipzig-Nord und Erfurt, wie dem Leitungsbau von Dieskau nach Zwönitz eine besonders niedrige Erfüllung zu verzeichnen war. Die Metallurgie erfüllte mit 30,9 %. Besonders Rückstände waren bei der Max-Hütte in Hennigsdorf, in Gröditz, Burg, Ilsenburg, Olbernhau und Wünschendorf zu verzeichnen. Bei einer Gesamterfüllung von 343 % in der Volkseigenen Chemiewirtschaft waren besonders schlechte Ergebnisse zu verzeichnen bei den Deka-Reifenwerken, in Ketschendorf, beim Mineralölwerk Lützkendorf und beim Sauerstoffwerk Berlin. Diese Liste könnte noch nach Belieben fortgesetzt werden, doch mangelt es hier an Raum. Es sei nur erwähnt, daß auch die HO, die mit den im Investitionsplan festgelegten Vorhaben weit im Rückstand ist, einen Rüffel erhält.

Reisende, die aus Westdeutschland nach Berlin kommen, wissen immer wieder zu berichten, daß die Frage „wann kommen die Russen" in Westdeutschland offenbar schon zu einer Manie geworden ist. Diese Furcht vor einer russischen Invasion ist es offenbar auch, die westdeutsche Firmen und auch staatliche Stellen veranlaßt, die Auftragserteilung nach Westberlin immer mehr einzuschränken. Zum Teil mag das auch darauf zurückzuführen sein, daß die Transportverbindungen von Westberlin nach Westdeutschland immer wieder der Nadelstichpolitik des Ostens ausgesetzt sind. Man sollte sich in Westdeutschland aber überlegen, daß Berlin sich bisher unter den größten Schwierigkeiten als das Bollwerk gegen die Möglichkeit einer russischen Invasion nach Westdeutschland erwiesen hat, die man dort so sehr zu fürchten scheint. Das sollte aber gerade der Anlaß dafür sein, die Westberliner Wirtschaft mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu unterstützen. Eine wirkungsvolle Unterstützung kann aber nicht auf die Dauer in finanziellen Opfern des Westens bestehen, sondern sie muß die Form von Aufträgen an die Westberliner Industrie annehmen, die es Westberlin gestatten, ein Leben ohne fremde Hilfe zu führen. Die Gegenleistung ist in dem unermüdlichen Widerstand der Berliner, auch der Ostberliner, gegen das politische System des Ostens zu sehen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Hohe Kommissar wieder einen kleinen Beitrag geliefert. Am Montagabend wurde bekanntgegeben, daß in der britischen Zone alle Demontagen, die der Entmilitarisierung dienen, eingestellt werden, „weil die Entmilitarisierung erfolgreich abgeschlossen sei". Nur die Demontagen zur Wiedergutmachung müßten fortgesetzt werden, weil England sich verpflichtet habe, diese Betriebe den Staaten zu verschaffen, denen sie zukommen; bis Ende Oktober hoffe man, damit fertig zu sein. Mit diesem sofortigen Demontagestop hören in Salzgitter, bei Blohm & Voß, bei Krupp und am Trockendock Elbe 17 die Demontagearbeiten sofort auf. Außerdem wird kein Bunker mehr gesprengt. Was die Außenminister-Konferenz noch darüber hinaus an Demontageerleichterungen und an neuen wirtschaftspolitischen Freiheiten für die Bundesregierung bringen wird, ist heute noch ungewiß.

So erfreulich diese Entwicklung ist, so bedauerlich ist die Verspätung. Wir sind in der Wirtschaftsrevue in den letzten Jahren nicht müde geworden, vor den Demontagen zu warnen. Wir haben immer betont: Man wird diese Anlagen noch einmal dringend brauchen — aber man hörte nicht.

Was können wir liefern?

Wir wollen nicht rechten, sondern am Wiederaufbau Europas helfen. Der Außenminister Frankreichs, Schuman, erklärte bei seiner Ankunft in New York, daß ein Wiederaufleben der deutschen Rüstungsindustrie selbstverständlich nicht in Frage komme, aber Deutschland könne Rohstoffe und Stahl liefern und so seinen Beitrag zur Verteidigung Europas leisten. Unsere Leser wissen, daß wir prinzipiell genau der gleichen Meinung sind, aber ob wir Stahl liefern können, selbst wenn man, was ziemlich sicher scheint, die Stahlquote wesentlich erhöht, das scheint uns noch ungewiß; denn wir brauchen zum Wiederaufbau unseres eigenen Landes so erhebliche Mengen Stahl, daß kaum die jetzige Kapazität der deutschen Stahlindustrie dafür ausreicht. Schließlich wird ja auch neuerdings die Sowjetzone wieder mit Stahl beliefert. Auch mit den Rohstofflieferungen wird es unter Umständen hapern. Es zeigen sich jetzt bereits einige Engpässe und die oben angedeutete Hilfe der Alliierten müßte darin bestehen, für ausreichende Rohstofflieferungen aus dem Ausland zu sorgen, wenn wir, in Fertigwaren, unseren Beitrag in zivilen Gütern leisten sollen.

Weiter wird es sich auf der Außenminister-Konferenz darum handeln, ob der Kriegszustand mit Deutschland beendet wird und wie. Ein Friedensvertrag wird es jedenfalls nicht werden. Der Rundfunk-Kommentator im Londoner Rundfunk hat am Montagabend deutlich versucht, den deutschen Hoffnungen einige Dämpfer aufzusetzen. Für die deutsche Wirtschaft könnte sich aber trotzdem aus dieser völkerrechtlichen Änderung manche Erleichterung ergeben, insbesondere in Hinsicht auf die in nebenstehendem Leitartikel ausführlich behandelten, bisher verbotenen Produktionen.

Die Nachrichten aus der Wirtschaft sind im allgemeinen weiter günstig. Der Export steigt weiter erheblich. So hat das holzverarbeitende Handwerk bereits im ersten Vierteljahr dieses Jahres so viel exportiert, wie im ganzen Jahr 1949. Die am Sonntag begonnene Kölner Messe zeigte nach Öffnung der Tore einen derartigen Andrang, daß es zu ernsthaften Stauungen kam. Das Geschäft war in den ersten beiden Tagen überaus günstig.

Gedämpfter Optimismus

An den deutschen Börsen ist von diesem Optimismus nicht viel zu spüren. In der vergangenen Woche bot weder die Lage in Korea noch der Lohnstreik im Baugewerbe noch der Streit zwischen Adenauer und Heinemann Anlaß zu besonderen Anregungen und es kam zu Positionslösungen und Gewinnmitnahmen. Trotzdem blieb die Grundtendenz freundlich und manche Meldung aus der Wirtschaft gab auch Grund dazu. Die Arbeitslosenzahl ist weiter zurückgegangen, der Auftragsbestand in der Stahlindustrie hat einen Rekord erreicht (man spricht sogar von einer echten Konjunktur), die NSU-Werke berichten, daß sie in dem ersten Halbjahr 1950 im Vergleich zu der ersten Hälfte 1949 ihren Umsatz vervierfachen und die Ausfuhrgeschäfte verachtfachen konnten. Auch die Erklärung Erhards, daß die Bundesrepublik nicht mehr allein vom Marshall-Plan lebe, sondern daß sie vielmehr das 6fache dieser Hilfe aus eigener Kraft schaffe, wirkte belebend.

Am Montag war die Tendenz im allgemeinen freundlich, aber die Beilegung des Konflikts in der Bauwirtschaft wirkte eigenartigerweise nicht anregend. Die Kursbesserungen überwogen, aber das Geschäft war mäßig. Einige Kurse vom Montag: AEG 23½, Daimler 49½, Mannesmann 62½, Rheinstahl 58, Lahmeyer 61, Knorr 69, Gutehoffnungshütte 70. Etwas freundlicher waren auch die Großbanken: Deutsche Bank 22, Dresdner 20, Commerz-Bank 31½. Allgemein stärker im Kurs stiegen Textilwerte.

Der Engpaß-Anzeiger

Auf der Im- und Export-Börse sind zum erstenmal seit langer Zeit wieder Waren aufgetaucht, die früher das Hauptkontingent stellten: Zucker, Schmalz, Fleisch, Reis und Seife. Ein deutliches Spiegelbild der Engpässe im Konsumsektor.

Alte Behinderung

Abseits von der Politik sind in den USA erfreuliche Zeichen von Verständnis für die Bedürfnisse der deutschen Wirtschaft festzustellen. Der Hamburger Wirtschaftssenator, Prof. Schiller, ist von einer Reise aus den USA zurückgekehrt und erklärte, in den USA bestünde ein außergewöhnlich gutes Klima für den deutschen Wunsch nach Aufhebung der noch bestehenden Schiffahrtsbeschränkungen. Die Fachleute in den USA wunderten sich über das Fehlen der deutschen Flagge in den amerikanischen Häfen. Die deutschen Reeder sollten doch in die Schiffahrtskonferenzen zurückkehren. Wir freuen uns, daß man so in den USA denkt, aber im Punkte Schiffahrt wird immer noch England ein großes Wort mitzureden haben, und dieses Hindernis wird schwer zu überspringen sein. Daß die Schiffahrtsbeschränkungen nichts mit Sicherheit zu tun haben, ist klar. Es geht allein um die Konkurrenz — und Deutschlands Handelsflotte war einmal groß und spürbar. Wenn man Deutschland wirklich ernsthaft in die europäische Wirtschaft eingliedern will, dann müssen die Schiffahrtsbeschränkungen fallen.

Neue Behinderung

Eine weitere Behinderung taucht neuerdings im Außenhandel auf. Der deutsche Handel mit dem Osten ist für uns lebensnotwendig und deutsche Exportkreise machen sich Sorgen, wie dieser Handel fortgesetzt werden soll, wenn, wie neuerdings häufig, deutsche Lieferungen an die Länder Osteuropas aufgehalten werden. Man befürchtet in deutschen Exportkreisen, daß durch strenge Auslegung von alliierten Vorschriften sich doch neue Exportbeschränkungen ergeben könnten. Es ist unseren Lesern bekannt, daß England seinen Werkzeugmaschinen-Export in die Sowjetunion gegenüber dem vorigen Jahr verfünffacht hat und daß die Schweiz nach allen Ostländern eine fast unbeschränkte Ausfuhr tätigt. Allerdings ist jetzt auch im englischen Unterhaus von konservativer Seite der englischen Regierung vorgeworfen worden, daß sie Kautschuk und Zinn immer noch nach Rot-China liefere; die englische Regierung erklärte daraufhin: Vertrag ist Vertrag. Wir Deutsche können nur erklären, daß Osteuropa ein natürliches Absatzgebiet für uns ist, da diese Länder Güter exportieren, die wir gut gebrauchen können. Bei der zunehmenden Spannung ist die Kontrolle der Alliierten verständlich, und es ist mit Sicherheit zu erwarten, daß der deutsche Export nach dem Osten kaum mehr zunehmen wird. Vorläufig bietet uns ja der Westen einen gewissen Ersatz, wie die Erhöhung des Exports nach Westen zeigt, aber das Bild könnte sich ruckartig ändern.

Die Bundesregierung und der Zentralbankrat haben ihre Zustimmung zu dem Vorschlag gegeben, die völlig freie Einfuhr von D-Mark aus dem Ausland in das Bundesgebiet zu gestatten, so daß in Kürze mit einer entsprechenden Regelung zu rechnen ist.

Aus Schweden kommt die Nachricht, daß Automobile aus Deutschland von nun an in unbegrenzter Menge eingeführt werden können. Es ergeben sich da allerdings einige verkehrstechnische Schwierigkeiten. Aus Dänemark wurde bekannt, daß Reihen von Güterwagen mit deutschen Kraftfahrzeugen (Volkswagen) Verzögerungen im Güterverkehr mit sich brachten. Die dänischen Güterbahnhöfe sind diesem Ansturm scheinbar nicht gewachsen. Es wird nun nach neuen Verkehrsmitteln für den Export nach Skandinavien gesucht.

Warten wir nun ab, was die nächsten Tage außenpolitisch bringen werden. Zweifellos wird sich aber eine weitere Belebung für die deutsche Wirtschaft ergeben. H.

KARLSRUHER WIRTSCHAFTS-VERLAG G. m. b. H., Karlsruhe, Veilchenstraße 58, Telefon 8994. Herausgeber und verantwortlicher Leiter O. van Raay. Zuständiges Verlagspostamt Ettlingen/Baden. Bezugspreis vierteljährlich 4.— DM zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenannahme: Karlsruhe, Veilchenstraße 26, zur Zeit ist Anzeigenpreisliste Nr. 1 gültig. Satz und Druck: Badendruck G. m. b. H. Karlsruhe.

Das Importsicherungsprogramm

Die Realisierung des von der Bundesregierung aufgestellten Einfuhrsicherungsprogramms ist in vollem Gange, wie die umfangreichen Ausschreibungen der beiden letzten Wochen zeigen. Es handelt sich dabei, wie immer wieder von den zuständigen deutschen Stellen betont wird, allein um eine zeitliche Zusammendrängung von Importen für diejenigen Warengruppen, bei denen verknappende und preissteigernde Wirkungen des Korea-Konfliktes auch weiterhin zu erwarten sind. Bei den liberalisierten Erzeugnissen ist es die Versorgung der Importeure selbst, die einen stärkeren Einfuhrsog hervorruft. Hier taucht die Gefahr auf, daß sich der Kreditspielraum der Bundesrepublik innerhalb der EZU als zu klein erweist; gegebenenfalls werden zur Einfuhr Restriktionen geschaffen werden müssen, wenn die Westdeutschland eingeräumte Kreditlinie überschritten wird und damit Dollarverluste drohen. Der Niederschlag der liberalisierten Einfuhr im Juli und in der 1. Hälfte August auf den Konten der EZU ließen solche Befürchtungen gerechtfertigt erscheinen. Gegenwärtig ist man jedoch, mindestens im Bundeswirtschaftsministerium, wieder zuversichtlicher. Immerhin kann aus dieser Entwicklung deutlich werden, daß die Stellung der Bundesrepublik innerhalb der EZU keineswegs außerordentlichen Belastungen gewachsen ist, mit denen im übrigen vorübergehend auch wieder bei der Ausdehnung der Liberalisierung auf 60 und später 75 Prozent des gesamten Einfuhrvolumens gerechnet werden muß.

Die Höhe der ECA-Einfuhren ist grundsätzlich gebunden an die Freigaben Washingtons. Es sind bisher keine Anzeichen dafür vorhanden, daß die ECA-Verwaltung Westdeutschland vorzeitig Beträge zur Verfügung stellen wird, so wünschenswert dies auch wäre. Dagegen wird die Ausgabe der freigestellten Mittel auf das dringende Bedürfnis der westdeutschen Wirtschaft abgestimmt, so daß die Programmierung von ECA-Mitteln zur Einfuhrsicherung vornehmlich unter dem Gesichtspunkt einer von den Versorgungsnotwendigkeiten diktierten Verwendung erfolgt ist, nicht aber in einer begründeten Erwartung der Möglichkeit einer Vorwegnahme späterer Freigaben im 1. und 2. Quartal des laufenden Marshallplan-Jahres.

In welchem Umfang Einfuhren auf Grund der Handelsabkommen der Bundesrepublik in dem Einfuhrsicherungsprogramm aufgeführt sind, läßt sich bereits aus den letzten Ausschreibungen des interministeriellen Einfuhrausschusses ablesen. Aber diese sagen noch nichts darüber aus, inwieweit diese deutschen Importwünsche realisiert werden können. Seit dem Abschluß der verschiedenen Handelsabkommen hat sich die weltwirtschaftliche Situation von Grund auf geändert. Südamerikanische Partner halten es heute für vorteilhaft, einen Teil ihrer Erzeugnisse, und zwar die gefragtesten, gegen harte Dollar an die USA zu verkaufen. Das Gesetz von Angebot und Nachfrage bedingt hier die Tendenz zur härteren Währung. Eine andere Hemmung kommt hinzu, die ihren Grund in der natürlichen Phasenverschiebung der deutschen Ausfuhr und Einfuhr hat. Die westdeutschen Importwünsche beziehen sich auf Stapelware, die sofort oder spätestens nach Einbringung der jeweiligen Ernten verfügbar sind. Die gewünschten deutschen Lieferungen dagegen sind in erster Linie Produktivgüter, deren Herstellung längere Zeit in Anspruch nimmt.

Hieraus ergibt sich die Notwendigkeit, daß unsere Partner vorleisten müssen. In Zeiten weltpolitischer Spannungen jedoch, besteht hierzu wenig Neigung. Nicht mehr die durch Erhöhung der Kreditmarge gebannte Gefahr der Dollar-Verluste bei Überschreitung des Swings, sondern das politische Risiko schreckt heute vor allem überseeische Partner ab, mit ihren Lieferungen voran zu gehen. Schließlich sind es zuweilen auch die bereits über Gebühr erhöhten Preise, die eine Eindeckung verbieten. Dies bezieht sich auf alle diejenigen Produkte, deren Märkte sich nach menschlicher Voraussicht nach fieberhaften Haussen wieder beruhigen werden. Es bleibt daher abzuwarten, wie das dringende Einfuhrbedürfnis auf dem Wege über die Ausnutzung der Handelsabkommen gegenwärtig programmgemäß befriedigt werden kann.

Wenn diese Möglichkeit nicht besteht, aber die Versorgung der Bevölkerung oder der deutschen Exporteure die Einfuhr von Gütern dringend notwendig machen, steht ein kleiner Dollar-Fonds zur Verfügung. Die Geringfügigkeit unserer Devisenreserven wirkt sich hier als großes Hindernis aus. Man schätzt in gut informierten Kreisen den für das Einfuhrsicherungsprogramm zunächst angesetzten freien Dollarbetrag auf nicht mehr als 30 Mill. Dollar, erwartet aber, daß im Laufe der gesamten Eindeckungsperiode noch weitere 20 Mill. Dollar bereitgestellt werden können. Damit bleibt der Gesamtbetrag noch immer um 20 Mill. Dollar unter der Summe, die das Programm selbst als freien Devisenbedarf vorgemerkt hat. Dieser Einsatz wird als sehr bescheiden angesprochen und zugleich als Beweis dafür, daß die Bildung einer ausreichenden Devisenreserve als eine der vordringlichsten Aufgaben der Wirtschaftspolitik im allgemeinen und der Außenhandelspolitik im besonderen angesehen werden muß.

Nach Ansicht der zuständigen Stellen ist es falsch, in diesem Einfuhrplan ein starres Programm zu sehen. Es soll allein ein Ausgangspunkt für die Bemühungen sein, durch eine zeitliche und schwerpunktmäßige Verlagerung der Importe in beweglicheren Dispositionen die Gefahr von Engpässen und von einschneidenden Preiserhöhungen zu vermeiden, wenn auch vielleicht auf manchen Gebieten dieses zweite Ziel schon nicht mehr erreicht werden kann.

Schiffbarmachung des Hochrheins

In Waldshut fand am 9. September die 23. Ordentliche Mitgliederversammlung des Rheinschiffahrtsverbandes Konstanz unter Beteiligung namhafter Fachleute aus der Schweiz und aus Süddeutschland statt. In einem Lagebericht stellte der Vorsitzende, Dr. Strohmeyer, Konstanz, zunächst fest, daß heute der baldige Neubau des Kraftwerks Rheinfelden, das den Schlüsselpunkt nach dem Bodensee bilde und von dem eine beträchtliche Erhöhung der Gewinnung von elektrischer Energie zu erwarten sei, von größter Wichtigkeit ist. Bundesverkehrsminister Dr. Seebohm hatte schon vor einigen Monaten den Bau des projektierten Kraftwerkes und die Schiffbarmachung des Hochrheins als eine gesamteuropäische Frage, besonders da auch die Beneluxstaaten daran interessiert seien, bezeichnet. Die Schweiz besitze in ihren an den Rhein angrenzenden Kantonen intensive Wirtschaftsräume, in denen starke Kräfte am Werk seien, die eine Weiterführung der Schiffahrt über Basel hinaus zum Bodensee forderten. Allerdings seien die schweizerischen Bundesbahnen, die sich schlecht rentierten, gegen eine baldige Schiffbarmachung des Hochrheins eingestellt. In Baden fürchte man die Beeinträchtigung der eigenen Hafeninteressen, doch scheine dort eine aufgeschlossenere Haltung gegenüber dem Hochrheinprojekt sich durchzusetzen. Der schweizerische Bundesrat werde jedenfalls zu verschiedenen Anträgen in Zukunft zum Basel- und Bodenseeprojekt Stellung nehmen müssen. Ein starkes Hindernis für den Hochrheinausbau bilde die leider immer noch nicht geklärte Zinstransferfrage. Eine Vereinbarung zwischen den Delegierten Deutschlands und der Schweiz, die den Sondercharakter der Grenzkraftwerke berücksichtige, habe nicht die Zustimmung der alliierten Hohen Kommission gefunden. Man hofft jedoch, daß bald Erleichterungen eintreten werden, die den Bau neuer Werke ermöglichen werden. Bei der engen wirtschaftlichen Verflechtung zwischen der Schweiz und Südbaden wäre dies von größter Bedeutung.

Je mehr der tatsächliche Ausbau der Wasserstraße Wirklichkeit werde, um so mehr werde die finanzielle Frage in den Vordergrund treten, wobei bekanntlich die Kraftwerke am Hochrhein durch die Privatwirtschaft gebaut wurden. Die Schiffahrtsanlagen wurden dagegen im wesentlichen von den Uferstaaten errichtet. Der weitere Ausbau der Schiffahrtsanlagen könne vielleicht mit ERP-Mitteln erfolgen, um ihn zu beschleunigen. Zur Regelung sollte die Union der Handelskammern des Gesamtrheingebietes herangezogen werden. Abschließend stellte Dr. Strohmeyer fest, daß eine wirkliche Besserung der Wirtschaft am Hochrhein und am Bodensee nur durch die baldige Schiffbarmachung des Hochrheins bis zum Bodensee erzielt werden könne, die den Anschluß an das große rheinische Industriegebiet herstellen und die frachtliche Vorbelastung vermindern könne. Für diesen Zweck wurde von ihm ein dringender Appell an den badischen Staat und an den Bund sowie die interessierten deutschen Länder um Unterstützung gerichtet. Ferner solle die badische Regierung mit der Schweiz verhandeln, daß beim Neubau in Rheinfelden die Schiffahrtsanlagen zusammen mit dem Kraftwerk errichtet würden, da dies eine Verbilligung bedeute.

Abschließend wurden technische Kurzreferate von Vizedirektor Krause von der Elektro-Watt, Zürich, Ing. Blattner, Zürich, und Prof. Dr. Wittmann, Karlsruhe, über den Kraftwerkbau Rheinfelden und die Errichtung von Schiffahrtsanlagen am Hochrhein gehalten.

Die deutsche Rheintonnage

Der deutsche Anteil an der gesamten Rheinflotte, der sich nach den amtlichen Erhebungen absolut auf 1,4 Mill. BRT gegenüber 2,25 Mill. BRT im Jahre 1938 stellt, beträgt etwa 26%, während die Niederlande mit 47,5, Belgien mit 16,3, Frankreich mit 5,6, die Schweiz mit 4,4 und England mit 0,3% an der gesamten Rheinflotte beteiligt sind. Infolge des hohen Durchschnittsalters entspricht die Qualität der deutschen Rheinschiffe bei weitem nicht dem Vorkriegsstand. Der Bestand an Selbstfahrern mit nur 9,2% der deutschen Rheinfrachtentonnage und 12,5% der internationalen Rheintonnage liegt wesentlich unter dem Durchschnitt, der 18,4% erreicht.

Messe-Sonderkontingente

Den ausländischen Ausstellern der Internationalen Frankfurter Messe im Herbst 1950, die am 17. September beginnt, werden Messe-Sonderkontingente im Werte von insgesamt mehr als 3 Mill. Dollar zur Verfügung stehen. Davon sind mehr als 2 Mill. Dollar für industrielle Erzeugnisse vorgesehen, während für Lebensmittel, Genußmittel und Getränke nahezu 1 Million Dollar in Anspruch genommen werden können.

Die Messe-Sonderkontingente verteilen sich wie folgt auf die verschiedenen Länder (in 1000 Dollar): Belgien 500, Frankreich 150, Großbritannien 250, Iran 100, Irland 240, Italien 880, Jugoslawien 400, Spanien 85, Schweden 100, Schweiz 250, Sterling-Block 50, Tschechoslowakei 30, Türkei 100, Ungarn 100.

Die Verwaltung für Wirtschaft wird während der Frankfurter Messe vertreten sein und Anträge auf Zuteilung dieser Beträge entgegennehmen, so daß eine rasche Abwicklung des Messegeschäftes der Auslandsaussteller gewährleistet ist. Zuteilungen für Lebensmittel, Genußmittel und Getränke werden von der Außenhandelsstelle des BEM vorgenommen.

„Altpapierverband"

Die im „Altpapierverband" zusammengeschlossenen Unternehmer hielten in Köln ihren diesjährigen Verbandstag ab. Der Bedarf an Altpapier im Bundesgebiet wird auf 36 000 bis 38 000 t im Monat veranschlagt, das Aufkommen an Altpapier erreicht hingegen im günstigsten Fall etwa 30 000 Tonnen im Monat. Man hat errechnet, daß in Westdeutschland nur etwa 30% des Neupapiers wieder als Altpapier gesammelt werden, während in anderen Ländern bis zu 40% des Neupapiers zurückfließen. Da das Inlandsaufkommen an Altpapier für die Neuproduktion von Papier nicht ausreicht, mußten bisher noch größere Mengen Altpapier aus dem Ausland eingeführt werden.

Wir greifen auf:

Noch nicht sicher — aber vielleicht

Was uns die New Yorker Außenministerkonferenz bescheren wird, werden wir im Laufe dieser Woche erfahren. Auf den bisherigen Treffen war das Ergebnis für die Bundesrepublik jeweils äußerst mager. Diesmal verspricht man sich etwas mehr, vor allem auch auf wirtschaftlichem Gebiet. Man hofft u. a. auf eine Erhöhung der Stahlquote und auf eine Lockerung der Schiffahrtsbeschränkungen. Es ist anzunehmen, daß eine Erhöhung der Stahlquote bewilligt wird. Daran sind vor allem die USA interessiert und auch die Briten wollen der Lage Rechnung tragen. Die Franzosen sind in dieser Frage äußerst zurückhaltend. Ihnen wäre eine Erhöhung der derzeitigen deutschen Stahlproduktion in Form eines „Vorgriffs" am genehmsten, wohl schon deshalb, weil sie zu gegebener Zeit wieder auf eine Drosselung drängen könnten. Letzten Endes dürfte sich jedoch der amerikanische Standpunkt durchsetzen, d. h. Erhöhung der Stahlquote ohne zeitliche Begrenzung. Vielleicht gelingt es den 3 Außenministern, sich auch über die Lockerung der Schiffahrtsbeschränkungen der Bundesrepublik zu einigen. Es wäre angesichts der bedeutenden Zugeständnisse, die die sowjetische Besatzungsmacht trotz des Potsdamer Abkommens der Deutschen Demokratischen Republik auf diesem Gebiet eingeräumt hat, zu begrüßen. Im übrigen dürfte es sich bei den Beschränkungen um ein Überbleibsel des Morgenthau-Planes handeln, der uns eine vorsintflutliche Handelsflotte bescheren wollte. Da aber mittlerweile der Morgenthau-Plan zu Lande aufgegeben wurde, müßte ihm allmählich auch der zu Wasser folgen.

Tauziehen um 1,2 Milliarden DM

Die Amerikaner haben großzügigerweise 300 Mill. Dollar zur Verfügung gestellt, also mehr als 1,2 Mrd. DM, als eine Art Nachzahlung von Löhnen für ehemalige deutsche Kriegsgefangene in den USA. Niemand wird leugnen, daß es sich um eine äußerst noble Geste handelt.

1,2 Mrd. DM — eine Summe, die den verwaltungstüchtigen Bonner Volksrepräsentanten ins Auge stach. Man begann dort sofort zu überlegen, wie man sie für das allgemeine Wohl unterbringen könnte, so etwa für den Wohnungsbau, das wäre vielleicht das beste moralische Mäntelchen, mit dem man die Verwaltung an sich ziehen könnte. Man wies, langsam vorfühlend, bereits darauf hin, daß die Einzelauszahlung an die Gefangenen kostspielige Verwaltungsarbeit mit sich bringen würde.

Die ehemaligen Kriegsgefangenen wollen jedoch nichts mehr auf dem Altar des Vaterlandes „opfern", sie wollen ihr Geld haben, und wir können ihnen nur zustimmen. Die Bundestagsfraktionen, so hört man, wollen sich mit dieser Frage sofort bei Beginn der Parlamentsarbeit befassen. Hoffentlich „zwingen" sie nicht „wirtschaftliche Erwägungen", im Hammelsprung gegen die Auszahlung zu stimmen, denn schließlich wurde ja die Summe von den Amerikanern für die Auszahlung an die Kriegsgefangenen bestimmt und nicht für den Wohnungsbau oder für andere Zwecke.

Beruf: Beamter

General Gross hat das Wahlgesetz in Württemberg-Baden vorläufig suspendiert, weil er auf dem Standpunkt steht, daß ein Richter, ein Beamter und ein Angestellter in öffentlichen Diensten, ganz gleich welcher Funktion, erst ein Abgeordneten-Mandat übernehmen kann, wenn er in den Wartestand versetzt ist. Man hat General Gross diesen Eingriff sehr übelgenommen. Wir wollen hier nicht untersuchen, ob es politisch richtig war, in diesem Zeitpunkt einen solchen Eingriff vorzunehmen. Wir wollen nur feststellen, daß wir im Prinzip mit General Gross einer Meinung sind. Gewiß lassen sich nicht amerikanische Verhältnisse auf deutsche übertragen; aber das Prinzip, das Herr Gross vertritt, ist keineswegs so undeutsch. Es hat oft genug Zeiten in Deutschland gegeben, in denen Beamten jede politische Betätigung und auch die Mitgliedschaft bei einer Partei verboten war. Übrigens gilt dies heute noch für die Angehörigen der Länderpolizei, denen nach der Direktive der Hohen Kommission eine politische Tätigkeit untersagt ist, die über den Rahmen der Ausübung des Wahlrechts hinausgeht (Angehörige der Polizei besitzen auch kein Streikrecht).

Einem übereifrigen Rundfunkkommentator ist bei seiner Polemik gegen General Gross ein entzückends Bonmot unterlaufen. Er versuchte seinen Hörern zu zeigen, daß in den USA zuerst die Bürger gewesen seien, die dann sich ihre Beamten gewählt hätten, in Deutschland aber sei es umgekehrt, da sei zuerst der Beamte gewesen und dann der Bürger. Manche historische Berechtigung hat das Bonmot; aber so wie es gesagt wurde, mußte es ein Schmunzeln hervorzaubern. Es ist eine moderne Krankheit in Deutschland, daß erst der Beamte da ist und dann der Bürger. Wir spüren das allenthalben. Und seitdem dies so ist, ist auch das Machtbedürfnis des deutschen Beamten gestiegen.

Es wäre aber ganz gut, wenn der deutsche Beamte sich wieder nur auf das Dienen besinnt und die Parteipolitik den dazu geeigneten Abgeordneten überläßt. Das eine Gremium gibt die Gesetze (das sind die Abgeordneten) und die anderen führen sie aus, gehorsam, wie es sich gehört (das sind die Beamten) und sprechen Recht danach (das sind die Richter).

Jeder soll sich prüfen, ob er zum Parteipolitiker taugt oder zum Beamten. Zu beiden gehört eine Berufung und dieser Berufung soll jeder folgen.

Außerdem müssen wir sparen. Wenn ein Beamter ins Parlament einzieht, dann kann er seinen Posten nicht mehr ordnungsgemäß versehen und muß einen Stellvertreter haben, der die Staatskasse belastet. Es sind uns Fälle genug bekannt, in denen Ämter, deren Leiter im Parlament tätig ist, dadurch daß der Herr nie da ist, in Unordnung geraten sind. Das ist die zweite, nicht minder wichtige Seite des Problems. H.

Wir lernen und man lehrt uns ...

Die Stimme Amerikas dringt trotz der verzweifelten Versuche der Sowjets, sie zu stören, durch den Eisernen Vorhang, so wurde in diesen Tagen berichtet. Wir wissen, daß „der Feldzug der Wahrheit" notwendig ist. Soweit es jedoch das in den deutschen Sendungen gebotene Frage- und Antwortspiel betrifft — zuweilen eine ganz gute kabarettistische Leistung —, möchten wir gerne darauf verzichten, wenn es möglich wäre, diese Sendung durch eine kleine Aufmunterung unserer ostzonalen Bevölkerung zu ersetzen.

Wir haben uns mit hinter dem Eisernen Vorhang wohnenden Deutschen über die Stimme Amerikas unterhalten. Jawohl, die Stimme dringt durch den Eisernen Vorhang, sie wird mit einem so mächtigen Marsch eingeleitet, daß jeder Hausobmann — der sozialistische Betreuer der Hausbewohner — ohne weiteres feststellen kann, wer etwa im Hause einem Objektivismus frönt. Selbstverständlich wird das Empfangsgerät — noch kann man es individuell bedienen — ganz, ganz leise eingestellt. Und dann hört der Deutsche in der Ostzone, daß die amerikanischen Hühner im Jahr durchschnittlich 250 Eier legen, die Antwort auf eine Anfrage des Hühnerzüchters Schulz aus Tauberbischofsheim. Prompt folgt dann einige Tage später eine russische Stimme, die berichtet, daß das Huhn „Anastasia" auf der Sowchos-Geflügelfarm „Rote Ähre" ihr Soll zu 150 Prozent erfüllt habe und jährlich 365 Eier legte, sich also zu Tode gelegt hat. Dieser friedliche Wettbewerb geht noch einigermaßen. Man lernt allmählich z. B. die Leistungen der beiden Rivalen auf dem Eierlege-Sektor kennen.

Über die Stimme Amerikas lernen wir die Amerikaner und Amerika ausgezeichnet kennen. Wir wissen heute z. B., daß es in den USA einen Kaninchenzüchterverein gibt, der auch eine Zeitschrift herausgibt. Wir wissen auch, daß es bei den Eisenbahnen in den USA keinen Titel „Eisenbahnbetriebsassistent" gibt, sondern daß man dort kurz Agent sagt usw. usw., kurz wir erfahren viel über Amerika und die Amerikaner. Andererseits erfahren die Amerikaner leider um so weniger über Europa und insbesondere über Deutschland. Sie hören und lesen — und das wird ihnen stets sehr geflissentlich serviert — daß Westdeutschland noch immer nicht restlos denazifiziert ist, und neuerdings, daß es dort „knieweiche Bürger" gibt, deren Namen man veröffentlichen sollte, weil sie den Kommunisten materielle Hilfe leisteten u. a. m. Man sollte aber den amerikanischen Bürgern auch sagen, worauf die zuweilen geringe Standfestigkeit des deutschen Bürgers, die so scharf gerügt wird, zurückzuführen ist. Westdeutschland muß sich derzeit u. a. bemühen, die ihm seinerzeit von den amerikanischen Besatzungsbehörden mit Nachdruck empfohlenen ehrenwerten Bewerber mit antifaschistischen Leumundszeugnissen allerrötester Provenienz aus der Polizei usw. wieder auszuschalten. Wir sind also glücklich bei der Entpurpurisierung des Beamtenapparates angekommen. Beim Kommiß sagte man für das Geduldspiel: „Hinein in die Kartoffeln, heraus aus den Kartoffeln!" Aber einmal werden wir doch den richtigen Weg zu der wahren westlichen Demokratie schon finden. Im Augenblick ist allerdings die Auffassung darüber noch nicht auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen.

Wer schießt den Hirsch ...?

Wir freuten uns mit den deutschen Jägern, daß ihnen die Jagd im freien deutschen Wald wieder gestattet wurde dank dem Großmut der alliierten Besatzungsmächte. Auch über die Zustimmung der Hohen Kommission zu der Verwendung von 25 000 Jagdgewehren und 50 000 Flinten freuten sich die Jäger sowie über die Zusicherung, im Bedarfsfalle auch eine größere Anzahl von Jagdwaffen zu genehmigen. Wie eine kalte Dusche traf die deutschen Jäger allerdings einige Tage später der Inhalt des neuen Jagdgesetzes der amerikanischen Besatzungsbehörden. Dieses Jagdgesetz gibt den amerikanischen Besatzungsangehörigen das Recht, 40% des Wildbestandes der Privatjagden und 80% des Bestandes der Staatsforsten abzuschießen. Ferner können die amerikanischen Jäger bei den Privatjagden 50% des erlegten Wildes und bei den Staatsforsten gar das gesamte von ihnen erlegte Wild für sich beanspruchen. Die deutsche Jägerschaft ist über dieses Gesetz äußerst ungehalten und hat angekündigt, einen entsprechenden Protest an Präsident Truman zu richten.

Die deutschen Jäger haben bestimmt Verständnis für die Jagdleidenschaft der amerikanischen Freunde. Kein deutscher Jäger will ihnen verwehren, das edle Weidrecht hier im deutschen Wald und auf deutscher Flur zu pflegen als Gäste und als Jagdfreunde. Dieses Gesetz aber ist nicht geeignet freundschaftliche Gefühle zu wecken. Es erinnert so sehr an die Gauleiter, die nebenbei auch die Jagd liebten, wobei sie ebenfalls den Abschuß von 50% bis 80% des Wildbestandes beanspruchten. Diese Anmaßung entsprang aber ihrer undemokratischen, also totalitären Lebensart, so wurde uns in den letzten Jahren immer wieder gelehrt.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Mehr Aufträge nach Westberlin!

Die Hauptursache für ein Stocken der Aufwärtsentwicklung der Westberliner Produktion und der Lieferungen nach Westdeutschland seit Ende des vergangenen Jahres ist darin zu erblicken, daß es noch nicht gelungen ist, die Westberliner Wirtschaft derjenigen Westdeutschlands und der übrigen westlichen Welt in dem Ausmaße einzugliedern, wie es den Umständen nach geboten ist. Dies wird in einem von Rudolf Meimberg verfaßten Heft der Berliner Zentralbank über die Wirtschaft West-Berlins im Herbst 1950 festgestellt. Besonders unbefriedigend, so wird weiter ausgeführt, ist in allen Branchen, mit Ausnahme des Bekleidungsgewerbes, die Position der meisten mittleren und kleineren Betriebe Westberlins auf den westlichen Märkten. Im Vergleich zu 1936 dürfte das Volumen der Westberliner Industrieproduktion im Juni 1950 etwa 30—35 % erreicht haben. Demgegenüber produzierte Westdeutschland im Juni 1950 bereits 165 % gegenüber 1936.

Relativ am günstigsten ist die Lage in der Bekleidungs- und der Elektroindustrie, die etwa wieder 50 % bzw. 40 % des Volumens von 1936 produzieren. Der Maschinenbau produziert kaum mehr als 25 %, die Feinmechanik und Optik etwa 20 %; die Herstellung von Metallwaren liegt sogar nur bei etwa 15 % von 1936.

Zur Begründung der Stagnation seit dem Spätherbst 1949 kann nach Ansicht von Meimberg nicht darauf hingewiesen werden, daß die verfügbaren Produktionskapazitäten bereits voll ausgenutzt seien. Auf Grund im Juli/August 1950 angestellter repräsentativer Erhebungen hat sich ergeben, daß mit Hilfe der gegenwärtig verfügbaren und in den nächsten Monaten noch zu erwartenden neuen Produktionskapazitäten eine Steigerung der Lieferungen nach Westdeutschland um rund 100 % erreichbar wäre. Dabei ist nicht berücksichtigt, daß gegebenenfalls auch in mehreren Schichten gearbeitet werden könnte. Allerdings ist ein bedeutender Teil der Kapazitäten, der ausgenutzten und der unausgenutzten, erneuerungsbedürftig und nicht voll wettbewerbsfähig. Die derzeitigen Kapazitäten betragen insgesamt kaum mehr als 40—45 % derjenigen des Jahres 1936. Das ist das Ergebnis der besonders hohen Ausfälle durch Kriegseinwirkungen und Demontagen.

Die Ansicht, daß es bald zu einer wesentlichen Intensivierung des Güteraustausches zwischen Westberlin und der Ostzone kommt, ist nach Ansicht des Verfassers nicht günstig. Erforderlich wäre für die Ostzone ein wesentlicher Abbau der Reparationen weit über das bisher erfolgte Maß hinaus, eine Umstellung der Produktion auf den Bedarf der deutschen Bevölkerung an Stelle einer einseitigen Förderung von Investitionsgüterindustrien und ein erheblich erhöhter Bezug auswärtiger Rohstoffe und sonstiger Produktionsmittel. Zahlreiche Fertigungen der Westberliner Wirtschaft, zum Beispiel der Bekleidungsindustrie, aber auch Konsumgüter der Elektroindustrie, der Feinmechanik und Optik könnten in der Sowjetzone erst bei einer weitgehenden Angleichung des dortigen Lebensstandards an denjenigen des Westens größeren Absatz finden.

Der im Juli 1950 für das sowjetische Gebiet Deutschlands verkündete Fünfjahrplan wird vielleicht, nach den bisher gemachten Erfahrungen zu urteilen, auf einigen Gebieten zum Teil realisiert werden. Sein Hauptziel ist aber offenbar nicht die Erhöhung des Lebensstandards der deutschen Bevölkerung, sondern die Erweiterung einiger Industrieanlagen und die Produktion von Gütern zugunsten fremder Interessen.

Westberlins Lieferungen nach dem Ausland, die überwiegend in westliche Länder gehen, sind seit Herbst 1949 zwar gestiegen, das erzielte Ergebnis liegt aber immer noch weit niedriger, als es sein müßte, wenn der Export schon ebenso entwickelt wäre wie derjenige Westdeutschlands. 1936 entfielen vom gesamtdeutschen Export etwa 4,0 Prozent auf Westberlin, während es im Juni 1950 noch nicht 1,5 % waren.

Trotz der Schwächung durch Demontagen und Blockade ist die derzeitige Leistungsfähigkeit der Westberliner Industrie ausreichend, um ein Mehrfaches an exportfähigen Gütern bereitzustellen. Das gilt insbesondere für die Elektroindustrie. In geringerem Umfang gilt dies auch für einzelne Zweige des Maschinenbaus, der Feinmechanik und Optik sowie der Chemie einschließlich der Pharmazeutik. Die Neuinvestitionen werden außerdem in naher Zukunft zu einer Erweiterung der Exportmöglichkeiten führen.

Als Maßnahmen zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit werden in dem Artikel von R. Meimberg hervorgehoben:

a) günstigere Steuersätze, soweit hierdurch Produktion und Absatz gefördert werden,
b) relativ niedrige Zinsen für Betriebsmittel- und Investitionskredite,
c) Betriebsmittelkredite unter Zuhilfenahme öffentlicher Bürgschaften,
d) Kredite zur Finanzierung westdeutscher und ausländischer Aufträge mit verhältnismäßig langen Zahlungsfristen,
e) Vorzugstarife im Verkehr,
f) finanzielle Hilfe beim Ausbau der Absatzorganisation in Westdeutschland und im Ausland sowie zur sonstigen Förderung des Absatzes,
g) Erleichterungen des Luftverkehrs durch Ausbau und Verbilligung.

Besondere Bedeutung wird einer verstärkten Vergebung öffentlicher Aufträge nach Berlin beigemessen. Wünschenswert wäre u. a., daß sich auch die Behörden der westdeutschen Länder — nicht nur diejenigen des Bundes — stärker an der Vergebung von Aufträgen nach Westberlin beteiligen. Angesichts des auch im günstigsten Falle verhältnismäßig geringen Umfanges der Westberliner Lieferungen würde eine ernste Beeinträchtigung der Belange der Produzenten des Westens nicht eintreten.

Abschließend wird festgestellt, wenn von allen Beteiligten das Mögliche und Zumutbare zur Entwicklung der Westberliner Wirtschaft getan wird, ist es keine Utopie, in den nächstfolgenden Jahren zusätzlich 150 000 dauerhafte Arbeitsplätze schaffen zu wollen, wodurch das Defizit im städtischen Haushalt um wenigstens die Hälfte, d. h. auf unter 30 Mill. DM gesenkt werden könnte. Gelänge die Erreichung dieses Zieles, dann wären die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Westberlins auch bei Fortdauer der „Insellage" bis auf ein erträgliches Maß verringert. Die elementare politische Voraussetzung für den Erfolg ist natürlich, daß den Westberlinern, aber auch den Westdeutschen, die Zugehörigkeit Westberlins zur westlichen Welt und die Teilnahme an deren Schicksal als selbstverständlich gilt.

Das Berliner Investitionsprogramm 1950/1951

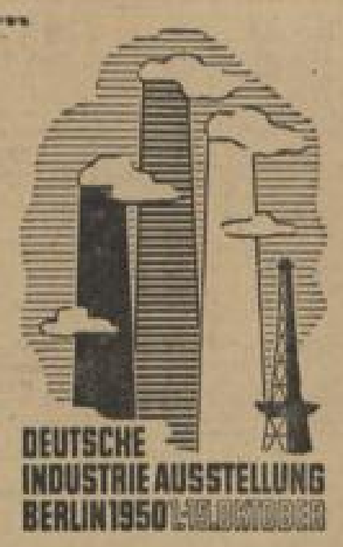
Das Berliner Investitionsprogramm für 1950/51 ist am 8. September zwischen Vertretern der Bundesregierung und den Vertretern West-Berlins verhandelt worden. Das Programm steht über den Rahmen der bisherigen Hilfeleistungen der Bundesrepublik vor, daß für den Zeitraum von acht bis zehn Monaten monatlich 30 Mill. DM aus GARIOA-Mitteln zur Verfügung gestellt werden. Die ECA hat die Bereitstellung dieser Mittel an die Auflage geknüpft, daß 50 000 Arbeitslose zusätzlich kontinuierlich Beschäftigung finden. Die Bundesregierung vertritt dabei die Ansicht, daß damit im wesentlichen nur ein arbeitsintensives Programm erstellt werden könnte, — auf den Kopf des Arbeiters entfallen nur 350 DM monatlich — das sich in erster Linie auf Aufräumungsarbeiten und Grundstücksaufbereitungen erstreckt. Von seiten der Bundesregierung und des Magistrats der Stadt Berlin wird jedoch das Ziel verfolgt, allmählich ein echtes Produktionsprogramm zu schaffen. In diesem Zusammenhang wird eine Auftragsvergebung großen Umfangs an die Berliner Industrie erstrebt. Für einen Zeitraum von 5 Jahren sollen 40 % der jeweiligen Vertragswerte aus den bereitgestellten GARIOA-Mitteln fließen, so daß die Auftraggeber nur mit 60 % belastet werden. Auf dieser Basis haben sich insbesondere die Bundespost und die Bundesbahn bereit erklärt, Sofortaufträge an Berlin in Höhe von 27,3 Mill. DM zu vergeben. Davon entfallen 23,3 Mill. DM auf die Post, die die Refinanzierung vermutlich selbst aufbringen wird, und 4 Mill. DM auf die Bundesbahn, die in Höhe von 2,4 Mill. DM die Refinanzierungsmöglichkeiten bei der BDL in Anspruch zu nehmen wünscht. Inwieweit die restlichen 60 % im Rahmen der Auftragsvergebung nach Berlin ebenfalls durch eine teilweise Fremdfinanzierung ersetzt werden kann, wird in Kürze Gegenstand der Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik und der BDL sein.

Außer dem in Aussicht stehenden Produktionsprogramm soll aus GARIOA-Mitteln ein Garantiefonds in Höhe von 10 Mill. DM als Betriebskredit für Westberlin gegeben werden. Die ECA hat sich, wie verlautet, bereit erklärt, diesen auf 20 Mill. aufzustocken unter der Voraussetzung, daß auch aus Haushaltmitteln des Bundes weitere 20 Mill. DM in Gestalt einer Ausfallbürgschaft bereitgestellt werden. Von deutscher Seite wird erhofft, daß mit diesen 40 Mill. DM insgesamt rund 200 Mill. DM Betriebsmittelkredite aus dem Berliner Bankapparat mobilisiert werden können.

Außerdem dürfte sich die Bundesregierung bereit erklären, vorbehaltlich der Zustimmung des Bundesfinanzministers, daß die aus den für Berlin gegebenen Gegenwertkrediten anfallenden Zinsen als revolvierende Kredite für die Berliner Industrie eingesetzt werden. Es wird für 1951 mit einem Zinsaufkommen in Höhe von 8 bis 10 Mill. DM gerechnet.

Höhere Arbeitslosenzahl

Die Zahl der Arbeitslosen in Westberlin hat sich im Monat August weiter um 6813 auf 294 398 erhöht. Von dem Zugang entfallen 2670 auf schulentlassene Jugendliche und 4695 auf entlassene Notstandsarbeiter. Ferner haben Entlassene aus dem Ostsektor, davon allein rund 1500 Eisenbahner, einen besonderen Anteil an dem Neuzugang von Arbeitslosen. In bestimmten Gruppen, beispielsweise in der Lebensmittelbranche (Süßwarenindustrie) und in der Konfektion war die Vermittlungstätigkeit so erfolgreich, daß hier bereits gute Spezialkräfte fehlen. Auch in der Metallindustrie konnten gute Vermittlungsergebnisse erzielt werden.



Die freie Welt trifft sich im freien Berlin!

Deutsche Kameras mit Weltgeltung

Die hochwertige deutsche Kamera hat jetzt praktisch überall in der Welt den Ruf bester Qualität und höchster Präzision wieder errungen, wie sie ihn vor dem Kriege besaß. Mit diesen Worten läßt sich etwa die übereinstimmende Meinung einer ganzen Anzahl von Auslandsvertretern der Zeiß Opton A.G. umschreiben, die auf Einladung der Firma aus den Vereinigten Staaten und aus Südamerika, aus Indien, Persien und Afrika und aus sechs europäischen Ländern nach Stuttgart gekommen sind. Die Nachfrage nach deutschen Kameras im Ausland ist heute so groß, daß selbst die in den nächsten Jahren noch steigende Produktion der Nachfrage wohl kaum gerecht werden dürfte. Während der der deutschen Fotoindustrie durch den Zusammenbruch auferlegten Zwangspause wurde die Fotoindustrie in verschiedenen europäischen und überseeischen Ländern, so zum Beispiel in Frankreich, der Tschechoslowakei und den Vereinigten Staaten stark forciert. Die Erzeugnisse dieser Firmen, die versuchen, die früheren deutschen Absatzmärkte zu behaupten, können jedoch — zumindest soweit es sich um wertvollere Apparate handelt — ernstlich den Wettbewerb mit den deutschen Kameras nicht durchhalten. Der Kunde, der einen guten Fotoapparat sucht, verlangt, den Beobachtungen der ausländischen Fachleute zufolge, nach einer deutschen Kamera. Selbst in Japan, wo man bereits vor langer Zeit darangeht, eine eigene leistungsfähige Fotoindustrie nach deutschen Vorbildern aufzubauen und zweifellos auch beachtliche Erfolge dabei erzielte, finden die wenigen deutschen Qualitätsapparate, die heutzutage nach Japan geliefert werden können, eine geradezu stürmische Nachfrage. In den Vereinigten Staaten andererseits scheint man sich mehr und mehr wieder auf die Massenproduktion von Fotoapparaten der kleinen und mittleren Preisklassen zu beschränken.

Der Export deutscher Kameras ist zur Zeit noch nicht wieder in vollem Umfange möglich, weil die durch Kriegszerstörungen und Demontagen verlorene Produktionskapazität wichtiger deutscher Werke noch nicht wieder vollständig aufgefüllt werden konnte. Dem Export stehen aber auch noch viele außenhandelstechnische Schwierigkeiten gegenüber. So konnten einige Länder trotz Handelsabkommen die Einfuhr deutscher Fotoapparate immer wieder verhindern. Sodann wird immer wieder bemängelt, daß die deutschen Außenhandelsbehörden beim Abschluß von Handelsverträgen nicht mit dem nötigen Nachdruck auf der Festlegung entsprechend hoher Exportkon-

Gesamtplanung und Bauleitung beim Bau des Schluchseewerks:

ELEKTRIZITÄTS-ACTIEN-GESELLSCHAFT
VORM. W. LAHMEYER u. CO.

FRANKFURT AM MAIN - GUIOLLETTSTR. 48
FERNSPRECHER: SA.-NR. 76244, 72871 UND 78775

SPEZIALUNTERNEHMEN FÜR ELEKTROWIRTSCHAFT

Projektierung, Bau, Finanzierung und Betrieb von
Wasserkraftanlagen, Dampfkraftwerken, Schaltanlagen, Umspannwerken,
Hoch- und Höchstspannungsleitungen, Ortsnetzen und elektrischen Bahnanlagen
Transformatorenwerk: Leistungstransformatoren
bis 1600 KVA und 35 KV für alle Zwecke

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

tingente für feinmechanische und optische Erzeugnisse bestehen. Es wird zum Beispiel auf Schweden hingewiesen, das nach einer Erklärung des schwedischen Handelsministers bereit gewesen wäre, anstatt für eine Million Schweden-Kronen für etwa 5 Mill. sKr. deutsche Kameras und ähnliche Erzeugnisse aufzunehmen, falls es von deutscher Seite beantragt worden wäre. Zur Zeit ist Schweden mit Hilfe von Kompensations- und Transitgeschäften über eine ganze Reihe anderer Länder einer der besten Abnehmer für deutsche Kameras. Hochwertige Apparate werden auch von den Vereinigten Staaten großzügig aufgenommen.

Das Schicksal der Zeiß-Ikon A. G. ist aufschlußreich für die Entwicklung der deutschen Fotoindustrie nach dem Kriege. Bei Kriegsbeginn beschäftigte das Unternehmen, ein Zusammenschluß der damals führenden Fotofirmen Ica A. G., Dresden, Contessa-Nettel, Stuttgart, Ernemann, Dresden, und C. P. Goerz, Berlin, in ihren Produktionsstätten in Dresden, Berlin und Stuttgart rund 10 000 Arbeitskräfte.

Bei Kriegsende, nach dem Verlust der Werke in der Sowjetzone und der Demontage der Berliner Anlagen, wurden in Berlin noch 300 und in den erhaltenen Betrieben in Stuttgart noch 700 Arbeitskräfte beschäftigt. Heute sind es in Stuttgart 1600 und in Berlin und Kiel, wo eine neue Produktionsstätte für komplette Tonfilmvorführanlagen entstanden ist, zusammen etwa 1000 Personen.

Das gesamte Produktionsprogramm von Zeiß-Ikon umfaßt eine reichhaltige Auswahl von Fotoapparaten von der Box-Tengor zu 29 DM bis zu der Spitzenkamera Contax zu 825 DM. Dazu kommen Belichtungsmesser, Filter, Vorsatzlinsen und andere Zubehörteile. Die Produktion wurde seit 1948 verdreifacht. Die Umsätze sind durch die Herstellung besonders wertvoller Apparate auf das Sechsfache gestiegen. Der Export der Zeiß-Ikon, der etwa ein Viertel der Exportlieferungen der gesamten deutschen Fotoindustrie ausmacht, beträgt zur Zeit etwa das Fünffache dessen, was nach Anlaufen der Produktion 1948 geliefert werden konnte.

Die Anlagen in Stuttgart werden durch einen Neubau erheblich erweitert. Der Rohbau wird in etwa zwei Monaten stehen. Mit der Inbetriebnahme der neuen Anlagen im kommenden Frühjahr ist eine erhebliche Produktionsausweitung zu erwarten. Mit welchem Fleiß und mit welcher Sorgfalt in der deutschen Fotoindustrie gearbeitet wird, darüber konnten sich die ausländischen Fotofachleute auf einem Rundgang durch das Contessa-Werk in Stuttgart überzeugen. Diese Präzisionsarbeit in Verbindung mit neuen konstruktiven Ideen wird der deutschen Fotoindustrie auch in der Zukunft ihre führende Stellung in der Welt sichern.

Aus der deutschen Wirtschaft

Französische Zone

Nach dem Juli-Bericht des Statistischen Landesamtes von Südbaden hat die Zahl der Beschäftigten in der südbadischen Industrie gegenüber Juni um 2200 oder 1,6% auf 139 084 Personen zugenommen. Einen wesentlichen Anteil hatte daran die Tabak-Industrie. Im Vergleich zu 1936 sind gegenwärtig 7,1% mehr Personen in der Industrie beschäftigt, während sich die Bevölkerungszahl des Landes unter Berücksichtigung des heutigen Gebietsstandes um 10% erhöhte. Der gesamte Bruttoproduktionswert ist im Juli auf 139,9 Mill. DM zurückgegangen. Der Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz belief sich im Juli auf 4,6% gegenüber 5,1% im Juni und 5,9% im Mai.

Die allgemeine Ausfuhrkonjunktur begünstigt in zunehmendem Maße die exportorientierten Wirtschaftszweige des deutschen Hochrheingebietes, wie aus dem August-Bericht des Arbeitsamtes Lörrach hervorgeht. Mit 944 männlichen Arbeitslosen hat die Beschäftigungslage hier den bisher günstigsten Stand des Jahres erreicht. Die Auffüllung der durch die Aufrüstung entstehenden Exportlücken an Konsum- und Gebrauchsgütern auf dem Weltmarkt läßt dem Bericht zufolge eine weitere Belebung des Arbeitsmarktes am Hochrhein vermuten.

Die Schnittholzerzeugung ist im Monat Juli weiter angestiegen und zwar um 7% gegenüber dem Vormonat; sie erreichte mit 808 000 cbm den bisher höchsten Stand. Sperrholz- und Furniererzeugung blieben ungefähr gleich; die Erzeugung von Holzfaserplatten ging allerdings zurück, vorwiegend bei Dämmplatten. Die Rundholzvorräte der Schnittholz erzeugenden Betriebe betrugen Ende Mai etwa 2,7 Mill. Festmeter; sie gingen im Juni und Juli bei der besseren Beschäftigungslage der Sägewerke etwas zurück. Auch die Ende Mai etwa 1,4 Mill. cbm betragenden Schnittholzbestände bei den Bearbeiterbetrieben zeigen durch die Belebung des Holzmarktes rückläufige Tendenz. Bei den Sperrholzwerken betrugen die Vorräte Ende Juni etwa 16 000 cbm, was etwas mehr als einer halben Monatsproduktion entspricht. Bei den Holzfaserplattenwerken betrugen die Lagerbestände etwa 36 000 cbm.

Die Grubenholzvorräte reichen für eine Versorgung bis 1. Juli 1951. Damit ist der Anschluß an die im Forstwirtschaftsjahr 1951 (das am 1. Oktober beginnt) anfallenden Grubenholzmengen sichergestellt. Der Bedarf der Zellstoff- und Papierindustrie an Faserholz wird nach Berechnungen des Fachausschusses „Faserholz“ im Forstwirtschaftsjahr 1951 voraussichtlich 5,2 Mill. Raummeter ohne Rinde betragen. Die Eindeckungsmöglichkeiten aus dem Holzeinschlag der Bundesrepublik werden mit etwa 3,0 Mill. Raummeter und die durch Einfuhren mit 1,2 Mill. Raummeter angenommen, so daß etwa 1,0 Mill. Raummeter als Fichtenspitzenknüppel und aus dem Brennholz beschafft werden müssen.

Der gasförmige Brennstoff werde in Westdeutschland in den nächsten Jahren eine ähnliche Bedeutung wie in den Vereinigten Staaten erhalten, erklärte der Geschäftsführer der Zentrale für Gasverwendung des Verbandes Bayerischer Gas- und Wasserwerke in Lindau. Er wies insbesondere auf die Möglichkeiten hin, Gas, Wasser, Warmwasser und Abwasser bei Neubauten an einer Wand zu installieren. Baudirektor L. Prestel, Nürnberg, sprach sich gegen die Verwendung von ERP-Geldern nur für die Elektrizitäts-Wirtschaft aus.

Amerikanische Zone

Im Siegerländer Erzbergbau wurden im August bei 27 Arbeitstagen (im Juli 26) 110 751 (104 113) t gefördert. Die Erzförderung im Dill- und Lahngebiet sowie in Oberhessen erhöhte sich auf 69 068 t gegenüber 65 517 t im Vormonat.

Die Tonnage der in Bremen beheimateten Schiffe ist im August durch die Indienststellung von drei Dampfern und den Ankauf eines Tankers auf rund 75 000 BRT erhöht worden. Die größte Reederei, die Dampfschiffahrtsgesellschaft „Neptun“, konnte ihren Flottenbestand mit der Indienststellung des 3100-t-Schiffes „Arion“ auf 24 Schiffe erhöhen. Die „Arion“, deren Bau vor dem Kriege begonnen wurde, konnte als moderner Frachter mit 12 Passagierkabinen und um 9 m verlängert bei der „AG Weser“ fertiggestellt werden. Die vorher geplante Dienstgeschwindigkeit von 10 Knoten wurde durch den Einbau eines zusätzlichen MAN-Dieselmotors auf 13 Knoten erhöht. Bei den Achteren Luken wurde eine Abdeckungspatent Mac Gregor eingebaut, das ein Schließen und Öffnen der Ladeluken innerhalb 30 Sekunden ermöglicht. Die Laderäume sind elektrisch belüftet. Das Schiff wird im Spanien-Portugaldienst eingesetzt werden. Die Argo-Reederei Richard Adler & Co. stellte als ersten Handelsschiffsneubau an der Weser das kombinierte Fracht- und Passagiermotorschiff „Adler“ (1 460 BRT) in ihren Londondienst ein. Das Schiff hat Fahrgasteinrichtungen für 24 Passagiere. Die D.D.G. „Hansa“ übernahm im August den Dampfer „Greiffenfels“ (9 730 t Tragfähigkeit), ein Schwesterschiff der kürzlich in Dienst gestellten „Argenfels“. Der Dampfer, der auf der „AG-Weser“, aus dem holländischen Dampfer „Nijmwegen“ umgebaut wurde, bringt auf seiner ersten Reise Zucker aus Kuba. Als zweiter in Bremen beheimateter Tanker für die Tankreederei Eugen Friedrich ist der norwegische Motortanker „Snipass“ (6 175 BRT) vom Verkehrsministerium zum Ankauf freigegeben.

In das Handelsregister der Stadt Bremen wurde die „Bremer Schiffahrtskontor, Brink & Co. KG“ als neue Bremer Reederei eingetragen. Die Reederei hat als erstes Schiff den 3 346-BRT-Dampfer „Baron Ruthven“ aus englischem Besitz gekauft. Gründer des Unternehmens ist Otto Brink, Inhaber der mit der Neugründung erloschenen Flensburger Reederei Joel.

Die zunehmende Verwendung von Leinöl hat es der Deutschen Linoleum-Werke AG., Bietigheim/Württ. (Zweigniederlassungen in Delmenhorst i. O. und Maximiliansau/Rhpf.) ermöglicht, wieder zur Herstellung ihres altbewährten DLW-Linoleums auf Friedensbasis überzugehen, während bisher in größerem Umfange inländische Kunststoffe zur Verarbeitung kamen. Da sich aus dieser Umstellung gleichzeitig eine Ermäßigung der Gestehungskosten ergibt, ist eine Preissenkung — für Bauqualitäten bis zu 15% — ab 1. Sept. 1950 durchgeführt worden. Auch bei der Stragula-Fabrikation ist durch Ausweitung und Rationalisierung eine Senkung der Selbstkosten eingetreten, die in gleicher Weise durch eine Preisermäßigung von zirka 12% ab 1. 9. 1950 dem Verbraucher zugute kommt.

Nach Mitteilung des Deutschen Gewerkschaftsbundes findet vom 13. bis 15. September in München der „Verbandstag 1950“ der Industriegewerkschaft Chemie, Papier, Keramik statt. U. a. sollen Lohnfragen und Tarifpolitik der Industriegewerkschaft erörtert sowie die Wahl des Hauptvorstandes, des Beirates und der Revisions- und Beschwerdekommission vorgenommen werden. Den Geschäftsbericht des Hauptvorstandes erstattet der Vorsitzende der Industriegewerkschaft Chemie, Papier, Keramik, Wilhelm Gefeller. Der stellvertretende DGB-Vorsitzende, Mathias Föcher, wird auf dem Verbandstag über die Mitbestimmung der Arbeitnehmerschaft in der Wirtschaft sprechen.

Auf einer Tagung des bayerischen Landesbezirks-Angestelltenausschusses des DGB wurde dieser Tage in München beschlossen, vier weitere Angestellten-Kommissariate für Bayern zu errichten und die Angestelltenschaft stärker als bisher an der Arbeit des DGB zu interessieren.

In Verbindung mit dem Drogistentag in Stuttgart-Bad Cannstatt vom 13. bis 18. September 1950, der von den Fachverbänden der deutschen Drogisten einberufen worden ist, wird auch eine Drogerie-Fachausstellung veranstaltet. Namhafte Betriebe der chemisch-pharmazeutischen Industrie, Hersteller von Verbandstoffen und Laboratoriumsbedarf werden die Ausstellung beschicken. Bisher haben über 80 Firmen aus dem ganzen Bundesgebiet ihre Teilnahme an der Veranstaltung zugesagt, die dem Fachmann wertvolle Anregung bieten dürften.

In der Nähe der österreichischen Grenze am Sunken ist dieser Tage die erste transportable Seilbahn für Holztransporte in Betrieb genommen worden. Sie wurde von der Forstabteilung des bayerischen Landwirtschaftsministeriums angekauft und soll hier erstmals genau ausprobiert werden. Es ist beabsichtigt, solche Seilbahnen im Bayerischen Wald, in den Bayerischen Alpen und im Allgäu zu verwenden, um dem bisherigen System der Kahlschläge mit ihren verheerenden klimatischen und wasserwirtschaftlichen Folgen entgegenzuarbeiten. Man hofft auch, mit Hilfe dieser Seilbahnen die Grenze der Waldbewirtschaftung um 900 Meter höher legen zu können. In Abständen von 10—15 Minuten sausen die Baumlasten von jeweils 2 t zu Tal. Die Tagesleistung beträgt bei 300 Meter Höhenunterschied durchschnittlich 13 Kubikmeter Holz.

Bayern steht unmittelbar vor der Entscheidung über den Ausbau seiner Energieversorgung. Die Wirtschaft kritisiert, daß bei den Vorarbeiten nur der Landeslastenverteiler, der zugleich Leiter der staatlichen „Bayernwerk AG“ ist, gehört wurde. Um so interessanter sind die Ergebnisse einer Denkschrift des Verbandes bayerischer Elektrizitätswerke (dem Betriebe, die 99% der Stromversorgung repräsentieren, freiwillig angehören). Bei der voraussehbaren weiteren Zunahme des Energiebedarfes u. angesichts der geringen Kapitalbeschaffungsmöglichkeiten seien Überinvestitionen an Kraftwerkskapazität nicht zu befürchten. Daher sollten im ersten Ausbauabschnitt die Dampfkraftwerke gegenüber den unsteten von der Wasserführung abhängigen Laufwasserkräften den Vorrang erhalten. Die Denkschrift wendet sich gegen die Absicht der Errichtung eines Dampfkraftwerkes in Aschaffenburg im äußersten Nordwestzipfel Bayerns; sie plädiert, daß das Kraftwerk bei Bamberg im Bau sei, und — voraussichtlich rascher, als von der Rhein-Main-Donau AG erwartet — fertiggestellt werden wird. Bamberg könne nun das 110-kv-Netz speisen und dazu die kaum gebrauchte 220-kv-Doppelleitung von Mitteldeutschland nach Nürnberg. Bamberg versorge damit den industriellen Schwerpunkt und liege geradezu ideal zum gesamten nordbayerischen Absatzgebiet. Hinsichtlich der Erweiterung der Verbundwirtschaft begrüßt der Verband den Vorschlag des RWE auf Energielieferung zu günstigen Preisen, zumal Bayern jahrelang 260 mv allein aus Mitteldeutschland bezogen habe und kein ersichtlicher Grund bestehe, diese Menge nicht auch vom Rheinland zu beziehen.

Mit der Unterzeichnung des Gesellschaftsvertrages über die bayerisch-österreichische Kraftwerk-AG wird in Kürze gerechnet, verlautet aus dem bayerischen Finanzministerium. Das zu gleichen Teilen von Bayern und Österreich aufzubringende Grundkapital soll zunächst 2 Mill. DM betragen. Man nimmt an, daß im Frühjahr 1951 mit dem Bau eines Kraftwerkes bei Simbach/Braunau begonnen werden kann. Die Errichtung dieses Kraftwerkes wird mit etwa 120 Mill. DM veranschlagt, wovon 90 Mill. DM aus ERP-Gegenwertmitteln aufgebracht werden sollen. Die Restfinanzierung dieses Projektes soll sich weitgehend unabhängig von Kursänderungen vollziehen, da beide Länder gleichmäßig mit Dienstleistungen und Sachlieferungen bedacht werden sollen. Über die Form der Restfinanzierung sind noch keine Einzelheiten bekannt. Das Simbach-Braunau-Projekt soll so wie drei weitere auf beiden Seiten der Grenze von der Gesellschaft zu errichtende Kraftwerke eine Jahresstromerzeugung von 500 Mill. kWh haben. Da die seit 1917 bestehende Innwerk-AG am bayerischen Flußlauf des Inn bereits eine Anzahl Kraftwerke betreibt bzw. geplant hat, ist Bayern daran interessiert, wie verlautet, diese Gesellschaft zur Hälfte des eigenen Grundkapitals an der neuen Gesellschaft zu beteiligen. Diese Maßnahme erfordert jedoch eine positive Einflußnahme des bayerischen Staates auf die Innwerk-AG; der bayerische Staat besitzt gegenwärtig nur 0,4% des Aktienkapitals. In Verhandlungen mit dem Bundesfinanzministerium und der VIAG als der Besitzerin von 99,6% des Innwerkkapitals wurden Bayern nur 26% an Stelle der geforderten 50% der Innwerk-Aktien zugestanden. Bayern sieht daher bis zur endgültigen Regelung der Frage seiner Beteiligung an der Innwerk-AG von einer Beteiligung dieser Gesellschaft an der bayerisch-österreichischen Kraftwerk-AG ab. Um einen angemessenen Anteil an den Erträgen der Innwerk-AG zu erhalten, plant der bayerische Staat die Erhebung einer Wasserbenutzungsgebühr von der Innwerk-AG, falls die Frage der Beteiligung nicht zufriedenstellend geklärt werden kann.

Englische Zone

Die steigenden Lieferfristen für Walzwerkserzeugnisse haben in Teilen der weiterverarbeitenden Industrie bereits zu ernsten Schwierigkeiten geführt. Wie am 6. September aus Kreisen der Maschinenbauindustrie in Oberhausen mitgeteilt wurde, machen sich diese Störungen insbesondere bei kurzfristigen Bergbauaufträgen bemerkbar. In einzelnen Fällen hätten schon Aufträge zurückgewiesen werden müssen, weil ein Teil der Rohmaterialien nicht termingerecht beschafft werden konnte. Während vor einigen Monaten die Rohstoffzufuhr noch reibungslos vor sich ging, beständen heute bereits für Handelsbleche Lieferfristen von 8—12 Monaten, für Spezialbleche, wie Dynamobleche, seien die Lieferzeiten von 20 auf 24 Monate gestiegen. Bei Feinblechen wurden teilweise schon Bestellungen abgelehnt. Von der Verknappung seien in erster Linie die Maschinenbauindustrie, der Stahlbau und die Elektroindustrie betroffen.

Unter der Flagge der Negerrepublik Liberia lief zum erstenmal ein Schiff, der Dampfer „Milly“, am 5. September den Hamburger Hafen an. Die „Milly“, der frühere Norweger „Loke“ (3505 BRT) wird Kali für Kanada übernehmen.

Der Gesamtumschlag im Hamburger Hafen ist im August gegenüber dem Vormonat um rund 20% gestiegen. Die Zunahme ist vor allem auf den zusätzlichen Verkehr durch den Streik in den Beneluxhäfen zurückzuführen. Neu gegenüber dem Vormonat waren nach Angaben der Hafenbetriebs-Direktion Verladungen von Schrott nach Schweden, Kanada und Finnland, sowie von Mineralölen, Getreide, Magnesit und Zinkerz nach Skandinavien und den Rheinmündungshäfen.

Der Vorsitzende des Gesamtverbandes des Hamburger Einzelhandels, Westerich, sagte am Dienstag vor der Presse, es bestehe überall in den Geschäften noch ein reichliches Warenangebot. Im einzelnen führte Westerich aus, die teilweise recht erheblichen Lieferfristen der Fabrikanten sind damit zu erklären, daß bei Textil- und Schuhwaren bereits ein großer Teil der Abschlüsse in den Sommermonaten getätigt worden sind. Mit Preissteigerungen sei auf diesem Gebiet wahrscheinlich nicht zu rechnen. Im Möbeleinzelhandel sei seit einigen Wochen eine Belebung eingetreten, die auch in den Bezirken außerhalb Hamburg beobachtet wurde. Sehr geschäftsbelebend habe sich vor allem die Verbesserung der Möbelsparhilfe mit einer Anzahlung von 30% des Kaufpreises ausgewirkt.

Im linksrheinischen Braunkohlenrevier wurden im August an 27 Arbeitstagen 5 419 187 t Rohbraunkohlen gefördert gegenüber 5 202 313 t an 26 Arbeitstagen im Juli. Die arbeitstägliche Förderung ging leicht auf 200 710 (202 012) t zurück. Die Brikettherstellung betrug 1 181 421 (1 141 852) t, was einer arbeitstäglichen Leistung von 43 680 (43 917) t entspricht. Die Abraumbewegung erreichte im August 4 783 256 cbm gegenüber 4 727 207 cbm im Vormonat.

Nach einer Bekanntmachung des Oberfinanzpräsidenten wurde das Hauptzollamt Bonn aufgehoben und mit Wirkung vom 1. 9. 1950 das Hauptzollamt Köln-Deutz neu eingerichtet. Damit hat Köln nunmehr drei Hauptzollämter, nämlich Köln-Deutz, das für das rechtsrheinische Stadtgebiet, für den rheinisch-bergischen Kreis, für den Oberbergischen Kreis und Siegkreis zuständig ist, sowie das Hauptzollamt Köln-Mitte für das linksrheinische Stadtgebiet und verschiedene Bezirke im Landkreis Köln, und das Hauptzollamt Köln-Rheinau für das südliche Stadtgebiet und Teile des Landkreises Köln sowie für den Stadt- und Landkreis Bonn und den Kreis Euskirchen.

Die Deutsche Angestelltengewerkschaft Landesleitung Nordrhein-Westfalen hat den Wuppertaler Schiedsspruch vom 8. 4. 1949 zum 31. 12. 50 gekündigt. Dieser Schiedsspruch sah für die Angestellten der Gemeinden eine gestaffelte Teuerungszulage in Höhe von 10 bis 25 DM vor. Neue Forderungen werden in den nächsten Tagen von der DAG überreicht.

Die Vereinigung der Vereidigten Buchprüfer in Düsseldorf, die seit 1946 besteht und der sich inzwischen Landesorganisationen im amerikanischen Besatzungsgebiet angeschlossen haben, hat sich nunmehr als „Bundesverband der Vereinigten Buchprüfer“ mit dem Sitz in Düsseldorf (Cäcilienallee 30) konstituiert.

Die Umsätze an der Rheinisch-Westfälischen Wertpapierbörse im August betrugen an festverzinslichen RM-Werten 9,79 gegenüber 8,7 Mill. RM Nennwert im Juli und an festverzinslichen DM-Werten 8,13 gegenüber 8,85 Mill. DM Nennwert. Die Umsätze in Pfandbriefen haben zugenommen, die in Industrieobligationen hingegen abgenommen. Die Aktienumsätze erreichten 4,85 gegenüber 3,63 Mill. RM Nennwert, die an Versicherungen und Kuxen 1,23 gegenüber 0,87 Mill. RM.

Zu ihrer ersten Nachkriegstagung auf deutschem Boden kamen in Essen die Export- und Importleiter der in der Interkontinentalen Warenhausgruppe vereinten großen Kaufhäuser zusammen. Auf der zweitägigen Konferenz wurden die gegenwärtigen und künftigen Möglichkeiten des Warenaustausches zwischen den vertretenen Ländern besprochen, wie sie sich insbesondere nach Verwirklichung der europäischen Zahlungsunion ergeben werden. An der Konferenz nahmen Vertreter bedeutender Warenhausunternehmen aus Frankreich, Großbritannien, Holland, Belgien, der Schweiz, Italien und Schweden teil. Die Bundesrepublik ist durch den Zentraleinkauf der Karstadt-A.G. vertreten, in deren Essener Verwaltungsgebäude die Konferenz stattfindet. Die der Gruppe angeschlossenen ausländischen Firmen sind seit Wiederaufleben des Außenhandels in steigendem Maße Abnehmer deutscher Fertigwaren.

Die Zahl der ausländischen Aussteller auf der Kölner Herbstmesse ist auf 430 gegenüber 360 auf der letzten Messe gestiegen. An der Ausstellung des Auslandes sind u. a. 170 italienische Firmen, 50 britische Firmen sowie je 40 belgische und holländische Aussteller beteiligt. Die französische Kollektivausstellung umfaßt 119 Firmen. Sie stellen u. a. Wein, Spirituosen sowie Parfümerie aus, ferner Lebensmittel, wie Konserven, Sardinen, Gemüse, Fruchtsäfte, Früchte, Öle, Getreide usw., Textilerzeugnisse, Stoffe, Spitzen, Strickwolle und Hüte sowie Pelze, Felle, Pfeifen u. a. m.

Ostzone

Vor rund 300 Vertretern der Planungsabteilungen der Ostzonenministerien sowie der Vereinigungen der zentralgeleiteten volkseigenen Wirtschaft erörterte der Staatssekretär im Ostzonenministerium für Planung, Leuschner in Berlin (Ost) die Vorbereitungsarbeiten für den Fünf-Jahrplan. Durch bessere Arbeitsmethoden, durch technische Verbesserungen und durch die Anwendung der modernsten wissenschaftlichen Forschungsergebnisse seien noch ungeheure Wirtschaftsreserven zu mobilisieren. Leuschner forderte eine stärkere Qualifizierung für die Planungsarbeiten. So machte er dem Ostzonenministerium für Handel und Versorgung den Vorwurf, es habe sich nicht an den Versorgungsplan gehalten. Es seien auf Kosten der kommenden Monate mehr Fleischwaren ausgegeben, als vorgesehen war. Nur eine richtige Durchführung des Versorgungsplanes gewährleiste die regelmäßige Versorgung der Bevölkerung.

Hinsichtlich des Investitionsplanes forderte Leuschner eine Konzentration auf die Schwerpunktaufgaben, die besonders in den ersten drei Jahren in der Metallurgie, im Maschinenbau, im Kohlenbergbau und in der Energie zu sehen seien.

Der Ostzonenminister für Planung, Heinrich Rau, forderte, daß das Gesetz zum Schutze des innerdeutschen Handels besser und straffer durchgeführt werde, und daß die Schiebereien von Materialien und Fertigerzeugnissen nach Westberlin unterbunden werden.

Eine neue Preissenkung für HO-Waren und ferner eine Herabsetzung der Preise für Tabakerzeugnisse, Bier und Spirituosen wurden auf einer Pressekonferenz der Ostzonen-Regierung am 2. September bekanntgegeben. Nachstehend einige Beispiele für die bisherigen und die neuen HO-Preise:

	bisher (Ostmark)	jetzt (Ostmark)
Roggenbrot, 1000 g	1,60	0,70
Weizenmehl, 1000 g	2,20	1,80
Schweinefleisch, 1000 g	20,00	16,00
Butter, 1000 g	28,00	24,00
Margarine, 1000 g	15,00	14,00

Auch für eine Reihe von Gebrauchsgütern wurde eine Senkung durchgeführt, so z. B.:

	bisher	jetzt
kunstseid. D.-Strümpfe	11,00	10,00
Zellwolle-Damenkleid	84,00	78,00
Damenlederschuhe	107,00	97,00
Herrenlederschuhe	105,00	94,00
Nähmaschine	680,00	545,00
Herrenfahrrad	350,00	300,00

Die Preise für eine 7/10-Liter-Flasche Trinkbranntwein (40%) wurden von 31,50 — auf 24,70 Ostmark, für ein Viertel Liter 12prozentiges Bier von 1,00 auf 0,70 Ostmark und für eine Zigarette von 0,20 auf 0,15 Ostmark herabgesetzt. Eine entsprechende Senkung erfolgt für die höheren Preisstufen.

Der Ausweis der sowjetzonalen Deutschen Notenbank per 31. August dieses Jahres zeigt eine Erhöhung des Notenumlaufs gegenüber dem 15. August um 46 Mill. auf 3016 Mill. Ostmark.

Die Ostzonenrepublik ist auf der am 10. und 11. Septbr. in Hannover stattfindenden Textilfachmesse mit 53 Firmen vertreten.

Unsere Lageberichte

Salzgittererze gewinnen an Bedeutung — Versorgungsschwierigkeiten in der Blechwarenindustrie — Günstige Lage der Haushaltmaschinen-Industrie — Konfektion wünscht Förderung des Exportgeschäfts

Salzgittererze

Die Förderung von Salzgittererzen hat im August einen neuen Höchststand nach Kriegsende erreicht. Die Roherzförderung nahm von 248 000 t im Juli auf 302 680 t im August zu. Davon waren 37 011 t basische Erze, die an die Ruhrhütten abgegeben wurden. Die Erzeugung von Naßkonzentrat erhöhte sich von 106 000 t im Juli auf 133 330 t im August. Die Herstellung von Sinter von 67 000 auf 71 640 t. Die Anlage zur Herstellung von Naßkonzentrat erreichte damit seit ihrer Inbetriebnahme im Oktober 1942 ihre bisher größte Erzeugung. Die Konzentrate mit 42 v. H. Fe-Gehalt und der Sinter mit 46 v. H. Fe werden von den Ruhrhütten besonders begehrt. Die vermehrte Verhüttung saurer Eisenerze nicht nur in Westdeutschland, sondern auch in Großbritannien und den USA im Zeichen einer empfindlichen Stahlknappheit hat auch den Forderungen neuen Auftrieb gegeben, die Verhüttung und Weiterverarbeitung der sauren Salzgittererze am Orte ihrer Förderung wieder aufzunehmen, um die Wirtschaftlichkeit der Eisen- und Stahlerzeugung zu erhöhen. Offenbar wird auch von britischer Seite, die der Wiederaufnahme der Stahlerzeugung in Watenstedt bisher immer am schärfsten widersprochen hat, diesen Forderungen jetzt größeres Verständnis entgegengebracht.

*

Die Erzförderung in den Siegerländer Gruben stieg im August auf 110 751 (im Vormonat 104 113) t an. Das entspricht einer arbeitstäglichen Leistung von 4 100 (4 000) t. Im Dill- und Lahngebiet sowie in Oberhessen erhöht sich die Erzförderung auf 69 068 (65 517) t.

Blechwarenindustrie

In der Blechwarenindustrie hat sich der noch vor zwei Monaten bestehende Verkaufsdruck wesentlich gelockert. Die Beschäftigung ist durchweg gut, allerdings von Werk zu Werk noch sehr unterschiedlich. Wo Schwierigkeiten vorhanden sind, werden sie vorwiegend durch Materialknappheit hervorgerufen. Die unzulängliche Belieferung der Werke in Blechen wie auch in Zink und Zinn gefährdet in zunehmendem Umfange die Ausnutzung der sich bietenden Exportchancen. Beispielsweise liegen bei den Faßfabriken zahlreiche Anfragen und auch Aufträge vor, deren Ausführung in erster Linie von einer pünktlichen Materialbelieferung abhängt. Die Anfragen aus dem Auslande kommen aus allen Teilen der Welt, auch aus solchen Ländern, die früher noch nicht aus Deutschland bezogen haben. Sie sind vielfach auf die von den ausländischen Herstellern beanspruchten langen Lieferfristen zurückzuführen. Im übrigen erobern sich Stahlmöbel einen immer größeren Markt, so auch Stahltüren für den Wohnungsbau.

Haushaltmaschinen-Industrie

Die Haushaltmaschinen-Industrie war erheblich übersetzt. Damals wurden im Bundesgebiet 300 Betriebe gezählt, davon allein in Nordrhein-Westfalen 142. Heute umfaßt die Haushaltmaschinen-Industrie nur noch 50 Firmen. Eine weitere Verringerung dieser Zahl, vor allem auf dem Kaffeemühlen-Sektor, dürfte unvermeidlich sein. Der Export hat sich in jüngerer Zeit belebt. So wird bei den Alexanderwerken AG in Remscheid mit einer Ausfuhrsteigerung um das Vierfache gegenüber 1949 gerechnet im laufenden Jahre. Der Ausfuhranteil dürfte mit etwa 4 Mill. DM annähernd 30% des Gesamtumsatzes erreichen. Das heutige Auslandsgeschäft liegt mindestens 50—60 Prozent höher als 1936, so daß auch nach Abstrich der um 80—100 Prozent gestiegenen Preise die mengenmäßige Friedensausfuhr wieder erreicht sein dürfte. Während die Ausfuhr früher ein Zuschußgeschäft war, gelten heute gleiche Preise im In- und Ausland, was die Gewinnseite günstig beeinflußt. Der internationale Unkostenvergleich ergibt, daß bei den Schweden die Kosten für Material und Löhne um 50% höher liegen, diese Nachteile aber durch entsprechend niedrige Betriebskosten wieder aufgeholt werden.

Konfektion

Die deutschen Konfektionsbetriebe sind bestrebt, wieder in einem stärkeren Umfange in das Exportgeschäft einzudringen. Die Chancen hierfür sind durchaus gegeben; denn die deutschen Betriebe sind im allgemeinen fortschrittlicher eingerichtet als die Wettbewerbsunternehmen der meisten übrigen europäischen Länder. Die volle Ausnutzung der Exportchancen stößt jedoch auf verschiedene Schwierigkeiten. Insbesondere stehen die Devisen für die Einführung der entsprechenden Stoffe nicht immer zur Verfügung. Als sehr hemmend werden weiterhin die Zollbestimmungen empfunden. Die Industrie möchte die für Exportzwecke benötigten Stoffe in ein Zollager nehmen, um nach Verarbeitung und Veredelung sie unbelastet vom deutschen Zoll wieder ausführen zu können. Hierbei werden jedoch von der Zollbehörde Sicherungsvorschriften verlangt, die einen rationellen Ablauf des Betriebes sehr erschweren. Bei der Verarbeitung und dem Zuschneiden der Stoffe fallen Reststücke und Lumpen ab. Die Zollbehörde verlangt nun, daß diese Abschnitte besonders gesammelt und daß die notwendigen Sicherungen dafür getroffen werden, daß verzollte und unverzollte Lumpen usw. nicht durcheinander kommen. Das aber ist kaum ohne eine erhebliche Gefährdung der Wirtschaftlichkeit zu machen. Man muß erwarten, daß die verständlicherweise bürokratische Zollbehörde hier großzügig vorgeht, damit die vorgeschriebenen Sicherungsmaßnahmen nicht den Anreiz, im Ausfuhrgeschäft tätig zu werden, unterbinden.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Schweden diskutiert Kronenaufwertung

Die schwedische Presse hat begonnen, in vorsichtiger Form die Möglichkeit einer Aufwertung der Krone zu diskutieren. Diese Erörterung knüpft an eine Erklärung des kanadischen Handelsministers an, in der er eine baldige Kursänderung des kanadischen Dollars als möglich bezeichnete. Auch wird auf eine verstärkte Neigung in Australien hingewiesen, der Steigerung des Importindexes durch eine Währungskorrektur entgegenzuwirken. Eine Überprüfung des Außenwertes des französischen Franes wird nach Ansicht der schwedischen Presse mehr und mehr aktuell. Daher weist „Svenska Dagbladet" darauf hin, daß einer Wiedereinführung von Rationierungsmaßnahmen die Heraufsetzung des Wechselkurses der Krone und auf dem Binnenmarkt eine restriktive Kreditpolitik vorzuziehen seien, die die internationalen Preiserhöhungen dämpfen würden. Eine neue Entscheidung müsse aber nach ruhiger Erwägung und nicht, wie im vorigen Herbst, in einer Panikstimmung getroffen werden.

Holzexporte

Von der gesamten in Schweden für 1950 voraussichtlich verfügbaren Exportmenge an Holz sind, wie das schwedische Kommerz-Kollegium in seinem letzten Bericht mitteilt, bis Anfang August bereits 90% zur Ausfuhr gelangt. Das ist der höchste Prozentsatz, der in diesem Zeitraum in der Nachkriegszeit exportiert worden ist. Gleichzeitig ist bemerkenswert, daß noch niemals in der Geschichte der schwedischen Holzwirtschaft nur 6% der Exporte bis Ende Juli nach Großbritannien, als dem größten Abnehmer, erfolgten. Es sei im allgemeinen erwartet worden, so erklärt das Kommerz-Kollegium, daß die britische Holz-Kontrollbehörde nach ihrem Kontraktabschluß mit der UdSSR Mitte Juli versuchen würde, die bei den schwedischen Exporteuren noch verfügbaren Mengen zu übernehmen. Es sei zwar nicht bekannt, ob mit den einzelnen Exporteuren Verhandlungen geführt worden sind, war dies jedoch der Fall, so könne das Ergebnis nur als sehr gering bezeichnet werden, denn seit der Rückkehr der britischen Delegation aus Moskau seien lediglich 1000 Standards an Großbritannien verkauft worden. Kleine Umsätze erfolgten im Juli mit Australien, den Niederlanden, Südafrika, Dänemark und Belgien, die sich insgesamt auf 15 000 Standards beliefen. Der schwedische Zellulosemarkt im Juli wurde durch ein knappes Angebot gekennzeichnet, das zu Preissteigerungen führte.

Starke Preiserhöhungen für Zellulose

Führende schwedische Zellulose-Exporteure haben mit ihren Abnehmern, vornehmlich in den europäischen Ländern, Verhandlungen über die Preise im 4. Vierteljahr 1950 eingeleitet. Voraussichtlich werden die neuen Preise für gebleichte Zellulose bei 800 sKr. und für ungebleichte Zellulose bei 700 sKr je t, netto fob, liegen. Das würde gegenüber den bisherigen Preisen eine Erhöhung von 150 bis 250 sKr je t bedeuten. Wie verlautet, sollen die Preisforderungen bei alten Kunden nicht so weit gehen, doch werden auch noch höhere Notierungen nicht als unmöglich angesehen. In jedem Fall aber ist mit einer steigenden Preistendenz zu rechnen, da seit einigen Wochen das Kaufinteresse bedeutend zugenommen hat, das Angebot aber begrenzt ist.

Preiserhöhung für Zeitungspapier

Am schwedischen Zeitungspapierexportmarkt hat sich seit einigen Wochen die Nachfrage ganz erheblich erhöht, so daß von den Werken Aufträge kaum noch hereingenommen werden können, weil die Werke auf Monate hinaus so gut wie ausverkauft sind, erfährt VWD aus Fachkreisen. Die Preise sind recht nachhaltig gestiegen. Im Juli belief sich der durchschnittliche Ausfuhrpreis noch auf 81 Öre per kg. Heute werden für Einzelpartien ohne weiteres 70 bis 80 Öre per kg von den Abnehmern bewilligt.

148 Mill. sKr. Investitionsbedarf der Wasserfallverwaltung

Die schwedische Wasserfallverwaltung (Vattenfallestyrelsen) hat bei der Regierung für die Finanzjahre 1950 bis 1951 und 1951 bis 1952 einen gesamten Investitionsbedarf von 148 Mill. sKr angemeldet. Davon werden u. a. benötigt 52,3 Mill. sKr für Wasserkraftstationen, 10 Mill. sKr für Wasserregulierungen und 62 Mill. sKr für den Ausbau des Verteilungsapparates.

Bedeutende Talk-Vorkommen

In der südschwedischen Landschaft Schonen sind große Vorkommen von Talk entdeckt worden, die von erheblicher wirtschaftlicher Bedeutung werden dürften, da Schweden bisher seinen Talkbedarf aus dem Ausland decken mußte. Die Talklager liegen etwa 10 m tief und haben eine Mächtigkeit von etwa 30—40 m. Talk ist im besonderen für die Holz- und Eisenindustrie als Schmier-, Poliermittel und Gleitungsmittel wichtig und wird außerdem häufig in der Papier-, Leder-, Textil- und anderen Leichtindustrien verwendet.

Erweiterter Rahmen der Dollar kostenden Einfuhr

Angesichts des Betrages von 25 Mill. Dollar, den Schweden über die Europäische Zahlungsunion (EZU) bezw. die mit ihr im Zusammenhang stehenden Arrangements voraussichtlich erhalten wird, dürfte es möglich werden, den früher festgesetzten Rahmen der schwedischen, in Dollar zu bezahlenden Einfuhr wesentlich zu vergrößern. Unsicher ist jedoch, ob die für die Dollar-Einfuhr zur Verfügung stehenden Beträge für die „normale" Einfuhr verwendet werden. Die Verstärkung der sog. Wehrbereitschaft läßt es fast als sicher erscheinen, daß die normalen Einfuhr- und Versorgungspläne durch einen besonderen Wehrbereitschaftsplan ergänzt werden müssen. Gleichzeitig wird als notwendig angesehen, die früheren Pläne der Einfuhr wehrwirtschaftlich wichtiger Erzeugnisse zu revidieren, weil bestimmte Erzeugnisse, die bisher aus Weichwährungsländern bezogen werden konnten, jetzt nur noch gegen Zahlung in Dollar gekauft werden können. Das gilt beispielsweise für einige Metalle sowie für Legierungsmetalle, darunter besonders Wolfram.

Der zur Zeit noch geltende Dollar-Einfuhrplan schließt für 1950 mit etwas mehr als 720 Mill. sKr ab. Bei seiner Aufstellung war indessen davon ausgegangen worden, daß die Gegenwerte ausschließlich durch den Export, Einnahmen der Schiffahrt u. s. w. aufgebracht werden müssen. Durch die EZU hat sich die Einfuhrsituation inzwischen wesentlich verändert.

Anwendung der Freiliste auf Westdeutschland und Belgien

In Verfolg der am 6. September erfolgten Unterzeichnung des deutsch-schwedischen Zusatzabkommens wird die schwedische Freiliste für die Marshallplanländer auf Westdeutschland angewendet werden. Gleichzeitig wird ihre Anwendung auch auf Belgien und die belgischen überseeischen Besitzungen ausgedehnt werden. Lediglich die Schweiz kommt erst in den Genuß der Freiliste, wenn dieses Land der Europäischen Zahlungsunion (EZU) beigetreten ist.

Schweden erweitert seine Freiliste durch Hinzufügung folgender Positionen: Frische Äale, Kunsthonig, Schnittblumen, lebende Pflanzen, Rosinen, Sultaninen, Fischleberöl und Gelatine. Der Wert der Einfuhr der neu in die Freiliste aufgenommenen Waren betrug im Basisjahr 1948 rd. 18 Mill. sKr.

Starkes Interesse für deutsches Porzellan

Deutsches Porzellan ist auf der diesjährigen Stockholmer St.-Eriks-Messe sehr gefragt. Das schwedische Interesse für die Einfuhr von Porzellan aus der Deutschen Bundesrepublik hat sich gegenüber dem Vorjahr noch erheblich verstärkt, wie Direktor Adolf Heinrich von der Porzellanfabrik Heinrich & Co., Selb (Oberfr.), dessen Unternehmen ebenfalls in Stockholm vertreten ist, nach Rückkehr von der Messe in Hamburg ausführte. Er bedauerte deshalb besonders, daß die westdeutsche Porzellanindustrie in Stockholm nur verhältnismäßig schwach vertreten ist. Allein das vom Direktor Heinrich vertretene Unternehmen konnte bis zum Montag auf der Messe Aufträge im Betrage von 53 000 Dollar (etwa 275 000 sKr) entgegennehmen. Dagegen beträgt das Messekontingent zunächst nur 30 000 sKr, eine Erhöhung um weitere 10 000 sKr steht allerdings in Aussicht. Durch die Unterzeichnung des deutsch-schwedischen Handelsabkommens, das für Porzellan ein Kontingent von 2,8 Mill. sKr vorsieht, ist allerdings nunmehr die Möglichkeit gegeben, die Aufträge im Rahmen des Handelsvertrages abzuwickeln, wenn die entsprechenden Mittel rechtzeitig von Schweden freigegeben werden. Man bemüht sich jedoch, wie Direktor Heinrich ausführte, trotz der Unterzeichnung des Handelsabkommens weiterhin um den Abschluß von Kompensationsgeschäften. In Schweden steht der westdeutschen Porzellanindustrie gegenwärtig keine entscheidende Konkurrenz gegenüber, da die Qualität der schwedischen Porzellanerzeugnisse nicht der der deutschen Produktion entspricht. Das gilt jedoch nicht für Hotelporzellan, mit dem Schweden aus eigener Erzeugung versorgt wird.

Wie in diesem Zusammenhang erwähnt wurde, wirkt sich auf dem amerikanischen Markt bei Stapelwaren die japanische Konkurrenz sehr stark aus, da die deutschen Fabrikate wegen der höheren Löhne — der Lohnanteil bei Porzellan beträgt 50% — den japanischen Waren preislich unterlegen sind. Wie Direktor Heinrich weiter mitteilte, wird im November in der Deutschen Bundesrepublik eine von der Porzellan-Industrie und dem zuständigen Fach- und Großhandel getragene Gemeinschaftswerbung „Porzellan krönt jeden Tisch" anlaufen.

Starke Preiserhöhung in Norwegen

Mitte August ist die Kennziffer der norwegischen Großhandelspreise (1938 = 100) erneut stark auf 315,5 gegen 308,3 Mitte Juli gestiegen, nachdem in den Vormonaten die Aufwärtsbewegung etwas ruhiger verlaufen war. Am stärksten war die Steigerung für Textilwaren um 18,7% von 184,3 auf 218,7, für Häute, Felle und Leder um 15,3% von 211,8 auf 243,8 sowie für vegetabile Nahrungsmittel um 5,8% von 183,1 auf 193,3.

Handelsflotte etwas verkleinert

Die Tonnage der norwegischen Handelsflotte ist im August zum ersten Male seit dem Krieg kleiner geworden, wie aus den statistischen Angaben über die Werftablieferungen und Schiffsverkäufe zu entnehmen ist. In Dienst gestellt wurden vier Schiffe mit zusammen 45 300 t Tragfähigkeit, von denen zwei von schwedischen und je eines von einer niederländischen und einer norwegischen Werft abgeliefert wurden, während neun kleinere Schiffe mit zusammen 48 487 t Tragfähigkeit nach dem Ausland verkauft und die 10 000 BRT große „Talisman", die vor kurzem in einem japanischen Hafen Feuer fing, aufgegeben wurde.

Export an Holzveredelungserzeugnissen um 25 Prozent gestiegen

Die norwegische Ausfuhr an Holzveredelungserzeugnissen, Holz und Zellwolle ausgenommen, ist in der ersten Hälfte dieses Jahres gegenüber dem gleichen Vorjahrszeitraum der Menge nach um ca. 25% gestiegen. Dem Wert nach hält die Exporterhöhung sich in wesentlich niedrigeren Grenzen. Folgende Übersicht unterrichtet über die Entwicklung des Exports.

Norwegens Ausfuhr von Holz und Holzveredelungserzeugnissen:

	Menge (1000 t)		Wert (Mill. nKr.)	
	1950 (Jan. — Juni)	1949	1950 (Jan. — Juni)	1949
Zellulose	123.4	85.1	96.9	77.4
Holzschliff	157.1	140.8	50.7	60.0
Zeitungspapier	72.6	75.5	47.8	48.1
Packpapier	37.3	38.8	43.7	34.8
Anderes Papier	42.2	34.5	45.7	47.0
Pappe u. Kart.	13.0	6.0	13.0	7.3
Holzfaserplatten (Wallboard)	7.1	4.1	4.7	2.8
Holz (chem)	103.9	93.7	17.4	13.5
Zellwolle	6.4	3.6	23.4	13.8

Von der gesamten norwegischen Holzveredelungsausfuhr gingen in diesem Jahre rd. 62% nach nur sechs westeuropäischen Ländern. Über die Verteilung des Exports im einzelnen unterrichtet folgende Tabelle.

Norwegens Holzveredelungsausfuhr, ohne Holz und Zellwolle, nach Ländern (Mill. nKr.)

	1949	1950 (Januar bis Juni)
Großbritannien	92.2	102.2
Niederlande	17.3	24.0
West-Deutschland	1.6	15.5
Belgien	6.2	10.9
Dänemark	11.0	16.8
Frankreich	20.3	21.2
Vereinigte Staaten	13.2	10.2
Argentinien	9.8	9.0
Brasilien	1.4	5.8
Australien	17.4	8.2
Andere Länder	92.0	84.0
Gesamtausfuhr	282.2	307.5

Besonders bemerkenswert ist, daß in diesem Jahre der Export nach Westdeutschland wieder größeren Umfang angenommen hat. Während 1949 nur eine kleine Menge Holzschliff nach Westdeutschland exportiert worden war, sind in der ersten Hälfte dieses Jahres 12 000 t Zellulose, 2800 t Zeitungspapier, 1900 t Packpapier sowie 2000 t Druck- und Schreibpapier wieder nach Westdeutschland gegangen.

Indische Jute-Waren gegen ägyptischen Reis

Wie aus zuverlässigen Kreisen verlautet, beabsichtigt Indien, 60 000 tons Reis aus Ägypten gegen Lieferung von Jutewaren zu beziehen. Über die tatsächliche Höhe des Kompensationsgeschäftes werden, wie verlautet, noch Verhandlungen geführt.

Mit Italien waren die Verhandlungen über den Bezug von Reis erfolglos. Zur Zeit befaßt sich die indische Regierung außerdem mit einem Angebot Ostpakistans, 65 000 t Reis im Austausch gegen Kohle und andere Rohstoffe zu liefern.

Handelsdelegation Pakistans nach Tokio

Eine Handelsdelegation Pakistans mit 6 Mitgliedern hat Anfang der Woche Karachi mit dem Ziele Tokio verlassen. Es soll zwischen Japan und Pakistan etwa 14 Tage über Lieferungen Pakistans von Weizen und Baumwolle verhandelt werden, während Japan Stoffe und Maschinen dafür abgeben will.

Neue Angstkäufe in Belgien

Der belgische Index für Einzelhandelspreise stieg im August um 7,3 Punkte auf 387,1 gegen 368,8 im Juli, blieb damit jedoch noch unter dem Stande vom August des Vorjahres. Die Zunahme des Indexes ist eine Folge der Erhöhung der Preise für Schweinefleisch, Fett, Seife, Eier, Reis, Kaffee, Käse und Speiseöl. Die Streikbewegungen in den belgischen Häfen von Antwerpen und Gent, die seit dem 4. September beigelegt sind, verhinderten die Neuverproviantierung, was die Verbreitung von Gerüchten über die Einführung von Rationierungsmaßnahmen und infolgedessen das Wiederaufleben von Angstkäufen in den letzten Tagen begünstigte. Die Regierung dementierte jedoch alle Rationierungspläne bei dem gegenwärtigen Versorgungsstand, bestätigte aber, daß man die Entwicklung der Lebensmittelversorgung genau verfolgen und evtl. strenge Maßnahmen gegen Spekulation ergreifen werde.

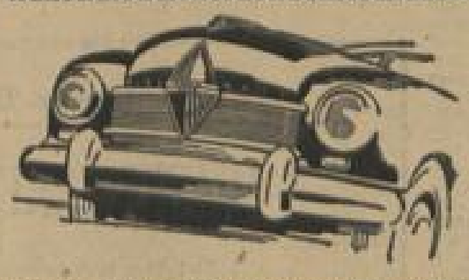
Agrarproblem belastet Benelux-Verhandlungen

Die für den September vorgesehenen neuen Beneluxverhandlungen über die Lösung der schwierigen Agrarfrage sind auf Mitte Oktober verschoben worden. Die Vollversammlung der Benelux-Länder verzögert sich ebenfalls auf den November. Um letztere nicht zu sehr mit der Regelung des Agrarproblems zu belasten, will man am 15. Oktober versuchen, ein Regime zu vereinbaren, das der geringeren Konkurrenzfähigkeit der belgischen und besonders der luxemburgischen Landwirtschaft in einzelnen Produkten, insbesondere bei Milcherzeugnissen, Rechnung tragen soll.

Benelux-Länder und Torquay

Zwischen den Benelux-Ländern haben in letzter Zeit Verhandlungen über die von ihnen auf der bevorstehenden Zollkonferenz in Torquay einzunehmende gemeinsame Haltung stattgefunden. In den Benelux-Ländern herrscht eine ziemlich gereizte Stimmung gegenüber der Politik der Mehrzahl der anderen OEEC-Länder, die teilweise erhebliche Erhöhungen ihrer Zolltarife vorgenommen haben, um sich in Torquay eine günstige Verhandlungsbasis zu sichern. Augenblicklich bestehen zwischen den Zollsätzen der Benelux-Länder und denjenigen vieler anderer Länder, besonders in den wichtigen Zollpositionen, bedeutende Unterschiede. Gegen diese tarifpolitische Entwicklung, die als den Beschlüssen der Zollkonferenz von Annecy widersprechend angesehen wird, beabsichtigt die Benelux-Union, sich energisch zur Wehr zu setzen. Von weiteren Konzessionen der Benelux-Staaten in Torquay dürfte daher kaum die Rede sein. Die großen Industrieverbände Hollands, Belgiens und Luxemburgs haben vielmehr von ihren Regierungen die Zusage erhalten, daß sie in Torquay eine energische Haltung einnehmen werden. Über die Art und Weise dieser Haltung herrscht bisher noch keine Einigkeit. In Belgien gibt es Anhänger der Einführung eines Kampftarifs, weil von ihm aus leichter Konzessionen und Gegenleistungen erteilt werden können. Holland möchte von einem Kampftarif absehen, um nicht durch erhöhte Zollsätze eine Verteuerung der Lebenshaltung heraufzubeschwören. Die Niederlande ziehen eilig anderen Maßnahmen tariflicher Natur die Wiedereinführung von Kontingenten vor, die von Belgien und Luxemburg jedoch abgelehnt werden. In Anbetracht der außerordentlichen Wichtigkeit der Verhandlungen von Torquay erwartet man, daß die drei Benelux-Länder sich schließlich auf einer gemeinsamen Linie einigen werden.

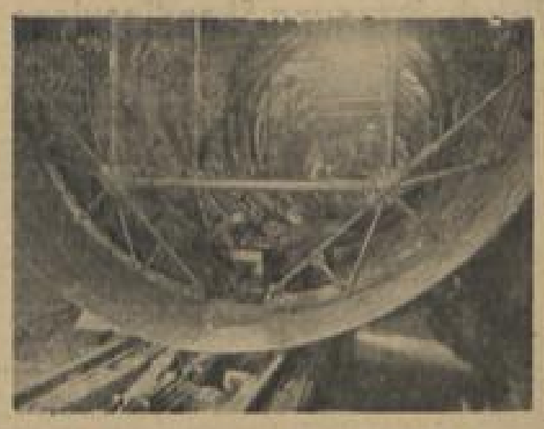
Eine Zerreißprobe ohne Beispiel
bestand der
BORGWARD
»HANSA 1500«
mit der Verbesserung von 12 internationalen Rekorden seiner Klasse.



Er ist damit das erste deutsche Serienfahrzeug, das nach dem Kriege
Neue Weltbestleistungen
zu erzielen vermochte. Diese Tatsache ist ein eindeutiger und unwiderlegbarer Beweis für die hohe qualitative Überlegenheit dieses modernsten deutschen PKW. Sie rechtfertigt in überzeugender Weise von neuem unsere alte Behauptung:
WAGEN AUS BREMEN - WAGEN VON RUF
CARL F. W. BORGWARD G. M. B. H. - BREMEN
Unsere Vertragshändler an allen Plätzen erwarten Sie gern zu einer unverbindlichen Probefahrt.

Dingler
Wir lieferten für Witznau:
Die gesamte Rohrleitungsanlage

Wir lieferten für Waldshut:
Die gesamte Verteilrohranlage, die Hangrohre, und Ver-Ort-Ellirageschweißte Stollenpanzerung



Im Gesamtgewicht von 4000 To.
Dinglerwerke Aktiengesellschaft
Zweibrücken/Pfalz und Bierbach/Saar

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

„Metallmonopole" als Rüstungsgewinnler?

Wilhelm Pieck hat nach der „Täglichen Rundschau" in seinem Rechenschaftsbericht auf dem III. Parteitag der SED die Rolle der internationalen Rohstoffmonopole „als Urheber und Nutznießer der Kriegshetze gegeißelt". Das sowjetamtliche Blatt nimmt dies zum Anlaß, in längeren Ausführungen zu „beweisen", daß die „Metallmonopole" als Rüstungsgewinnler und Kriegshetzer zu betrachten seien.

Sicher ist, daß Metalle einen außerordentlichen Wert als Rüstungsrohstoffe haben. Das gilt aber nicht allein für die westliche Welt, sondern auch für die Sowjetunion und ihre Satellitenstaaten, die heute dazu beitragen müssen, die Rüstung der Sowjetunion, die im Falle eines offenen Konfliktes mit anderen Mächten wahrscheinlich nicht mehr mit Metallieferungen aus der anglo-amerikanischen Welt rechnen kann, rohstoffmäßig auf dem Metallgebiet zu sichern. Es kann deshalb nicht überraschen, daß auch die Vereinigten Staaten und andere westliche Großmächte, auf den Erfahrungen des letzten Krieges fußend, bemüht sind, strategische Vorräte an Metallen für den Ernstfall anzulegen.

Es wäre aber verfehlt, anzunehmen, daß die Metallerzeuger heute in der Lage sind, aus einer Rüstungskonjunktur besonders preisliche Vorteile zu ziehen, die sie nicht ebensogut auch bei einem Absatz für friedliche Zwecke erzielen würden. Der zweite Weltkrieg hat eindeutig gezeigt, daß eine Preishausse während eines Krieges der Vergangenheit angehört, wobei man davon absehen kann, daß die Antitrustgesetzgebung der Vereinigten Staaten, die durch die Sherman-Anti-Trust-Act vom 2. 7. 1890 eingeleitet wurde und am 15. 10. 1914 durch die Trade Commission Act und die Clayton Act ergänzt wurde, monopolähnliche Zusammenschlüsse in den USA unmöglich macht. Während des zweiten Weltkrieges war die Metallwirtschaft der Vereinigten Staaten wie übrigens auch der anderen großen kriegführenden Länder einschließlich Deutschlands von den Regierungen dieser Länder straff reglementiert. Erzeugung und Verbrauch von Metallen unterlagen der staatlichen Beaufsichtigung und die Preisbildung wurde im Interesse des Kriegsbedarfs und unter Berücksichtigung der Löhne unter Kontrolle gehalten. Man kann nicht sagen, daß die amerikanischen Metallerzeuger im zweiten Weltkrieg eine Preishausse erlebt hätten, wie sie im ersten Weltkrieg noch möglich war. In keinem Fall erreichten die von der amerikanischen Regierung kontrollierten Preise die Höchstpreise des ersten Weltkrieges. Es hat sich also bestenfalls um eine Mengenkonjunktur gehandelt, die allerdings nach dem Krieg durch eine Preiskonjunktur abgelöst wurde, für die die Ursache jedoch nicht das Gewinnstreben der „Metallmonopole" war, sondern für die eine nahezu nicht abreißende Streikbewegung in der amerikanischen Metallindustrie verantwortlich gemacht werden muß, die einen Rückgang der Erzeugung an NE-Metallen zur Folge hatte, wobei die verringerte Produktion auf einen während der Kriegsjahre angestauten Nachholbedarf in der Privatwirtschaft stieß und gleichzeitig die Metallhortungen der Großmächte — nicht nur der USA — bei wachsender weltpolitischer Spannung immer stärker in Erscheinung traten. Aber selbst unter diesen Umständen blieben die höchsten Metallpreise nach dem zweiten Weltkrieg, Blei ausgenommen, noch hinter den höchsten Metallpreisen der Jahre 1914 bis 1918 zurück, wie der nachstehenden Zusammenstellung entnommen werden kann:

Metallpreise in USA
(in cts je lb)

1914—1918*) 1939—1945		Höchste Nachkriegspreise
Kupfer	37,00	11,775** 23,50
Blei	12,00	8,50 ** 21,50
Zink	27,00	8,25 ** 17,50
Zinn	110,00	52,00 **103,00
Aluminium	33,00—67,00	30,00 17,50

*) höchste Notierung. **) Amtlich festgesetzte Preise.

Was auf dem Gebiet der Metallerzeugung vor dem Krieg noch an monopolähnlichen Gebilden bestand, wie zum Beispiel die Tin Producers Association, brach infolge der Kriegsauswirkungen zusammen. Bis heute ist es nicht gelungen, in der Weltzinnwirtschaft zu einer internationalen Vereinbarung zu gelangen, an der übrigens nicht nur die Erzeuger, sondern auch die großen Verbraucherländer teilhaben würden.

Es ist also abwegig, „Metallmonopole" als Rüstungsgewinnler und Kriegshetzer hinzustellen, wie es die „Tägliche Rundschau" tut. Die Zerstörungen des letzten Krieges werden den Metallerzeugern auf lange Zeit hinaus bei der Deckung des Wiederaufbaubedarfs der Welt angemessene Gewinne sichern. Dazu bedarf es keines Krieges, der, wie der zweite Weltkrieg eindeutig gezeigt hat, wahrscheinlich nicht gleichbedeutend mit einer Preiskonjunktur für die großen Metallerzeuger der Welt sein würde.

Der angemessene Zinnpreis

Eine Kontroverse zwischen der amerikanischen Fachzeitschrift „American Metal Market" und der englischen Zeitschrift „The Metal Bulletin" wirft ein bezeichnendes Licht auf die letzte Entwicklung in der Weltzinnwirtschaft. Bekanntlich sind seit dem Ausbruch des Korea-Konflikts die Preise am Zinnmarkt raketenartig nach oben geschnellt und haben einen Stand erreicht, der in der Geschichte des Zinns bisher noch nie zu verzeichnen war. Vorübergehend wurde in den Vereinigten Staaten ein Preis von 168 cts je lb notiert, und in London erreichte Zinn einen Höchststand von 868 £ je kg/t am 16. August.

Diese Entwicklung wurde nicht nur durch Befürchtungen der Verbraucher um die künftige Versorgung angesichts des Korea-Konfliktes ausgelöst, sondern sie wurde noch durch eine außerordentliche Zurückhaltung des englischen Versorgungsministeriums akzentuiert, das seine Abgaben an promptem Zinn durch den amtlichen Makler an der Londoner Zinnterminbörse zuerst erheblich einschränken ließ und dann ganz einstellte mit der Begründung, daß seine Bestände angesichts der politischen Lage einen gefährlichen Tiefstand erreicht hätten.

„American Metal Market" kommentiert die letzte Entwicklung in der Weltwirtschaft wie folgt: „Die britische Regierung, die früher für eine Stabilisierung der Zinnpreise und ein entsprechendes internationales Abkommen eingetreten ist, hat in der letzten Zeit nichts dazu getan, den unaufhaltsamen Anstieg der Zinnpreise zu verhindern. Wahrscheinlich lächelt sie im stillen bei dem Gedanken an die enormen Gewinne, die sich durch die Wertsteigerung ihrer großen Zinnbestände ergeben müssen, die sie 1948 und 1949 zu einem Durchschnittspreis von wahrscheinlich weniger als 330 £ je kg/t angesammelt hat. Es ist bekannt, daß das britische Versorgungs-Ministerium gegenwärtig über zumindest 2000 kg/t Straits-Zinn verfügt, die nach den Vereinigten Staaten unterwegs sind und noch im August eintreffen sollen oder Anfang September. Wenn das britische Versorgungsministerium den Wunsch hätte, der Zinnhausse Einhalt zu tun, so hätte sie dieses Zinn zum Verkauf anbieten können. Aber nein, es sieht es offenbar vor, die Ankunft des Zinns abzuwarten und es dann (zu einem wahrscheinlich höheren Preis) als promptes Zinn zu verkaufen.

Wenn man annimmt, daß die Vereinigten Staaten im laufenden Jahr etwa 50 000 kg/t Zinn für den Stockpile erwerben werden und daß die amerikanische Wirtschaft rund 85 000 kg/t Zinn benötigen wird, so sind es die Amerikaner, die die Rechnung begleichen müssen, die ihnen von den Zinnerzeugern präsentiert wird."

„Metal Bulletin" verteidigt natürlich den englischen Standpunkt bei dieser Gelegenheit und greift gleichzeitig die amerikanische Wirtschaftspolitik der Vergangenheit an, wenn es schreibt: „Selbst wenn — was wir nicht glauben — das Versorgungsministerium in der Frage der Zinnpreise vorsätzlich versucht, „Amerika bezahlen zu lassen", so möchten wir daran erinnern, daß die USA bei zewissen Gelegenheiten in der Vergangenheit die gleiche Taktik gegen England verfolgt haben. Außerdem ist darauf hinzuweisen, daß das Versorgungsministerium erst dann seine Abgaben einstellte, als die englischen Vorräte einen gefährlichen Tiefstand erreicht hatten. Endlich ist die Frage aufzuwerfen, was Straits-Zinn England heute kostet. England hat seit Monaten Tausende von Soldaten und Polizisten in den Malaienstaaten stehen, die im Interesse einer ungestörten Zinn- und Kautschukversorgung der Vereinigten Nationen beträchtliche Blutopfer gebracht haben. Für diese Polizei- und militärischen Maßnahmen hat England die Rechnung bezahlt. Es würde in diesem Zusammenhang einmal interessant sein, festzustellen, was das malaische Zinn, alles in allem gerechnet, England heute kostet."

Natürlich kann man annehmen, daß das britische Versorgungsministerium die letzten Preissteigerungen für Zinn nicht ungern gesehen hat, ist doch Zinn einer der wichtigsten Dollarverdiener der englischen Wirtschaft. Außerdem hat diese Stelle zumindest gegenwärtig die Sorge los, ob es an ihren mit Steuergeldern erworbenen Zinnbeständen Verluste erleiden wird. Auf der anderen Seite ist aber nicht zu leugnen, daß die forcierten Zinnkäufe der amerikanischen Regierung einen Teil der Schuld an der letzten Entwicklung tragen, weil nämlich dadurch eine relative Zinnknappheit eingetreten ist, die angesichts der statistischen Lage in der Weltzinnwirtschaft vor kurzer Zeit wohl niemand für möglich gehalten hätte. Betrugen die Weltzinnvorräte Ende März 1950 doch immerhin noch 139 600 kg/t, während der Welt-Zinnverbrauch 1949 mit nur 119 300 kg/t angegeben wird. In den ersten vier Monaten 1950 wurden 55 600 kg/t Hüttenzinn gewonnen und 54 300 kg/t Zinninhalt im Erz gefördert. Der Verbrauch betrug in der gleichen Zeit jedoch nur 45 700 kg/t. Die statistische Lage in der Weltzinnwirtschaft hatte sich also in den ersten Monaten 1950 aber noch verschlechtert. Wenn es zu der überhitzten Stimmung am Zinnmarkt kommen konnte, so trugen einmal die forcierten Käufe der amerikanischen Regierung und zum anderen die Einstellung der Abgaben an prompftem Zinn durch das britische Versorgungsministerium die Schuld. h. b.

Metall-Streiflichter

Der Metallbedarf der USA-Aufrüstung

Der amerikanische Verteidigungsminister Mr. Johnson wies kürzlich darauf hin, daß der Stahl- und Metallbedarf für die Wiederaufrüstung der Vereinigten Staaten in der Öffentlichkeit wesentlich überschätzt werde. Nach Angaben des Munitions-Board wird sich der Mehrbedarf an Stahl im Jahre 1951 auf nur etwa 4 Mill. sh/t belaufen. Er wäre größer gewesen, wenn die amerikanische Regierung ein großes Schiffsbauprogramm ins Auge gefaßt hätte. An Kupfer werden 1951 zusätzlich etwa 175 000 sh/t benötigt werden und an Aluminium etwa 100 000 sh/t.

Metallieferungen aus dem Sterlinggebiet

Für die Metalleinfuhr aus dem Sterlinggebiet sind nach der Liste IAC Nr. 582 279 000 Dollar freigegeben worden. Diese Summe verteilt sich mit 50 000 Dollar auf Fero-Columbium und Tantal, 1,2 Mill. Dollar auf Rohkupfer, 750 000 Dollar auf Altkupfer und Kupferlegierungen alt, 750 000 Dollar auf Zinn in Ingots, 400 000 Dollar auf Feinsilber, 300 000 Dollar auf zinnhaltige Legierungen, Barrenzinn 99%ig und Altzinn mindestens 70%ig, 250 000 Dollar auf Blei und Bleikonzentrate, 66 000 Dollar auf Bauxit sowie 20 000 Dollar auf Monel-Metall in Ingots oder Halbfabrikaten.

Steigende brasilianische Stahlerzeugung

Die brasilianische Stahlerzeugung ist im ersten Quartal 1950 gestiegen. Sie betrug 183 820 t gegen nur 106 333 t in der gleichen Zeit des Vorjahres. Die Roheisenerzeugung stieg in der gleichen Zeit von 79 117 t auf 163 334 t, die Erzeugung von Walzwerkserzeugnissen von 102 013 t auf 144 142 t. An der Steigerung der Produktion war nicht nur das moderne staatliche Stahlwerk von Volta Redonda beteiligt, sondern auch verschiedene private Unternehmen konnten eine Steigerung ihrer Produktion aufweisen, wie aus der nachstehenden Zusammenstellung hervorgeht.

		Volta Redonda	Private Werke	Insgesamt
Roheisen	1948	45 742	59 335	105 117
	1949	29 334	49 783	79 117
	1950	83 676	79 658	163 334
Rohstahl	1948	51 050	55 326	106 376
	1949	49 275	87 252	136 527
	1950	98 256	85 373	183 629
Walzwerkserzeugn.	1948	37 155	48 684	85 839
	1949	46 480	55 533	102 013
	1950	68 190	75 952	144 142

Kanada verringert Einfuhrkontrolle

Kanada hat eine erhebliche Herabsetzung der Kontrolle der Einfuhr aus USA bekanntgegeben, die am 1. Oktober in Kraft tritt. Künftig wird u. a. die Einfuhr von Zellstoff- und Papiererzeugnissen, Textilien, Bürogeräten, Büro- und Haushaltsgeräten und Kraftwagenreifen ohne Beschränkung möglich sein. Außerdem werden verschiedene Chemikalien, Bausteine, Maschinen zum Pflastern und Eisenbahnmaterial von der Kontrolle befreit sein. Infolge der Dollarknappheit waren 95 Artikel aus einer Liste von Kapitalgütern kontingentiert worden, von denen 43 jetzt freigestellt worden sind. Dazu kommen noch Schweinefleisch und Erzeugnisse aus Schweinefleisch. Man erwartet von kanadischer Seite, daß die USA ihrerseits die Beschränkung des Imports von kanadischem Speck und anderen Erzeugnissen aus Schweinefleisch aufheben wird.

Die Verringerung der Einfuhrkontrolle sei auf die ständige Besserung der kanadischen Gold- und Dollarbestände zurückzuführen, erklärte der kanadische Finanzminister Douglas Abbott. Wenn diese Entwicklung sich fortsetze, würden auch die noch übrigbleibenden Einfuhrkontrollen aufgehoben werden können.

Steigende Lebenshaltungskosten

Der kanadische Lebenshaltungskosten-Index hat im Juli seinen bisher höchsten Stand mit 168,8 (1935 bis 1939 = 100) erreicht. Die hauptsächliche Ursache für den Anstieg sind höhere Kosten für Lebensmittel, aber auch für Bekleidung, Brennstoff, Licht und Wohnungseinrichtungen wurden Preiserhöhungen verzeichnet.

Indische Handelsdelegation besucht Indonesien

Sieben Mitglieder einer indischen Handelsdelegation haben am 6. September Kalkutta verlassen, um in Jakarta mit Indonesien über eine Gestaltung des Handels zwischen Indien und Indonesien zu verhandeln. Für die Besprechungen sind 4 Wochen vorgesehen.

Große Wolga - „Moskauer Meer"

Zu dem Beschluß des Ministerrats der Sowjet-Union im Rahmen der Regulierung der Wolga ein neues Großkraftwerk bei Kuibyschew zu errichten, liegen jetzt noch einige Einzelheiten vor. Es handelt sich um einen Abschnitt des schon lange in Vorbereitung befindlichen Projektes „Große Wolga", das die Schaffung von fünf großen Staustufen an der Wolga vorsieht. Von den Staustufen ist die bei Rybinsk nördlich von Moskau bereits fertiggestellt. Dort entsteht das sogenannte „Moskauer Meer", ferner der Großschiffahrtsweg, der Kanal Moskau-Wolga. Weitere Staustufen sollen nach sowjetischen Berichten bei Gorki, bei Tscheboksary, bei Kuibyschew und bei Kamyschin gebaut werden. Man will damit drei Aufgaben zugleich lösen: 1. Aus der Wolga einen ernstzulassigen Großschiffahrtsweg machen, 2. durch die Errichtung von Großkraftwerken an den Staustufen elektrischen Strom gewinnen und 3. das überschüssige Wasser der Staustufen zu Bewässerungszwecken verwenden.

Wie weitreichend die Aufgaben sind, die der Staustufe Kuibyschew und dem dortigen Großkraftwerk zugedacht sind, geht aus der amtlichen Verlautbarung über den Beschluß des Ministerkabinetts hervor. Es heißt dort u. a.: „In Anbetracht der großen Bedeutung, die dem Bau des Großkraftwerks Kuibyschew an der Wolga beizumessen ist, das die Versorgung Moskaus, Kuibyschews, Saratows und der elektrifizierten Bahnen mit Kraftstrom sichern soll, wobei zugleich die Bewässerung des unteren Wolgagebietes und der Schiffahrtsweg der Wolga verbessert werden soll, hat das Ministerkabinett der UdSSR beschlossen:

1. Im Raum der Stadt Kuibyschew an der Wolga ein Wasserkraftwerk mit einer Kapazität von rund 2 Mill. kW zu erbauen, das im Durchschnitt jährlich rund 10 Mrd. kWh erzeugen soll. Der Bau soll im Jahr 1950 begonnen werden und bis zum Jahr 1955 vollendet sein.

2. Es soll unter Ausnutzung des Kraftstroms des neuen Kraftwerks eine Mill. Hektar des unteren Wolgagebietes bewässert werden.

3. Bei der Erbauung des Wasserkraftwerkes Kuibyschew ist ein über den Staudamm laufender Hauptschienenweg mit entsprechenden Brücken über die Wolga herzustellen.

4. Der vom Wasserkraftwerk Kuibyschew gewonnene Strom soll nach folgendem Schema verteilt werden:
a) nach Moskau 6,1 Mrd. kWh im Jahr
b) nach Kuibyschew und Saratow 2,4 Mrd. kwh pro Jahr
c) für Bewässerungszwecke 1,5 Mrd. kWh pro Jahr.

5. Zur Durchführung des Bauvorhabens des Wasserkraftwerks Kuibyschew wird eine besondere Bauorganisation „Kuibyschewhydrostroj" errichtet.

Die zuständigen Ministerien werden angewiesen, die Einzelheiten des großen Bauvorhabens zu entwerfen und die Planung sowohl für die elektrowirtschaftlichen als auch für die verkehrs- und landwirtschaftlichen und die industriellen Vorarbeiten in die Wege zu leiten.

Sowjetische Kohlenförderung überschreitet das Plansoll

Anläßlich des „Tages des Bergarbeiters" veröffentlicht die Sowjetpresse einen offenen Brief der Kohlenbergarbeiter der UdSSR an Stalin, in dem über die bisher erreichten Leistungen des sowjetischen Kohlenbergbaus Rechenschaft abgelegt wird. Danach erreichte bereits im letzten Viertel 1949 die sowjetische Kohlenförderung einen Stand, wie er als Soll im Fünfjahresplan für 1950 festgelegt worden ist. Danach sind alle Voraussetzungen dafür gegeben, daß der sowjetische Kohlenbergbau in diesem Jahr mindestens das Plansoll von 250 Mill. t Kohle erreicht. Im Gesamtgebiet der UdSSR stieg in den ersten sieben Monaten 1950 die Kohlenförderung im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Vorjahres um 11,7 Prozent. Die für die metallurgische Industrie besonders wichtige Förderung von verkokungsfähiger Kohle stieg sogar um 13 Prozent. In dem im zweiten Weltkrieg sehr stark zerstörten Donezkohlenbecken wurde der Produktionsstand des Jahres 1940 nicht nur erreicht, sondern bereits überschritten. Durch verstärkten Einsatz von Maschinen und gesteigerte Mechanisierung der mit der Kohleförderung verbundenen Arbeitsvorgänge konnte die Produktivität der Arbeit um 11 Prozent gesteigert werden. Sämtliche wichtigen Kohlenreviere der Sowjetunion haben sich erneut zu außerplanmäßigen Leistungen verpflichtet, um den steigenden Bedarf der Wirtschaft zu befriedigen, die noch im Zeichen von Kohlenknappheit arbeiten muß. Nach dem Umfang der übernommenen zusätzlichen Lieferungen zu urteilen, ist das wiederhergestellte Donezbecken nach wie vor die wichtigste Kohlenbasis der Sowjetunion, dicht gefolgt vom sibirischen Kuznetzker-Becken. An dritter Stelle folgen die räumlich verstreuten Kohlenreviere des Urals, unter denen das arktische Vorkommen bei Workuta ständig an Bedeutung gewinnt. An vierter Stelle steht das Moskauer, an fünfter das Karagandakohlenvorkommen.

Neuer rumänischer Fünfjahrplan

In Rumänien wird eifrig an den Vorarbeiten für die Durchführung des neuen Fünfjahrplanes, der 1951 anläuft, gearbeitet. Die staatliche Planungskommission hat die Kontrollziffern des Planes bereits bestätigt. U. a. sieht der Fünfjahrplan bis Ende 1955 die Erhöhung der Produktion auf 1 Mill. t Roheisen 1,25 Mill. t Rohstahl, 800 000 t Walzwerk, 700 000 t Koks, 8 Mill. t Kohle vor. Oberste Aufgabe des Planes ist die Entwicklung der Erdöl-, Bergwerks- und Schwermaschinenindustrie und der Ausbau der Kraftwerke von derzeit 600 000 kW auf 2 Mill. kW Leistungsfähigkeit sowie die Steigerung der Landmaschinenerzeugung um dadurch die Agrarerzeugung zu erhöhen. Die Konsumgüterindustrie wird hingegen weniger wichtig genommen. Die UdSSR hat zugesagt, daß sie nicht nur Rohstoffe wie Kupfer, Eisen, Stahl, Koks, Baumwolle usw. liefern werde, sondern auch die Ausrüstung der rumänischen Industrie- und Kraftwerke durch Maschinenlieferungen (zum erheblichen Teil wohl aus anderen Ostblockstaaten wie der Tschechoslowakei, Ungarn und Polen sowie der deutschen Sowjetzonenrepublik) unterstützen wird.

Zweite jugoslawische Volksanleihe

Für die zweite jugoslawische Volksanleihe des Fünfjahresplanes wurden nach Mitteilung der jugoslawischen Nachrichtenagentur TANJUG bis zum 5. September rund 3,67 Milliarden Dinar gezeichnet. Dadurch wurde die aufgelegte Summe von 3 Milliarden Dinar bedeutend überschritten.

Britische Geheimkonferenz über Rohstoffausfuhr

Am 18. September wird eine geheime Konferenz der Finanzminister des britischen Commonwealth stattfinden, auf der festgestellt werden soll, welche Waren an Rußland exportiert werden. Bei der Bekanntmachung der Konferenz erklärte der Präsident des Handelsamtes, Harold Wilson, daß Rußland im Juli und August dieses Jahres in Singapore 22 490 t Rohgummi gekauft habe. Aus dem Commonwealth würden außerdem größere Mengen Wolle, Jute und Baumwolle nach der UdSSR exportiert. Auf der Konferenz soll zum ersten Male nach der Abwertung die Position des Pfund Sterling gegenüber dem Dollar und die Fortschritte der Zusammenarbeit in Finanz-, Wirtschafts- und Handelsfragen zwischen den einzelnen Gliedern des Commonwealth überprüft werden.

Wirtschaftshilfe für Südostasien

Am 6. September begann in London eine Konferenz der Länder des Commonwealth über Wirtschaftshilfe für Südostasien. Siam, Indonesien, Burma und die drei Vereinigten Staaten von Indochina waren, wie von Beamten des Commonwealth mitgeteilt wird, aufgefordert worden, ins einzelne gehende Programme für die ihnen wichtigen Hilfsmaßnahmen und die Möglichkeiten ihrer Teilnahme an den Hilfsmaßnahmen mitzuteilen. Bis jetzt hat nur Indochina die Einladung zur Konferenz angenommen, während von Burma, Siam und Indonesien noch keine Mitteilung erfolgt ist. Es werden auch an der Konferenz keine Beobachter Hollands, Frankreichs und der USA an den öffentlichen Sitzungen und den Ministerbesprechungen teilnehmen. Die Programme der Commonwealth-Länder sollen zu einem einheitlichen Bericht verarbeitet werden. Für die Schlußsitzung in London, an der Minister des Commonwealth und Vertreter der interessierten südasiatischen Länder teilnehmen werden, ist der 2. Oktober vorgesehen. Hierbei soll ein Sechsjahresplan für wirtschaftliche Hilfe für die süd- und südostasiatischen Länder vereinbart werden. Es wird angenommen, daß die Minister des Commonwealth südasiatische Länder, die nicht zum Commonwealth gehören, auffordern werden, sich an einem in Colombo ausgearbeiteten Plan für technische Hilfe zu beteiligen, für den 8 Mill. Pfd. Sterling in den ersten 3 Jahren vorgesehen sind.

Australien kontrolliert noch die Weißblecheinfuhr aus England

Bei der Einfuhr von Waren aus Großbritannien wird nur noch bei Weißblech eine Lizenz verlangt, erklärte der australische Handelsminister, Senator Neil O'Sullivan. Diese Einfuhrkontrolle sei notwendig, um eine möglichst wirksame Verteilung der Weißblecheinfuhr zu sichern. Aus dem Sterlinggebiet und den anderen Weichwährungsländern werde nur noch die Einfuhr von Tee, Reis, Weißblech, Mineralölerzeugnissen, Stoffen aus Hanf oder Jute, Säcken aus Jute, Jutegarn, Leinsaat und Leinsaatöl liberalisiert, erklärte O'Sullivan.

Weitere finnische Holzlieferungen nach England

Finnland wird Großbritannien über die im Handelsvertrag vorgesehenen 225 000 Standards Holz hinaus weitere 42 000 Standards im Laufe dieses Jahres liefern, erklärte der Vorsitzende der Vereinigung der finnischen Sägewerke, Pelkonen, nach Verhandlungen mit der britischen Holzbewirtschaftungsbehörde. Von der im Handelsvertrag vorgesehenen Menge wurden bereits 117 000 Standards Holz geliefert.

Neue Erdöl-Raffinerie in Ägypten

Die ägyptische Regierung hat 2,5 Mill. Dollar zum Kauf von Anlagen für eine Erdöl-Raffinerie bereitgestellt, teilte der Generaldirektor der ägyptischen Grubenverwaltung mit. Durch die neue Anlage, deren Kapazität 1 350 000 t raffiniertes Erdöl betragen soll, wird die Gesamtproduktion der staatlichen Raffinerien bei Suez von 350 000 t auf 1 Mill. t jährlich erhöht werden.

Wirtschaftstagung Skandinaviens

Am 6. und 7. Oktober findet in Oslo eine Tagung der Vertreter aller Zweige der Wirtschaft statt, zu welcher die Organisationen Finnlands, Schwedens, Dänemarks und Norwegens ihre Beteiligung zugesagt haben. Aus jedem Lande sind 35 Vertreter angemeldet. Island ist offiziell an der Tagung nicht beteiligt, sondern wird nur einige Beobachter schicken.

Dänische Devisenabgänge halten an

Trotz der verschärften Zins- und Geldpolitik haben die dänischen Devisenabgänge sich bisher noch fortgesetzt. Per 23. August hatten sich die Devisenschulden der Danmarks Nationalbank auf 583 Mill. dKr. erhöht gegenüber 561 Mill. dKr. in der Vorwoche sowie nur 537 Mill. dKr. in der dritten Juliwoche.

Zementmangel

Die dänische Bauwirtschaft leidet seit einiger Zeit unter großem Zementmangel. Einem Regierungssprecher zufolge sing größere Mengen Zement der Bewirtschaftung entzogen worden.

Polnisch-dänische Handelsvertragsverhandlungen

Die bereits seit längerer Zeit vorgesehenen Handelsvertragsverhandlungen zwischen Dänemark und Polen werden, wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, am 19. September in Warschau beginnen. Das am 30. September ablaufende, bisher geltende Abkommen sah einen Handel von 180 Mill. dKr. nach beiden Seiten vor. Dänemark sicherte sich auf diese Weise eine Einfuhr von Kohle und Koks in Höhe von 1,9 Mill. t, das ist etwa dieselbe Menge, die es aus Großbritannien bezieht. Dänemarks Gesamtverbrauch an Koks und Kohle beträgt etwa 4,5 Mill. t. Bei den Verhandlungen mit Polen wird die Frage der Kohle- und Koksversorgung wiederum eine wichtige Rolle spielen.

Kreditverknappung in Finnland

Die Finlands-Bank hat allen Kreditanstalten ein Rundschreiben zugestellt, in welchem unter Hinweis auf die geringen Möglichkeiten einer Ausweitung der Kreditgewährung die Institute aufgefordert werden, bei der Bewilligung neuer Anleihen so vorsichtig zu sein wie irgend möglich. Die Bank weist ferner darauf hin, daß infolge der verbesserten Konjunkturbedingungen seit dem Frühjahr der Bedarf an Betriebskapital wohl größer geworden ist, daß aber angesichts der Zuspitzung im Preis- und Geldsektor eine Kreditausweitung tunlichst vermieden werden sollte.

Bitte hier ausschneiden!

Abonnements-Bestellung

An die

WIRTSCHAFTSREVUE

Karlsruher Wirtschaftsverlag GmbH

KARLSRUHE IN BADEN

Veilchenstraße 35

Hiermit bestelle/n ich/wir ab sofort bis auf weiteres ____ Exemplare der

WIRTSCHAFTSREVUE

durch die Post / unter Streifband zum monatlichen Abonnementspreis von DM 2.— zuzügl. Postzustellgebühr oder Porto.

Name/Firma _____

Beruf/Branche _____

Ort und Straße _____

_____

Datum _____ (Unterschrift/Stempel)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Welt-Warenmärkte

Kautschuk und Wolle haussieren weiter

Weiter fest: Kupfer, Zink, Baumwolle, Kakao, Öle und Fette — Unverändert: Getreide, Zucker — Schwächer: Kaffee

Eine für die Entwicklung der Preise an den internationalen Rohstoffmärkten entscheidende Bedeutung hat die Botschaft von Präsident Truman an das amerikanische Volk. Sie bedeutet: noch immer eine Bewirtschaftungspolitik der leichten Hand. Das bedeutet ferner, daß eines der Grundprinzipien eines freien Wirtschaftssystems, nämlich das Auspendeln der Preise nach Angebot und Nachfrage, aufrecht erhalten bleiben soll.

Inzwischen ist bei Kautschuk mit einer Verbrauchsbeschränkung der Anfang gemacht worden. Nach außen hin wird der Verbrauch von 104 000 tons im Juli auf einen Monatsdurchschnitt von 90 000 tons beschnitten. Doch wird dieser Vergleich den Tatsachen insofern nicht ganz gerecht, als der Juli-Verbrauch, jahreszeitlich ausgewogen, erheblich höher als 104 000 tons war. Außerdem dürfte in dem Verbrauch von synthetischem Kautschuk kaum eine Veränderung eintreten, denn er ist billiger, und die Regierung wird alles tun, um diesen niedrigen Preisstand zu halten. Infolgedessen schätzt man den Verbrauchsrückgang für Naturkautschuk auf 35—40%. Sollte es sich als notwendig erweisen, dann dürfte die nordamerikanische Regierung sicherlich nicht vor schärferen Maßnahmen zurückschrecken. Sie hat dazu verschiedene Wege, und zwar kann sie erstens die Verwendung von Naturkautschuk bei nicht lebenswichtigen Gütern kürzen, zweitens kann sie die Reifenindustrie dazu veranlassen, einen höheren Anteil von Synthesekautschuk zu verwenden. Aber sie kann auch, und das ist wahrscheinlich das, was sie tun wird, das Verbrauchsverhältnis sich auf Grund des großen Preisunterschiedes zwischen Synthese- und Naturkautschuk auf natürliche Weise einspielen lassen.

Mit ähnlichen Verbrauchsbeschränkungen wie bei Kautschuk kann man wahrscheinlich auch bei Wolle rechnen. Sie dürften indessen kaum ausreichen, um die Hausse der Wollpreise zu einem Ende zu führen oder gar den steigenden Trend der Wollmärkte zur Umkehrung zu zwingen. Denn bei Wolle ist wohl von allen Rohstoffen am wenigsten Aussicht vorhanden, daß die Gewinnung den Verbrauch in absehbarer Zeit einholt. Labil ist dagegen die Marktlage bei einigen anderen Rohstoffen, vor allen Dingen bei Zinn. Und selbst bei Kautschuk dürfte die Frage berechtigt sein, was geschieht, wenn sich die Spannung in der internationalen Politik löst. Es dürfte auf jeden Fall zu denken geben, daß beispielsweise „Überschuß-Rohstoffe", wir wollen sie einmal so nennen, um sie von den anderen zu unterscheiden, wie Zucker und Zinn einen höheren Preisstand erklettert haben, als Kupfer und Zink, die im Gegensatz dazu tatsächlich knapp sind. Wie lange sich dieser Zustand aufrecht erhalten lassen wird, ist die Frage, die sich jedem Beobachter aufdrängt. Wir sind, offen gestanden, der Meinung, daß es besser gewesen wäre, wenn man in den USA ruhig die Preise hätte laufen lassen. Höhere Preise lösen über lang oder kurz eine höhere Erzeugung und damit höheres Angebot aus, das dann automatisch auf den Preis drückt.

Der Preisstand an den internationalen Rohstoffmärkten hat sich im großen und ganzen in der Woche zum 8. September wenig geändert; die Notierungen für Baumwolle und Kautschuk zogen an.

Getreide

Getreidenotierungen

Weizenpreise in Chikago in Dollar-Cents je Bushel, 1 Bushel = 27,2 kg

	2. 9. 50	9. 9. 50
September	224¼	222¾
Dezember	229¼	229¾
März	229¾	229¾

Maispreise in Chikago in Dollar-Cents je Bushel, 1 Bushel = 25,4 kg

	2. 9. 50	9. 9. 50
September	154¼	154¼
Dezember	148¾	148¾
März	151¼	152¼

Haferpreise in Chikago in Dollar-Cents je Bushel, 1 Bushel = 21,7 kg

	2. 9. 50	9. 9. 50
September	79¼	80¼
Dezember	81¼	82¼
März	81¼	83¼

Roggenpreise in Winnipeg in Dollar-Cents je Bushel, 1 Bushel = 25,4 kg

	2. 9. 50	9. 9. 50
Oktober	142¾	148¼
Dezember	142¾	146¾
Mai	147¾	151¼

Gerstenpreise in Winnipeg in Dollar-Cents je Bushel, 1 Bushel = 21,7 kg

	2. 9. 50	9. 9. 50
Oktober	124¼	129¾
Dezember	117	119¾
Mai	118¾	121¾

An der Chikagoer Getreidebörse ging Weizen, September-Kontrakt, von 225 am 31. 8. auf 222¼ cts je lb am 7. September zurück. Mais dagegen stieg von 153¼ auf 154¼ und Hafer von 78¾ 79¼ leicht an. Das Ausfuhrgeschäft ist unbefriedigend und schleppend; die Inlandsnachfrage läßt ebenfalls zu wünschen übrig. Vor allen Dingen war es wohl die Aussicht auf eine kanadische Rekordernte — trotz der Frostschäden in der Provinz Saskatchewan kann sie noch immer als eine solche angesprochen werden, die die Kaufinteressenten für Weizen zur Zurückhaltung veranlaßte. Hinzu kommt, daß man sich im internationalen Getreidehandel — übrigens zu dieser Jahreszeit eine übliche Erscheinung — über den Ertrag der Ernten in den Verbraucher-Ländern Klarheit verschaffen will, ehe Kaufdispositionen größeren Umfanges getroffen werden.

Die Berichte aus den argentinischen Getreideanbaugebieten lauten im allgemeinen günstig, obwohl die Trockenheit das Wachstum in einigen Teilen des argentinischen Getreidegürtels verzögert hat. Am 6. September sind jedoch mit Ausnahme von den Pampas überall Niederschläge zu verzeichnen gewesen, die sich in verstärktem Umfange am 8. September, dieses Mal auch in den Pampas, fortgesetzt haben. Unter diesen Umständen haben sich die Ertragsaussichten in Argentinien erheblich gebessert. In argentinischen Häfen wurden in der Woche zum 6. September mit Bestimmung nach dem europäischen Kontinent 17 507 t Weizen, 4930 t Mais, 13 542 t Hafer, 3611 t Roggen und 10 085 t Leinsaatöl verladen. In Gerste und Weizenmehl fanden keine Verschiffungen statt. 8200 t Weizen waren für Hamburg bestimmt. Der Rest von 9307 t Weizen ging nach Italien. Die 4930 t Mais gingen nach Großbritannien.

Öle und Fette

Die nordamerikanischen Märkte für pflanzliche Öle und Fette zeigten in der Berichtszeit, verglichen zu den vorigen Wochen, eine ziemliche Geschäftsstille. Die Preise haben sich wenig verändert. Hervorgehoben zu werden verdient eigentlich nur die Festigkeit der Notierungen von Kopra und Kokosnußöl. Von nichteßbaren Ölen waren Firnisöle sehr fest; Rapssaat stieg um 2 cts je lb. Auch Talg verkehrte in fester Haltung. Für das sehr geringe Angebot wurden Aufpreise gefordert. Der Agrarausschuß des nordamerikanischen Senates hat einen Plan zur Steigerung des Anbaues der sogenannten „Jumbo"-Varietät von Erdnüssen in den Bundesstaaten Virginia und den beiden Carolina gebilligt.

In Argentinien sollen Westdeutschland 5000 t und die Niederlande 2500 t Leinsaatöl zu rund 1,60 Peso je kg fob argentinischen Hafen gekauft haben. Das Instituto Argentino de Promocion del Intercambio (IAPI) ist mit Offerten von Öl- und Getreidenebenerzeugnissen an Handelsvertragsländer noch immer sehr zurückhaltend. 1500 t Leinsaat wurden mit Bestimmung Glasgow verschifft.

Kaffee

An der New Yorker Kaffeebörse gingen die Notierungen für Santos „D"-Kontrakt, September-Termin, von 55,10 am 31. 8. auf 54,05 am 7. 9. und für Santos „B"-Kontrakt von 56,85 auf 56,75 cts je lb leicht zurück. Der neue „U"-Kontrakt wurde am 5. September zum ersten Male mit 54 cts je lb für den Dezember-Kontrakt gehandelt. Er stellte sich am 7. September auf 55,05 cts je lb. Trotz des leichten Rückganges war die Tendenz zumeist stetig, an einigen Tagen sogar recht fest. Die Kaufpolitik der nordamerikanischen Großröstereien ist noch immer sehr vorsichtig; dessen ungeachtet dürfte in der nächsten Zukunft, ausgehend von der festen Haltung der brasilianischen Kaffeemärkte, mit einem leichten Steigen der Preise zu rechnen sein, denn die Kaffeeversorgung der Welt steht nicht zum besten.

Nach einem Bericht der nordamerikanischen Botschaft in Rio de Janeiro wird der reine Ausfuhrüberschuß für 1950/51 auf 17 Mill. Sack veranschlagt, das sind etwas weniger als in 1949/50. Nach brasilianischen Meldungen wird Brasilien in 1950/51 rund 3 Mill. Sack weniger ausführen als in dem am 30. 6. 1950 zu Ende gegangenen Wirtschaftsjahr. Demgegenüber sollen allerdings die Ernten in Kolumbien, El Salvador, Guatemala und Mexiko recht gut stehen, so daß hier mit einem über den Durchschnitt hinausgehenden Ertrag gerechnet werden kann.

Kakao

Bahia, loko, stieg in New York von 41,37 cts je lb am 31. August auf 41,50 am 7. September, Accra, loko, von 43,35 auf 43,75. Bis zum Eintreffen der ersten Sendungen aus der westafrikanischen Haupternte, die Ende September beginnt, wird Kakao knapp bleiben. Angesichts der steigenden Tendenz und der den Pflanzern bereits zugesagten Preiserhöhung für Kakao aus der Haupternte, letzteres gilt für Westafrika, hat man sowohl in Brasilien als auch in Westafrika vorgezogen, Kakao aus der Zwischenernte zurückzuhalten. Hierdurch haben sich Verknappungserscheinungen ergeben. Hinzu kommt, daß wahrscheinlich der Ertrag von Bahia-Kakao in diesem Jahre um ⅓ Mill. Sack geringer sein wird als im Vorjahr, so daß die statistische Position von Kakao, trotz seiner höheren Ernteerwartung in der Goldküste, sehr stark geworden ist.

Tee

Die Teeversteigerungen in Kalkutta und Jakarta — die Versteigerung in Colombo fiel in dieser Woche aus — brachten bei lebhafter Nachfrage recht gute Preisgewinne.

Zucker

Weltkontrakt Nr. 4, Januar-Termin, schloß in New York unverändert 5,40 cts je lb. Die an dieser Stelle im vorigen Wochenbericht ausgesprochene Erwartung, daß sich die Weltzuckermärkte beruhigt haben, dürfte eingetroffen sein. Die Hamsterwelle für Zucker ist im Abflauen.

Wolle

Die Haussestimmung an den Wollmärkten dauert ohne die geringsten Zeichen einer etwa in Aussicht stehenden Abschwächung in unverminderter Stärke an. Die an den ersten australischen Wollversteigerungen dieses Jahr erzielten Gewinne wurden durch das Ergebnis der südafrikanischen Versteigerungen in Port Elizabeth und Kapstadt hoch bestätigt und noch vertieft. Dabei steht im Hintergrunde des Geschehens an den Wollmärkten noch die Aussicht, daß die Vereinigten Staaten ihre Absicht, Wolle für die strategische Reserve zu kaufen, in Kürze in die Wirklichkeit umsetzen. Bisher wurde die Wollhausse im wesentlichen durch europäische und britische Käufe getragen.

Am Wollmarkt in Buenos Aires richten die Käufer ihre Anstrengungen darauf aus, schon jetzt Vorschurwolle zu kaufen. Sie finden dabei bei den Verkäufern wenig Neigung. Der Wollausfuhrhandel, der für französische und belgische Rechnung arbeitet, interessiert sich für fette Buenos Aires- und Pampas-Wollen, dagegen kaufen die mit den Vereinigten Staaten in engerer Verbindung stehenden Exporteure vornehmlich grobe, obwohl nach den letzten Berichten aus den USA die höheren Preise nur ungerne bewilligt werden. Buenos Aires, grobe Kreuzzuchten, erzielen ab Farm 87 arg. Peso je 10 kg, feine Kreuzzuchten 98 arg. Peso, während für Sonderlose feiner Kreuzzuchten aus Corrientes bereits 131 arg. Peso bewilligt wurden. Das Wetter ist im allgemeinen für die kommende Schur günstig, nur im westlichen Buenos Aires und in den Pampas hat die Qualität wahrscheinlich durch die Trockenheit gelitten.

Der Wollmarkt in Montevideo war bei zurückgehenden Umsätzen sehr fest. Dem Vernehmen nach sind bereits 88 bis 90% der für die Ausfuhr zur Verfügung stehenden feinen Wollen zu Preisen, die sich bei 36 urug. Peso je 10 kg bewegen, verkauft worden. Spezial-Qualitäten haben bis zu 36 urug. Peso erzielt. Gelegentlich hat sich der Bostoner Wollhandel diesen Notierungen angepaßt, aber meistens lagen seine Gebote um 4 cts niedriger als die uruguayischen Preise für ausgewählte Ware. Der Wollhandel in Montevideo ist mit Rücksicht auf seine Terminverpflichtungen und auf die Unzufriedenheit der Farmer, die vielfach schon Vorschurwolle verkauft haben, und zwar zu Preisen, die erheblich unter den jetzt zu erzielenden Notierungen liegen, vorsichtig geworden. Die Ausfuhrverkäufe von Wolle neuer Schur belaufen sich bisher auf rund 70 000 Ballen, von denen 44 300 Ballen nach den USA und der Rest nach Europa gegangen sind. In der Berichtswoche wurden 4846 t zur Ausfuhr verkauft.

Baumwolle

An der New Yorker Baumwollbörse stieg der Oktober-Kontrakt von 39,42 am 31. August auf 40,60 am 7. September und auf 41,18 am 8. September (Stand nach Bekanntwerden der Ernteschätzung), der Dezember von 39,65 auf 40,65 und 41,28; der Dezember 1951 fiel von 36,65 auf 33,84 leicht zurück. Die neu aufgetretene lebhafte Nachfrage führte die Notierungen für die ganze Liste von Oktober 1950 bis Mai 1951 über die 40 cts.-Grenze hinaus, womit ein neuer Höchststand für die vergangenen 30 Jahre erzielt wurde. Die Erwartung einer kleinen Ernte regte zu spekulativen Käufen an, außerdem lagen auch eine Reihe von anderen Faktoren vor, die größere Abschlüsse rechtfertigten. Bis zum Bekanntwerden des Büroberichtes hatte man mit einem Ertrag von etwas über 10 Mill. Ballen gerechnet, der zur Deckung des Inlands- und Auslandsbedarfs nach Ansicht New Yorker Fachkreise nicht ausreichen würde. Die Spinnereien kauften sehr lebhaft, um sich für ihre steigenden Verkäufe von Baumwollstückgütern bis in das erste und zweite Viertel 1950 hinein, einzudecken. Auch die Auslandsnachfrage war lebhafter, zumal seitens der ECA-Länder lagen zahlreiche Anfragen vor. Im Gegensatz dazu lagen die ferneren Sichten zeitweilig unter einem gewissen Verkaufsdruck, weil damit gerechnet wird, daß der Agrarausschuß des Senates das Gesetz über Anbaukontrollen für Baumwolle in der kommenden Saison zu den Akten legen wird. Man nimmt an, daß den Farmern gestattet werden wird, im Jahre 1951 Baumwolle ohne jede Beschränkung anzubauen. Hinsichtlich der Verfügung des nordamerikanischen Handelsministeriums, die Ausfuhr von Baumwolle aus den Vereinigten Staaten lizenzpflichtig zu machen, vertritt der Handel die Meinung, daß diese Maßnahme verspätet gekommen ist. Sie hat wahrscheinlich zur Folge, daß mit Rücksicht auf bereits getätigte Auslandsabschlüsse, die möglicherweise storniert werden müssen, zusätzliche Verwirrung geschaffen wurde.

Die Ernteschätzung selbst in Höhe von 9,882 Mill. Ballen gegenüber 10,308 Mill. Ballen nach dem Stande vom 1. Aug., hat in der nordamerikanischen Baumwollwirtschaft wie eine Bombe gewirkt. Der Handel hatte bis zuletzt mit einem Ertrag von etwa 10,5 Mill. Ballen gerechnet. Damit ist der Ertrag der Ernte in den USA auf seinen tiefsten Stand seit 1946 (8,64 Mill. Ballen) zurückgefallen. Auch der Felderstand ist sehr schlecht. In einem kritischen Monat für die Entwicklung der nordamerikanischen Baumwollernte erfolgt diese Veröffentlichung. Über ihre Auswirkungen werden sich die interessierten Kreise im In- und Auslande noch Gedanken zu machen haben.

Baumwollnotierungen

New York	1. 9. 50	8. 9. 50
Disp.	40,35	41,85
September	39,88	40,87
Oktober	39,83	40,93
November	39,53	41,01
Dezember	39,55	41,05
Januar	39,59	41,05
März	39,58	41,04
Mai	39,52	40,93
Juli	39,15	40,37
Oktober	36,26	35,96

Kautschuk

Nr. 1 RSS-Kontrakt, September-Termin, stieg an der New Yorker Kautschukbörse von 47,75 cts je lb am 31. August auf 54,25 am 7. September. Obwohl sich die nordamerikanische Regierung nach Kräften bemüht, den Verbrauch von Naturkautschuk einzuschränken und andererseits die Produktion von Synthesekautschuk zu heben, ist Kautschuk im Augenblick nur in unzureichenden Mengen vorhanden. Stark gestiegener ziviler Verbrauch, verstärkt durch Angstkäufe und durch bedeutende Abschlüsse für die nordamerikanische strategische Reserve, sind ursächlich für diesen Zustand. Verschärft wird die Versorgungslage durch große Käufe für sowjetische Rechnung. Die Bedrohung der südostasiatischen Produktionsgebiete im Falle einer Ausweitung des Korea-Konfliktes ist daneben für die Preisgestaltung von beachtlicher Bedeutung.

In London vollzog sich das Geschäft in der Berichtszeit im allgemeinen in ziemlich ruhigen Bahnen. Bei Zurückhaltung der Verkäufer zeigte die Börse überwiegend feste Tendenz, wozu sie die Anregung von Singapur erhielt. Im späteren Verlauf nahmen die Käufe zumal in nahen Sichten für Rechnung der Kautschukindustrie zu, was zusammen mit den wenig erfreulichen Nachrichten vom Kriegsschauplatz in Korea praktisch zu einer Einstellung der Offerten und zu einem neuen Steigen der Preise führte. Gegen Schluß der Woche bewirkte das Bekanntwerden der hohen malaiischen Ausfuhren zusammen mit der Steigerung der Syntheseerzeugung in den UA durch Inbetriebnahme zweier Reserveanlagen eine Zunahme der Angebote, während die Käufer zurückhaltender wurden. Trotz des teilweisen Rückganges beendete London die Woche in stetiger Haltung mit Preisgewinnen von 3¾ d je lb Lokoware und 4 bis 4½ d in den übrigen Positionen.

Häute und Felle

Auch an den Weltmärkten für Häute und Felle beginnt Ware knapp zu werden. Die Versorgung wurde dadurch erschwert, daß das Instituto Argentino de Promocion del Intercambio (IAPI) noch immer seine neuen Verkaufspreise nicht bekanntgegeben hat, nachdem es nach der Neufestsetzung der internationalen Devisenparitäten seine Verkäufe einstellte. Uruguayische Ware stand nur in geringem Umfange zur Verfügung, und die Preise zeigen steigende Tendenz. Auch Brasil-Häute waren fest.

NE-Metalle in New York

Das Geschehen am New Yorker NE-Metallmarkt erhielt seinen stärksten Akzent durch die zunehmende Bedeutung der „grauen" Marktpreise. Die Spannen zwischen „amtlichen" und „grauen" Preisen sind erheblich. Kupfer erzielt am „grauen" Markt bereits 35 cts je lb (amtlicher Preis: 24½ cts), und Zink bis zu 23 cts je lb (amtlicher Preis nach der Heraufsetzung am 7. September: 17½ cts). Bei Blei, das weniger knapp ist, wird man den weiteren Verlauf abwarten müssen, nachdem die Notierung am 8. September um 1 ct je lb auf 16 cts erhöht worden ist und damit vielleicht die bisher am „grauen" Markt bezahlte Prämie von gleicher Höhe in Wegfall kommt. Man erhofft sich in Kreisen des NE-Metallhandels eine Entwirrung dieser auch in den USA als unerträglich empfundenen Lage nach der Botschaft Präs. Trumans. Der Preis für Straitszinn

Deutsche Börsen

Frankfurt	18. 8. 50	25. 8. 50	1. 9. 50	8. 9. 50	Düsseldorf				
AEG	26	25	25½	—	Alexanderwerk	66	66	66	66
Brown, Boveri	54	54	55	58	Balcke Masch.	54	53	52	53
Buderus	71	71½	71½	73½	Basalt AG.	35	34	34	35
Chem. Albert	53½	53	53½	55½	Dortm. A.-Brau	84½	84½	89	88
Degussa	64½	65	64½	69½	Felten & G.	60	64	64	65
Deutsche Erdöl	57	54½	56½	55½	Ford	79	79½	78½	—
El. Licht u. Kraft	31	31½	30	30½	Gerresh. Glas	92½	92	92	93
Frankf. Masch.	67	67	67	67	Goldschmidt	—	—	31	32
Heidelb. Zement	93½	93	90	102½	G.H.H.	65	65½	69	66
Holzmann	27½	27	26½	27	Harpen	78	—	—	72
Kupferberg	47	45	45	—	Hoesch	61	61½	63	63
Lahmeyer	80	79	79½	80	Kabel Rheydt	61½	54	54	53
Lenz	37	38	37	38½	Klöckner	61½	61½	64½	63½
Linde's Eis	79	79½	80½	79	Mannesmann St.	59	59½	62½	61½
Metallges.	62½	62	61	61	Mülh. Berg	51	51	53	53
Rheinmetall	35	35½	35½	35½	Rheinbraun	81½	81½	84	83
Schöfferhoff	48	50	50½	51	Rhein. Kunstseide	43	43	43	40
Siemens & Halske	43½	42½	44½	44½	Rhein. Zellwolle	41	41	40	41
Voigt & Haeffner	130	130	132	133	Rheinstahl	87	87½	87½	86
Wayss & Freytag	116	116	116	116	RWE	78	—	—	73
Zellst. Waldhof	35½	35½	35	35½	Verein. Stahlwerke	—	53	54½	55
Commerz-Bank	32	30½	33	33	Westwaggon	55	51½	51½	—
Deutsche Bank	33½	30½	30½	32½	Westd. Kaufhof	75	78	78	—
Dresdner Bank	19½	20	19½	19½	Rhein. Westf. Boden	37	37	36½	36½
4% Frft. Hyp. Bk.	7½	7½	7½	7½	4% Rh. W. Bd	7½	7½	7½	7½
4% Pfälz. Hyp. Bk.	7½	7½	7½	7½	4% Gelsenberg	7½	7½	7½	7½
4% Degussa	8½	8½	8½	½	5% Klöckner	7½	7½	7½	7½
Hamburg					**München**				
Acum	65	66	67	68	Amperwerke	88	88½	89	89½
Bekula	33	32½	33	33	Augsb.-Nbg. Masch.	85½	88½	90	89½
Bremer Wolle	89	90	97	100½	BMW	30	30	31½	32½
Demag	78	80	80	82½	Diamalt AG	107	106	106	106
Deschimag	46	47½	47½	47	Dierig	73	74½	73	73
Dynamit Nobel	36	38	38	38	Hackerbräu	75	75	78	79
Feldmühle	74	74	73	73	Hanfw. Füssen	135	137	137	137
HEW	54	54	54	57	Hutschenreuther	80	80	80½	85
Hamb. Hochb.	42	41	40	44½	Krauß Maffei	74½	71½	73½	73½
Hamb. Hyp. Bk.	16	16	16	13	Lech. El.	80	80	80	80
Hansa Mühle	18½	13	18½	18½	Löwenbräu	—	59	59½	59
Harburg. Gummi	107	108	113	112	Mech. Baumw. Sp.	116	116	116	116
Hoffmann Stärke	65	62	67	90	Rathgeber	90	90	90	90
Ilse Bl.A.	15½	15	14½	14½	Rosenthal	69	—	69½	75
Ilse Genuß	10	10	10½	9½	Spinn. u. Web. Kott	136	136	136	136
Karstadt	69½	67	70½	69½	Südd. Zucker	94	93	93½	94
Phrix Inh. A.	38	37½	38	38½	Tucherbräu	48	47½	48	48
Rütgers	40	40	40	40	Würzburg. Hofbr.	40	40	40	38
Schering	37	36½	30½	32½	Bayr. Hyp. u. W. Bk.	33	33	33	33
Hapag	33	33	32	34	Südd. Boden	35	35	35	35
Nordd. Lloyd	19	18	18	19½	Allianz Leben	43	44	43	41
4% Hbg. Hyp.	7½	7½	7½	7½	Allianz Vers.	61	61	61	61
4% Hbg. El. W.	7¼	7½	7½	7¼	4% Bayer. Hyp. Bk.	7½	7½	7½	7½
					4% Augsb.-Nbg.	6½	7	7	7
Hannover					**Stuttgart**				
Conti Gummi	115	111	109½	106	Brauerei Wulle	65	63	66	66
Hackethal	55	60	65	62	Daimler	48	48	49½	49
Ilseder Hütte	77½	76	78¾	79	Junghans	67½	68	70	70
Mech. Web. Linden	46	46	46	50	Kaser	67	67½	70	68
Salzdetfurth	60	63	60	65	Salamander	77½	78	77	76
Wollw. Döhren	90	90	87	87	Württ. Bank	35	29	29	29
Wintershall	50	47	48	49½					

MEM
MÜNCHENER ELEKTRO-MESSE 1950
vom 16. SEPT. - 1. OKT.
MIT AMTLICHEM MESSEAUSWEIS
FAHRPREISERMÄSSIGUNG AUF DER BUNDESBAHN

Verkaufs-Angebot

von

DM 41 000 000.– 6½%igen durch erststellige Grundschuld gesicherten Teilschuldverschreibungen von 1950

der

Schluchseewerk Aktiengesellschaft, Freiburg im Breisgau

Im Rahmen des Sonderprogrammes zum beschleunigten Ausbau der Energiewirtschaft begibt die Schluchseewerk Aktiengesellschaft Freiburg i. Br., eine 6½% p. a. verzinsliche, durch Grundschuld gesicherte Teilschuldverschreibungsanleihe im Gesamtbetrag von

DM 41 000 000.–

Die Anleihe ist eingeteilt in unter sich gleichberechtigte Teilschuldverschreibungen zu DM 1000.—, DM 500.— und DM 100.— Nennwert. Die Teilschuldverschreibungen lauten auf den Namen der Oberrheinischen Bank, Freiburg i. Br., oder deren Order und sind durch Indossament übertragbar.

Die Zinsen von 6½% jährlich sind nachträglich am 1. März und 1. September jeden Jahres zu zahlen. Der Zinslauf beginnt am 1. September 1950, so daß der erste Zinsschein am 1. März 1951 fällig wird.

Die Laufzeit der Anleihe beträgt 20 Jahre. Die Tilgung erfolgt zum Nennwert nach Ablauf von 5 Jahren in 15 gleichen Jahresraten zuzüglich ersparter Zinsen am 1. September eines jeden Jahres. Die erste Tilgungsrate wird am 1. September 1956 fällig. Eine verstärkte Tilgung durch Erhöhung der Auslosungen ist frühestens zum 1. September 1956 zulässig. Zusätzlich durch Auslosung getilgte Beträge können auf spätere planmäßige Tilgungsraten angerechnet werden. Zusätzliche Tilgungen können auch durch freihändigen Rückkauf erfolgen. Eine Anrechnung dieser Beträge auf spätere planmäßige Auslosungsraten findet erst dann statt, wenn diese ausgelost sind. Der Anleiheschuldner hat das Recht zur vorzeitigen Gesamtkündigung frühestens auf den 1. September 1956.

Die Auslosungen haben mindestens 3 Monate vor dem jeweiligen Rückzahlungstermin durch einen Notar zu erfolgen. Die Nummern der ausgelosten Schuldverschreibungen sind spätestens 2 Wochen nach erfolgter Auslosung gemäß § 11 BGB bekanntzugeben, wobei auch die Nummern der früher ausgelosten, aber noch nicht eingelösten Stücke mit zu veröffentlichen sind. Seitens der Gläubiger ist die Anleihe unkündbar.

Die Forderungen aus den Teilschuldverschreibungen dieser Anleihe werden durch Eintragung einer mit 6½% verzinslichen Gesamtgrundschuld von DM 41 000 000.— zugunsten der Oberrheinischen Bank, Freiburg i. Br., als Anleihetreuhänderin sichergestellt. Die Grundschuld hat auf Grund der Bewilligungen sowohl der Schweizerischen Kreditanstalt, Zürich, wie der Dresdner Bank, Berlin, gleichen ersten Rang wie die zugunsten der beiden vorerwähnten Institute als Treuhänderinnen von Anleihegläubigern eingetragenen Höchstbetragsgesamthypotheken von Feingoldmark 32 000 000.— und DM 1 [illegible].—

Mit dem zur Sicherung der jetzigen Anleihe nicht benötigten Teilbetrag von DM [illegible].— dient die Grundschuld gleichrangig der Sicherung der Anleihen

von 1942 . . . . mit DM [illegible].—
von 1948 . . . . mit DM 20 000 000.—
von 1949 . . . . mit DM 20 000 000.—

Bei allen diesen Anleihen ist die Oberrheinische Bank, Freiburg i. Br., ebenfalls Treuhänderin.

Mit der Betriebseröffnung der im jetzigen weiteren Ausbau des Schluchseewerks zu erstellenden Anlagen haben die Badenwerk Aktiengesellschaft, Karlsruhe, die Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk Aktiengesellschaft, Essen, die Kraftübertragungswerke Rheinfelden, Rheinfelden, das Kraftwerk Laufenburg, Laufenburg, und die Stadt Freiburg im Breisgau gegenüber der Schluchseewerk Aktiengesellschaft als deren alleinige Aktionäre laut § 14 des Gründungsvertrages vom 18. Dezember 1928 die Verpflichtung, für den ihnen entsprechend ihrer Beteiligung am Aktienkapital der Schluchseewerk Aktiengesellschaft zustehenden Strom ein Entgelt in solcher Höhe zu zahlen, daß sämtliche Verwaltungs-, Betriebs- und Unterhaltungskosten, Steuern und sonstige Abgaben, Schuldzinsen und der Tilgungsdienst fremder Gelder in Höhe angemessener Abschreibungen und Wertberichtigungen auf das Anlagevermögen, die Zuweisung an die gesetzliche Rücklage sowie ein angemessener Gewinnanteil für die Aktionäre gedeckt werden können.

Eine Ausfertigung des Gründungsvertrages mit dem derzeit gültigen Wortlaut des § 14 verwahrt die Oberrheinische Bank, ohne deren Zustimmung die Schluchseewerk Aktiengesellschaft keine Änderung dieser Vertragsbestimmung vorzunehmen sich verpflichtet. Die Oberrheinische Bank ist berechtigt, einer Vertragsänderung zuzustimmen, wenn die Belange der Anleihegläubiger dadurch nicht gefährdet werden.

Die Anleiheschuldnerin ist berechtigt, im gleichen Rang mit den vorgenannten Hypotheken und Grundschulden zur Sicherstellung der weiteren Finanzierung des Ausbaues des Schluchseewerks weitere Hypotheken und Grundschulden eintragen zu lassen. Die Ausnützung dieses vorbehaltenen Gleichranges ist, solange Teilschuldverschreibungen der jetzt auszugebenden Anleihe im Umlauf sind, nur insoweit zulässig, als im Zeitpunkt der jeweiligen späteren Anleihe- bzw. Darlehensaufnahme die gesamten Verbindlichkeiten der Gesellschaft aus Teilschuldverschreibungen, langfristigen, erststellig hypothekarisch gesicherten Darlehen und aus Bürgschaften den doppelten Betrag des eingezahlten Aktienkapitals nicht übersteigen. Der Gleichrang kann nicht zur Sicherung von Darlehen der Aktionäre der Gesellschaft in Anspruch genommen werden.

Die Zulassung der Teilschuldverschreibungen zum amtlichen Handel und zur Notiz an den Börsen zu Frankfurt a. M., Stuttgart, München, Düsseldorf, Hamburg, Hannover wird beantragt werden. Ferner wird die Aufnahme der Anleihe in die Liste der lombardfähigen Papiere bei der Bank deutscher Länder beantragt werden.

Die Deckungsstockfähigkeit im Sinne des § 68 VAG ist beantragt.

Schluchseewerk Aktiengesellschaft

Die Gesellschaft ist im Dezember 1928 mit einem Grundkapital von RM 14 000 000.— gegründet worden, das im Januar 1939 um RM 17 000 000.— auf RM 31 000 000.— und im Februar 1941 um RM 14 000 000.— auf RM 45 000 000.— erhöht und inzwischen voll eingezahlt worden ist. Am Grundkapital sind zur Zeit beteiligt:

Die Badenwerk Aktiengesellschaft, die Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk Aktiengesellschaft, die Kraftübertragungswerke Rheinfelden Aktiengesellschaft, das Kraftwerk Laufenburg sowie die Stadt Freiburg im Breisgau.

Nach dem Gründungsvertrag vom 18. Dezember 1928 steht jedem Gesellschafter der aus natürlichem Zufluß erzeugte Strom nach Maßgabe seiner Beteiligung am Aktienkapital zu.

Die Gesellschaft hat seit der Aufnahme des ordentlichen Erzeugungsbetriebes vom Geschäftsjahr 1932 ab bis zu dem am 30. Juni 1944 endenden Geschäftsjahr jeweils einen jährlichen Gewinnanteil von 4% ausgeschüttet. Das Geschäftsjahr 1945, welches das zweite Halbjahr 1944 mit einschließt, wird, ebenso wie das Geschäftsjahr 1950, soweit es sich jetzt schon übersehen läßt, mit einem Gewinn abschließen.

Ein von der Oberrheinischen Bank, Freiburg i. Br., geführtes und aus den unterzeichneten Banken bestehendes Konsortium bringt die Teilschuldverschreibungen zum freihändigen Verkauf und bietet dieselben freibleibend

zum Kurse von 98% zuzüglich Börsenumsatzsteuer

an. Die Bezahlung hat zuzüglich 6½% Stückzinsen ab 1. September 1950 jeweils sofort zu erfolgen. Die Erwerber erhalten bis zum Erscheinen der Teilschuldverschreibungen auf Antrag Kassenquittungen, die von einer der nachstehend aufgeführten Banken oder einer ihrer Niederlassungen ausgestellt und nicht übertragbar sind. Die Effektivstücke können nach Fertigstellung gegen Rückgabe der Kassenquittungen bei derjenigen Stelle, die die Kassenquittungen ausgestellt hat, kostenfrei erhoben werden.

Freiburg i. Br., Karlsruhe, Stuttgart, Frankfurt a. M., Essen, München, Bochum, im September 1950.

OBERRHEINISCHE BANK (früher Deutsche Bank)
BADISCHE BANK
SÜDDEUTSCHE KREDITANSTALT (früher Dresdner Bank)
BANKVEREIN FÜR WÜRTTEMBERG-BADEN (früher Commerzbank)
BERLINER HANDELS-GESELLSCHAFT IN FRANKFURT AM MAIN Aktiengesellschaft
BURKHARDT & CO.
HARDY & CO., GmbH.
MERCK, FINCK & CO.
WESTFALENBANK Aktiengesellschaft

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

schloß unverändert auf 99¼ cts je lb nach zeitweiliger Schwäche leicht höher.

Seit Wochen zeigen die Metallmärkte im ganzen gesehen eher eine stetige Haltung, die in einem gewissen Widerspruch zu der Umsatztätigkeit steht, die eher eine Preishausse hätte erwarten lassen. Wir sind auf die Gründe für diese Entwicklung an dieser Stelle schon verschiedentlich eingegangen, so daß wir uns heute darauf beschränken können, festzustellen, daß bei einem Anhalten der gegenwärtigen Nachfrage nicht nur in den Vereinigten Staaten, sondern auch in anderen Ländern mit einem großen Metallbedarf, sich die Notwendigkeit einer gewissen Bewirtschaftung auf dem Metallgebiet nicht wird umgehen lassen. Es ist das Bestreben, zumindest der amerikanischen Metallgesellschaften, schon von sich aus ein gewisses System der Zuteilungen auszuarbeiten und in Anwendung zu bringen, das gewissermaßen einer freiwilligen Bewirtschaftung auf privater Grundlage gleichkommt und das staatlichen Eingriffen nach Möglichkeit zuvorkommt. Wieweit es den Erzeugern gelingen wird, die Staatsorgane aus der Metallwirtschaft herauszuhalten, ist eine andere Frage. Zumindest können sie mit einem wohlwollenden Zuwarten dieser Organe rechnen, so lange sie den Bogen in der Preisfrage nicht überspannen, und so lange es ihnen möglich ist, den Rüstungsbedarf ohne Reibungen zu decken. Das ist wahrscheinlich auf die Dauer nur möglich, wenn man den Bedarf des privaten Sektors beschneidet, d. h. hier ein freiwilliges Zuteilungssystem in Anwendung bringt. Gerade diese Entwicklung, die sich in den letzten Wochen abzuzeichnen begann, ist aber der Grund dafür, daß die Privatindustrie in steigendem Maße bemüht ist, über ihren tatsächlichen Bedarf hinaus zu kaufen und Läger anzulegen.

Kupfer: Entscheidend für die Lage des Kupfermarktes ist die außerordentlich versteifte Marktsituation in den Vereinigten Staaten. Nach Angaben des American Copper Institute ging die Erzeugung an raffiniertem Kupfer in den USA im Juli um 17 227 sh/t auf 96 734 sh/t zurück. Dieser Produktionsrückgang war eine Folge des Streiks auf der Carteret-Raffinerie. Die amerikanische Regierung beanspruchte von dieser Erzeugung für den Stockpile allein 24 475 sh/t. Die Aussichten für eine baldige Steigerung der Raffinadekupfergewinnung in der kommenden Zeit waren zudem nicht besonders günstig, weil auch die Rohkupfergewinnung gesunken ist. Sie lag im Juli mit 85 315 sh/t um 11 439 sh/t niedriger als im Juni. Die Versorgung der Regenerierbetriebe der USA mit Altkupfer ist zudem seit einiger Zeit sehr angespannt. Auf der anderen Seite hat die Rohkupfergewinnung außerhalb der USA im Juli um etwa 14 000 sh/t zugenommen. Die westdeutschen Kupfererzeinfuhren haben sich in den letzten Monaten beträchtlich erhöht. Sie werden für das zweite Quartal mit 338 367 t angegeben gegen nur 246 611 t im ersten Quartal. Die wichtigsten Lieferländer waren Belgien, Holland, Frankreich, Cypern, Dänemark, Italien und Finnland.

Zinn: Dieser Markt ist allmählich etwas „weich" geworden. Die Haussestimmung ist nicht mehr so ausgeprägt, wie sie noch vor einigen Wochen war, obwohl die Kampflage in Korea zumindest nicht gerade ermutigend ist. Das britische Versorgungsministerium hat wohl eingesehen, daß die Politik der Knapphaltung des Marktes mit promptem Zinn letzten Endes nicht geeignet ist, den britischen Interessen zu dienen, denn diese Politik hat in den Vereinigten Staaten eine scharfe Kritik erfahren. Die Reconstruction Finance Corporation hat ihrerseits 10 000 lg/t Zinn offeriert, das allerdings in der Reinheit unter dem Grad A liegt, jedoch für manche Zwecke, wo bisher Zinn Grad A verwendet wurde, geeignet ist. Das amerikanische Interesse an Zinnkäufen ist in der letzten Zeit etwas geringer geworden. Man glaubt in den USA, daß die vorhandenen Bestände einschließlich der laufenden Erzeugung der Longhornzinnhütte in Texas City eine ausreichende Versorgung der amerikanischen Wirtschaft garantieren. Dreimonatszinn in London wird seit einiger Zeit bereits wieder mit einem Abschlag notiert, was darauf schließen läßt, daß man die Zukunftsaussichten des Marktes etwas ruhiger beurteilt. Seit der Wiedereröffnung der Londoner Zinnterminbörse im November des vergangenen Jahres hat das englische Versorgungsministerium sich von einem beträchtlichen Teil seiner Bestände, die zum großen Teil in Ostasien lagerten, entlasten können. Nach Berichten aus London handelt es sich um etwa 25 000 lg/t. Teilweise wird die Ansicht vertreten, daß die Zinnerzeugung und der Verbrauch des Jahres 1950 sich etwa die Waage halten werden. Wenn dies auch nicht sicher ist, so ist doch anzunehmen, daß zumindest die englischen Vorräte eine Verminderung erfahren haben.

Blei: Die Bleipreise haben sich in den USA weiter befestigt. Sie stehen jetzt mit den Zinkpreisen wieder gleich. In London und in Westdeutschland ist man mit den Preisen gefolgt. Der Bleimarkt war in den letzten Wochen und Monaten durch ein reichliches Angebot gekennzeichnet, das der Grund dafür war, daß die Preise hinter der Entwicklung an den anderen Märkten zurückblieben. Die gegenwärtig höheren Bleipreise werden voraussichtlich zu einer Angebotserhöhung beitragen, so daß die Verbraucher kaum um die künftige Versorgung in Sorge zu sein brauchen. Man hatte in der Vergangenheit den Bleiverbrauch für bestimmte neue Verwendungsarten, so z. B. in der Kernspaltung, wie sich jetzt zeigt, beträchtlich überschätzt. Blei wird in diesem Fall für die Abschirmung gegen radioaktive Strahlen benötigt. Es hat den Anschein, als wenn der Bleimarkt auch in der kommenden Zeit mehr oder minder von der Entwicklung an den anderen Märkten in dem einen oder anderen Sinne beeinflußt werden wird.

Zink: Am Zinkmarkt ist die Haltung weiter außerordentlich fest. Am grauen Markt werden bis zu 22 cts je lb gezahlt, wie ja auch die Kupferpreise die offizielle Notierung überschreiten und gelegentlich Abschlüsse für das rote Metall zu 26 cts je lb zu verzeichnen waren. Trotzdem haben die amerikanischen Zinkerzeuger bisher an der offiziellen Notierung von 15 cts je lb festgehalten, und es scheint, als wenn dies auch weiterhin der Fall sein würde. In Westdeutschland hat man den Zinkpreis ebenso wie den Bleipreis als Richtpreis heraufgesetzt. Die Notierungen liegen jetzt wie in den USA gleich. Die Notierung des englischen Versorgungsministeriums liegt dagegen für Zink noch 6 £ über der Bleinotierung nach der Heraufsetzung des Bleipreises.

Quecksilber: Der Markt wird durch eine feste Haltung gekennzeichnet. Die englischen Notierungen liegen zwischen 21 £ und zwischen 21 £ 10 sh je Flasche. Die amerikanische Notierung beträgt 73.60 bis 80.00 cts je Flasche. Im ersten Quartal 1950 hat Spanien 31 488 Flaschen Quecksilber exportiert gegen nur 13 233 Flaschen im ersten Quartal 1949. Hiervon ging die Hauptmenge — 24487 Flaschen — nach England und nur 13 803 Flaschen nach den USA. London scheint sich nach dem Zusammenbruch des Mercurio Europeo wieder zum Welthandelsplatz für Quecksilber zu entwickeln.

Die aktuelle Reportage:

Aluminiumwerk Tscheulin

Baden nahm schon immer in der deutschen Aluminiumwirtschaft einen hervorragenden Platz ein. Die große Aluminium-Erzeugungsstätte in Rheinfelden, basierend auf der günstigen Stromversorgung durch die südbadischen Wasserkräfte, die Walzwerke von Weltruf in Singen und Teningen, sowie die bedeutenden Verarbeitungswerke in Wutöschingen und Villingen stellen einen beachtlichen Teil der Wirtschaftskraft unseres Landes dar. Alle diese Werke haben durch Stillegungen und Demontagen schwer gelitten. Sie sind jedoch allen Schwierigkeiten zum Trotz, mit größter Energie an den Wiederaufbau ihrer Produktion herangegangen und stellen heute schon wieder einen wesentlichen Aktivposten des badischen Wirtschaftspotentials dar. Besonders schwer betroffen wurde das Aluminiumwerk Tscheulin in Teningen, das auf die Demontageliste gesetzt und restlos demontiert wurde.

Emil Tscheulin links, sein Schwiegersohn Wilhelm Ingold rechts und ein Werkmeister, der schon mehr als 25 Jahre im Werk tätig ist.

Wenn wir heute im Rahmen unserer regelmäßigen Berichterstattung über Unternehmen unserer Wirtschaft aus dem Kreis der vielseitigen Herstellungs-Verarbeitungs- und Verbrauchs-Gebiete des Metalls Aluminium das Unternehmen Aluminium-Werk Tscheulin, Teningen, herausgreifen, so hat dies eine zweifache Bedeutung. Zunächst handelt es sich hier um die Geburtsstätte der Aluminiumfolienherstellung und zum anderen gewinnt eine Veröffentlichung deshalb noch besondere Bedeutung, weil das Werk nach einer Totaldemontage wieder aufgebaut wird und die Produktion anläuft.

Die Entwicklungsgeschichte der Aluminiumfolienherstellung ist unlöslich verknüpft mit dem Namen Tscheulin. Die Geschichte dieses Werkes liest sich wie ein Roman.

Tscheulin-Folien gehen in die Welt

Im Jahre 1910 war es, als der damalige Betriebsleiter einer Teninger Maschinenfabrik, E. Tscheulin, den Auftrag erhielt, in der Schweiz ein Verfahren zu studieren, das die Herstellung von Aluminiumfolie betraf. Die Bedeutung dieser Erfindung wurde von Tscheulin richtig erkannt und eine kleine Anlage zur Herstellung des „Silberpapieres" aus Aluminium errichtet. Kaum waren die Anfangs-Schwierigkeiten überwunden, griff der Kriegsausbruch 1914 hemmend in die Speichen. Der Unternehmer ging zur Front und das Werk lag still.

Nach seiner Rückkehr setzte nach einem Zusammenbruch der erste Wiederaufbau tatkräftig ein. Schon war erkennbar, daß das alte mehr handwerkliche Buchwalzverfahren nicht geeignet ist, der Aluminiumfolie die Voraussetzungen zu schaffen, deren sie bedurfte. Das Bandwalzverfahren war die Folge dieser Erkenntnis. Eine gleichmäßig fortschreitende Entwicklung sicherte dem Werk ein Absatzgebiet und die Sicherheit für die Zukunft.

Wiederum griff das Schicksal ein und es waren späte kriegs- und nachkriegsbedingte Wirkungen, die Tscheulin zwangen, sein Werk einer größeren, nämlich der Schweizerischen Aluminiumgruppe, anzuschließen.

Es ist aber nicht seine Art, sich in den strengen Rahmen eines Großkonzerns einzugliedern, und so folgte dem Zusammenschluß auch bald die Trennung und damit der zweite Wiederaufbau in Deißlingen bei Rottweil am Neckar. Klein war dieser Anfang, aber die Tatkraft und die Zielstrebigkeit siegte und 1928 konnte das in Teningen errichtete neue Werk in Betrieb genommen werden.

Inzwischen hat die Aluminiumfolie eine vielgestaltige Verwendung gefunden, immer neue Anwendungsgebiete wurden erobert, neue Materialkombinationen wurden entwickelt, die zu einer weitesten Verbreitung dieser Aluminiumfolie führten. Abteilungen für die Veredlung der weißen Folie wurden errichtet. Randgebiete, wie die Anwendung der Aluminiumfolie als Schmuckkapsel für Wein, Spirituosen und Bierflaschen sowie als Tube für die kosmetische und pharmazeutische Industrie wurden erobert.

Herstellung von Flaschenkapseln

Von kleinen Anfängen hat sich ein Unternehmen entwickelt, dessen Beziehungen sich in alle Länder der Erde erstreckten. Diese Entwicklung wurde gehemmt und dann gänzlich unterbrochen durch den Ausbruch des neuen Weltkrieges, an dessen Ende das Schicksal nunmehr aber scheinbar endgültig und allzu kräftig in die Speichen griff. Als einziges deutsches Werk der Aluminiumfolien-Industrie kam es auf die Demontageliste, wurde restlos abmontiert, den Vereinigten Staaten als Reparation zugesprochen und dort von dem bekannten Industriellen Henry Kaiser erworben und als einziges deutsches Industriewerk überhaupt zum Teil wenigstens in Kalifornien wieder aufgebaut. Damit verbundene Internierung und Zwangsverwaltung hinderten die beiden Inhaber, nämlich Tscheulin und seinen Schwager Ingold, am Wiederaufbau. Vier Jahre vergingen, aber 1948 begann der dritte Wiederaufbau allmählich Gestalt anzunehmen. Es war ein weiter und beschwerlicher Weg von der mit primitivsten Mitteln aufgestellten ersten Skizze bis zum fertigen Plan. Ein geliehener Bleistift und drei Blatt Papier waren die ersten Hilfsmittel, mit denen der Plan in einer bescheidenen Pension in Freiburg begonnen wurde, da man dem Fabrikanten Tscheulin in seiner Heimatgemeinde ohne Angabe von Gründen kein Asylrecht gewährte.

Da das neue Werk infolge Requisition nicht zur Verfügung stand, mußte dieser Wiederaufbau in das in Teningen bestehende alte Werk verlegt werden. Nicht einfach war es, mit den beschränkten Verhältnissen zurechtzukommen. Der ungebrochene Wille und das auf ein festes Ziel gerichtete Streben hat aber alle Schwierigkeiten überwunden und gegenwärtig ist eine Anlage im Anlaufen, die es ermöglichen wird, die alte Stellung des Werkes im In- und Ausland wieder zurückzuerobern.

Welche Bedeutung diesem Wiederaufbau für die deutsche und die südbadische Wirtschaft im besonderen Maße zukommt, können einige nähere Hinweise erläutern. Die vielen Arbeitskräfte, die sich infolge des Verlustes ihrer Arbeitsstätte in der Regel auswärts eine neue Beschäftigung suchen mußten, dürfen wieder zu ihrer gewohnten Arbeit an ihren Wohnsitz zurückkehren. Manchem Arbeitslosen und Flüchtling eröffnen sich neue Aussichten für die Zukunft.

In mehreren Reisen nach den Vereinigten Staaten und in fast alle Länder Europas schuf Tscheulin die Voraussetzungen für ein Exportgeschäft, das dem Werk ermöglichte vor dem Kriege rund 40 bis 50 Prozent seiner Fertigung nach dem Auslande zu verkaufen. Die in damaliger Zeit geschaffenen Verbindungen, insbesondere die persönliche Fühlungnahme, haben Krieg und Nachkriegszeit überstanden und heute darf Tscheulin und sein Werk die Früchte dieser Arbeit ernten. Aus aller Welt laufen Anfragen und Aufträge ein und in vielen Briefen alter Geschäftsfreunde kommt die Freude zum Ausdruck, daß das Werk trotz Demontage und Zusammenbruch im Wiedererstehen ist und die bekannte und stets gerne verwendete „Tscheulin-Folie" bald wieder den Verbrauchern zur Verfügung steht.

Ausschnitt aus der Feinwalzerei

Diese Exportverbindungen zu pflegen und auszubauen, war und ist auch heute die vornehmste Aufgabe des Werkes, denn die zu schaffenden Devisen geben uns die Möglichkeit, Rohstoffe und Nahrungsmittel im Auslande zu kaufen.

Das demontierte Werk, wiederaufgebaut von Henry Kaiser in den USA.

Das neue Werk Tscheulins im alten Fabrikgebäude

Auslandsbörsen

Nachdem im allgemeinen die angekündigten Aufrüstungsprogramme in zunehmendem Maße verwirklicht werden und die einschlägigen Industrien vielfach bereits bis zur Höchstgrenze ihrer Leistungsfähigkeit ausgelastet sind, erhebt sich die Frage, welche Maßnahmen in den einzelnen Ländern getroffen werden, um den Druck, den die umfangreichen Rüstungsausgaben auf die Währungsstabilität ausüben, abzuwehren oder aufzufangen. In den USA hat Präsident Truman bekanntlich durch das Gesetz zur Mobilisierung der nordamerikanischen Wirtschaft weitgehende Vollmachten erhalten, die es ihm unter anderem ermöglichen, nach seinem Ermessen Bewirtschaftungsmaßnahmen in Kraft zu setzen, Löhne und Gehälter einzufrieren und kreditbegrenzende Vorschriften zu erlassen. Es hat jedoch den Anschein, daß man in Washington von der Kraft der nordamerikanischen Wirtschaft überzeugt ist, selbst Herr nicht nur der inflatorischen Tendenzen zu werden, sondern auch die durch die Angstpsychose vor den Sowjets an sie gestellten Forderungen zu erfüllen. Bei der gewaltigen Produktionskapazität der USA wird sich das Rüstungsprogramm auf den zivilen Konsum nicht derart entscheidend auswirken, wie dies in anderen Ländern der Fall sein würde. Eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Verbrauchsgütern aller Art ist, wie die Entwicklung in den USA beweist, das erfolgreichste Mittel, eine Schockwirkung zu überwinden. Bekanntlich haben in den Vereinigten Staaten die Angstkäufe, die nach Ausbruch des Korea-Konfliktes einsetzten, bereits stark nachgelassen. Es ist daher kaum damit zu rechnen, daß Präsident Truman in nennenswertem Maße von seinen Vollmachten Gebrauch machen wird. Es wird sich zudem erweisen müssen, ob bei einer längeren Kriegsdauer in Korea und bei einer weiteren Anspannung der weltpolitischen Lage die freiwilligen Einschränkungen ausreichen, um diese Politik zu rechtfertigen. Vielfach wird allerdings angenommen, daß nach den nordamerikanischen Wahlen im November auch in dieser Frage eine realistischere Sprache gesprochen werden wird.

Zahlreiche Wirtschafts- und Finanzkreise der USA fordern eine einschneidende Steuerreform, um einer inflatorischen Entwicklung entgegenzuwirken. In Washington ist man jedoch noch immer davon überzeugt, daß die Sowjets den Korea-Konflikt nicht zu einem dritten Weltkrieg ausweiten. Aus diesem Grunde wird auch die Übergewinnsteuer noch nicht von den Gesellschaftseinnahmen in 1950 erhoben. Die Ausgaben der Regierung übersteigen allerdings die Einnahmen erheblich. Für die Aufrüstung werden in Kürze zusätzlich 16 Milliarden Dollar freigegeben, darüber hinaus werden Anfang des nächsten Jahres zusätzlich 16 Milliarden Dollar für militärische Zwecke angefordert werden, weitere Milliarden dürften folgen, wenn sich die weltpolitische Lage nicht entspannt. Andererseits wird nur eine zusätzliche Besteuerung in Höhe von 5 Milliarden Dollar gefordert.

Sollten sich die Beziehungen zu den Sowjets nicht bessern, so dürften die Preise in den USA kaum sinken. Für die nächsten Monate wird man sich daher darauf beschränken müssen, den Preisauftrieb zu bremsen und weniger daran denken können, die Preise auf ihren alten Stand zurückzuführen.

In den USA erreichte die Zahl der Beschäftigten bereits Anfang August mit 62,37 Mill. eine Rekordhöhe. Die Farmer werden nach Angaben des nordamerikanischen Landwirtschaftsministeriums in 1950 Einnahmen erzielen, die um nicht weniger als 2,5 Milliarden Dollar über dem Voranschlag liegen — Zahlen, die für sich sprechen.

Die Bank von England hat mit Wirkung vom 4. September praktisch alle Beschränkungen über den Handel in Sterling-Block-Wertpapieren durch Devisenausländer und über die Investierung von blockierten privaten Bankguthaben von Devisenausländern aufgehoben. Damit können im allgemeinen alle Devisenausländer in Zukunft irgendein Wertpapier von im Sterling-Block domizilierenden Emittenten an einer Effektenbörse des Sterling-Blocks kaufen oder verkaufen. Diese Maßnahme wurde in Wallstreet allgemein begrüßt. Man rechnet damit, daß hierdurch eine Geschäftsbelebung, insbesondere in britischen Staatspapieren, eintritt, da im Zusammenhang mit dieser Maßnahme der Switch-Sterling-Kurs in New York einheitlich auf 1,80 Dollar festgesetzt wurde. In britischen Staatspapieren betrug der Verrechnungskurs für Pfund-Guthaben aus dem Verkauf dieser Werte 1,57 Dollar für das Pfund gegenüber 1,65 Dollar für britische Industriepapiere. Andererseits wurde durch die Vereinheitlichung des Switch-Sterling-Kurses für südafrikanische und rhodesische Werte der Umrechnungssatz von 1,50 auf 1,65 Dollar ermäßigt. In New Yorker Börsenkreisen glaubt man jedoch, daß der Verrechnungssatz auf 1,80 Dollar sinken, sich aber auf dieser Basis für lange Zeit konsolidieren werde.

*

PARIS: uneinheitlich

Die angespannte weltpolitische Lage, insbesondere die Vorgänge im Fernen Osten ließen an der Pariser Effektenbörse in der letzten Berichtswoche keine größere Unternehmungslust aufkommen. Das Interesse richtete sich auf die bevorstehenden Außenministerbesprechungen in New York sowie auf die darauf folgende Konferenz des Atlantik-Rates, an die man mehr oder weniger große Hoffnungen knüpft. Auch für die fünfte Jahresversammlung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Internationalen Bank für Wiederaufbau (Weltbank) wurde lebhaft erörtert. Durch besondere Festigkeit fielen französische Renten auf, die allerdings vorübergehend etwas im Angebot lagen. Indonesische Werte gaben im Zusammenhang mit den politischen Vorgängen im Fernen Osten nach. Stärker im Vordergrunde standen Goldminenaktien und auch die Anteile von NE-Metallgesellschaften wiesen feste Haltung auf. In internationalen Werten ließ die Kursgestaltung eine einheitliche Linie vermissen. Rege begehrt waren ausgesprochene Rüstungswerte, da man sich infolge der Vollbeschäftigung der betreffenden Unternehmungen eine höhere Rendite verspricht.

LONDON: fest

Die feste Verfassung der südafrikanischen Goldminen-Aktien sowie der britischen Staatspapiere gab der Londoner Effektenbörse das Gepräge. Hierbei ist bemerkenswert, daß in britischen Staatspapieren vorübergehend Verkäufe für nordamerikanische Rechnung erfolgten, da man durch den Feiertag in den USA am 4. September (Labour-Day) sich im unklaren über die Auswirkung der Aufhebung der Beschränkungen im Handel mit Sterling-Block-Wertpapieren durch Devisenausländer war. Außerdem wurden britische Staatspapiere teilweise für europäische Rechnung angeboten, wofür Käufe in Goldminen-Aktien vorgenommen wurden. Obwohl die neue Rechnungsperiode am 6. September in enttäuschender Haltung eröffnete, konnten sich britische Staatspapiere, insbesondere in langfristigen Emissionen, kräftig festigen. Ölanteile lagen hingegen lustlos. Insbesondere Anglo-Iranian gaben stärker nach. Deutsche Kali-Anleihen vermochten ihren Stand nicht zu behaupten. Für die in diesen Werten erfolgenden Abgaben war kein besonderer Grund ersichtlich. Japanische Bonds gaben gleichfalls nach, während griechische Anleihen von der Spekulation gefragt waren. Die 7%ige griechische Anleihe von 1924 stieg auf 8½ und die 6%ige von 1928 auf 7¼. Entgegen den Erwartungen wurde die Wochenschlußbörse durch feste Haltung gekennzeichnet, wobei wiederum britische Staatspapiere und südafrikanische Goldminen-Aktien im Vordergrund standen.

New York: fest

Die New Yorker Effektenbörse wies in der um einen Börsentag verkürzten Berichtswoche (4. 9. Labour Day) überwiegend feste Haltung auf. Reges Geschäft entwickelte sich insbesondere in Eisenbahnaktien, da hier die hohen Frachtwagengestellungen der letzten Woche, die mit 833 231 Waggons den höchsten Stand seit November 1949 aufwiesen, Anregung boten. Außerdem schätzt man die Reineinnahmen der Eisenbahnen der Klasse I im Juli auf 59 Mill. Dollar, womit sie gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat um mehr als 100% gestiegen sind. Zum Wochenbeginn verstimmten allerdings die Meldungen vom Kriegsschauplatz in Korea, so daß selbst günstige Nachrichten aus der Wirtschaft nicht zur Auswirkung kamen. Die offizielle Erklärung, daß die Übergewinnsteuer von den Gesellschaftseinnahmen in 1950 nicht erhoben werden wird, spiegelte sich anfangs kaum in einer Geschäftsbelebung wider. Wie stark die Börse unter dem Einfluß der weltpolitischen Spannung stand, geht auch daraus hervor, daß z. B. Emerson Elektric am Tage der Dividendenerhöhung um 24 auf 35 cts je Aktie sogar niedriger notiert wurden. Im Laufe der Woche wurde die Lage aber allgemein zuversichtlicher beurteilt. Bei regeren Umsätzen zogen die Notierungen überwiegend an. American Viscose zogen aus der erneuten Preiserhöhung für Viscosegarn Nutzen. International Minerals Chemicals wurden infolge der Rekordeinnahmen im letzten Wirtschaftsjahr höher bewertet. Am Wochenschluß war die Haltung ausgesprochen fest, obwohl vielfach der Wunsch vorherrschte, vor der Vergebung größerer Aufträge erst die Botschaft des Präsidenten Truman am 9. 9. abzuwarten.

Notenkurse in Zürich am 9. 9. 50

1 $ USA	4.34½ / 4.35½
1 £ England	10.85 / 11.—
100 ffr Frankreich	115 / 1.17
100 bfrs Belgien	8.61 / 8.65
100 hfl Holland	103.50 / 104.50
100 skr Schweden	67.— / 69.—
100 nkr Norwegen	42.50 / 44.50
100 dkr Dänemark	44.— / 46.—
100 Lire Italien	—.65 / —.68
100 Escudos Portugal	14.70 / 14.90
100 skr Tschechoslowakei	1.— / 1.30
100 arg. Pesos Argentinien	24.50 / 26.50
100 türk. £ Türkei	—.97½ / 1.07½
100 österr. Schill. Österr.	14.40 / 14.70
1 Israel. £ Israel	5.90 / 6.30
100 DM Deutschland	80.— / 81.—

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg